Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark durch die Post bezogen 2.00 Mark ohne Zustellungsgebühr Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH Halle Lerchenfeldstraße 14

Anzeigenpreis: 13 Pf für den mm Höhe und Spalte: 70 Pf im Textteil Manuskripte sind zu richten an Halle Lerchenfeldstr 14 Tel (Red.) 21047 (Verl.) 22251 Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Krob Halle

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Montag, 5. Dezember 1927 | 7. Jahrgang * Nr. 285

Kriegserklärung der Bourgeoisie!

Die Trustbourgeoisie will ab 1. Januar die Eisen- und Stahlindustrie stillegen

Brutaler Angriff auf die Arbeiterschaft

Der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller läßt folgende Meldung verbreiten:

„Nachdem die Gewerkschaften auf ihren außerordentlich hohen Forderungen nach Durchführung des schematischen Achtstundentages, strikter Durchführung der Verordnung vom 16. Juli 1927 bei vollem Lohnausgleich sowie außerdem einer allgemeinen sehr weitgehenden Lohnerhöhung verharren, und die bisher geführten Verhandlungen aus diesem Grunde zu keinem Ergebnis geführt haben, haben sich die Werke der westlichen Großindustriellen gezwungen gesehen, bei den zuständigen Behörden eine Betriebsstillegungsanzeige zum 1. Januar 1928 einzureichen. Im Hinblick auf die mit Sicherheit zu erwartenden Rückwirkungen auf die anderen Bezirke haben sich die übrigen Hüttenwerke Deutschlands diesem Vorgehen angeschlossen."

Dazu haben die Trustmagnaten auch sofort die formellen Schritte bei der Reichsregierung eingeleitet und durch Herrn Poensgen folgendes Schreiben an den Reichsarbeitsminister gerichtet:

„Sehr verehrter Herr Minister!

Ich halte es für meine Pflicht, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß die Werke, welche Ihnen gemeinsam die Eingabe vom 26. Oktober 1927 überreicht haben, sich genötigt sehen, einen Schritt zu tun, der hoffentlich nur vorbeugend zu sein braucht, und den sie gern vermieden hätten.

Die Gewerkschaften bestehen nicht nur auf der strikten Durchführung der Verordnung vom 16. Juli bei vollem Lohnausgleich sowie einer ganz ungewöhnlich hohen allgemeinen Lohnerhöhung, sie verlangen vielmehr überdies noch vom 1. Januar 1928 die Einführung des schematischen Achtstundentages für die gesamte eisenschaffende und eisenverarbeitende Industrie.

Auf Grund dieser Sachlage sehen sich die Werke gezwungen, den zuständigen Regierungsstellen zum 3. Dezember die gemäß der Stillegungsverordnung erforderliche Anzeige zugehen zu lassen, um in der Lage zu sein,

ihre Betriebe am 1. Januar 1928 stillzulegen.

Dieser Entschluß ist ein Akt der wirtschaftlichen Notwehr, den wir in vollem Bewußtsein der großen, auf uns ruhenden Verantwortung und in der Hoffnung unternehmen, durch ihn einen Arbeitskampf mit seiner schweren Schädigung für Staat und Wirtschaft zu vermeiden.

Mit vorzüglicher Hochachtung, Ihr sehr ergebener gez.: Ernst Poensgen."

Den Gewerkschaften haben die Industriellen ebenfalls eine dementsprechende Mitteilung zugehen lassen.

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 5. Dezember.

Die gesamte Berliner Presse nimmt überall zu dieser Erklärung der Schwerindustriellen Stellung. Die sogenannte bürgerlich-demokratische Presse in einem vermittelnden Tone. Die Presse jener Schwerindustriellen, die Riesenprofite aus der verschärften Ausbeutung der Arbeiterschaft einheimsen, wagt es noch außerdem, die Arbeiter in ihrem Elende zu verhöhnen. Die gestrige „Berliner Börsen-Zeitung" leistet sich folgende Schamlosigkeit:

„Durch die Rationalisierung der Industrie, die durch die Aufnahme bedeutender Kredite ermöglicht wurde, ist zugunsten der Arbeiter erheblich mehr erreicht worden, als zugunsten der Aktionäre."

Die „Deutsche Zeitung" bringt in ihrem Kommentar zur Aktion der Schwerindustriellen zum Ausdruck, daß auch das schmähliche Vorgehen der Gewerkschaften nicht mehr geduldet werden soll. Auch die Politik der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern ist jetzt, nachdem die Arbeiter soweit als irgend möglich dabei zurückgeworfen worden sind, nicht mehr so notwendig. Die Schwerindustrie fühlt sich stark genug, auch zu anderen Mitteln zu greifen. Sie schreibt daher:

„Der gegenwärtige Konflikt über die Arbeitsverhältnisse in der rheinisch-westfälischen Industrie ist wieder einmal ein Anzeichen, wie überlebt und wirtschaftsschädigend die Gewerkschaften sind."

Die gesamte bürgerliche Presse ruft nach dem Schlichter, und zwar wie ausdrücklich hervorgehoben wird, damit die Verordnung des Arbeitsministeriums auf unbestimmte Zeit verschoben und die Lohnforderungen auf das „möglichste" Maß durch einen Schiedsspruch herabgesetzt wird.

Das Zentralorgan der Sozialdemokratie, hinter der auch die reformistische Gewerkschaftsführung steht, bietet bereits alle Verwirrungskünste auf, um einen geschlossenen Kampfaufmarsch des Proletariats zu verhindern. Nach dem gestrigen „Vorwärts" handelt es sich bei der Kriegserklärung der Schwerindustriellen an die Arbeiterklasse um folgendes: „Sie wollen erproben, was stärker ist — ihr Wille oder der Staatswille." Demagogisch erschweigt der „Vorwärts", daß der Staatswille, d. h. der Bürgerblock, mit seinem Schlichtungs- und Machtapparat hinter der Schwerindustrie steht. Der „Vorwärts" vertröstet andererseits die Arbeiter auf die Schlichtungsinstanzen und auf die kommenden Wahlen. Er schreibt: „Hier ist der Feind, den es bei den kommenden Wahlen zu schlagen gilt." Und im Stile kleinbürgerlicher Illusionisten heißt es dann weiter: „Volksrecht gegen Diktatwillen der Industriekapitäne, das ist der Sinn der großen Auseinandersetzung mit dem Bürgerblock". Unsinn! Kleinbürgerliche Phrasen! Klassenkampf des Proletariats gegen Klassendiktat der Industriekapitäne, das ist der Sinn der Auseinandersetzungen der Arbeiterklasse mit dem Bürgerblock und den Trustkapitänen. Der Sprachgebrauch des „Vorwärts" und der sozialdemokratischen Presse, mag er noch so radikal aussehen, ist nur der Deckmantel, unter dem die Sozialdemokratie sowohl bereit ist, die Auseinandersetzung mit dem Trustkapital durch schäbige Schlichtungsvorliebe abzuwürgen, wie auch nach der „Abrechnung" im Wahlkampfe die Stimmung der Massen durch Koalitionspolitik den Unternehmern in den Schoß zu werfen.

Klasse gegen Klasse

—e. **Halle**, 5. Dezember.

In Sowjet-Rußland organisiert man die Einführung des Siebenstundentages ... In Sowjet-Rußland ist das möglich, weil die Bourgeoisie davongejagt worden ist und das Proletariat die Herrschaft ausübt.

In Dawes-Deutschland erklären die Unternehmer der Großeisenindustrie klipp und klar: Achtstundentag gibt es nicht! Das Zweischichtensystem in den Hüttenwerken wird beibehalten! Lohnerhöhung — ausgeschlossen!

Wohl noch nie trat die tatsächlich vorhandene Diktatur der Großbourgeoisie so klar in Erscheinung. Diese Kampfansage der Industriekapitäne an das deutsche Proletariat übertrifft alles bisher dagewesene.

Worum es geht, ist bekannt. Es ist auch aus dem soeben Gesagten ersichtlich. Aber was hinter diesem Beschluß der Großindustriellen liegt, wissen die wenigsten Proletarier schon richtig einzuschätzen.

Die Industriellen, die jetzt geradezu einen Generalstreik gegen das Proletariat verkünden, sind jene Leute, die aus den Steuerraroschen der werktätigen Bevölkerung die 700 Millionen Mark Ruhrentschädigung geschluckt haben. Es sind dieselben Leute, deren Betriebe schon in den Jahren 1818/19 sozialisiert werden sollten, die aber mit Hilfe der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer ihre Positionen retten konnten. Es sind die Männer, die wie Marrionetten den Bürgerblock und seine Parteien in der Hand haben und die tatsächlich durch die Stresemann u. Co. die politische Macht und Herrschaft in Deutschland ausüben.

Sie haben aber auch tatsächlich den Schlüssel der gesamten deutschen Wirtschaft in ihren Händen. Die Stillegung der gesamten Eisenindustrie, die Aussperrung von mehr als 300000 Metallarbeitern bedeutet auch die Stillegung der Fertigeisenindustrie in ganz kurzer Zeit. Der Plan der Eisen- und Stahlindustriellen ist also nichts anderes, als ein Anschlag gegen das gesamte deutsche Volk, insbesondere gegen die Arbeiterklasse. Der Kampf, der damit aufgerollt wird, ist nicht mehr nur eine Angelegenheit der Arbeiterschaft der Großeisenindustrie, er ist die Angelegenheit der gesamten werktätigen Bevölkerung Deutschlands. Der Plan der Großeisenindustriellen zeigt, mit welcher Rücksichtslosigkeit und Brutalität sie im Interesse ihres Profites den Klassenkampf führen. Er zwingt aber auch gleichzeitig das Proletariat zu genau so rücksichtslosen Abwehrmaßnahmen gegen die Trusthyänen. Entweder das Proletariat läßt sich diese ungeheuerliche Vergewaltigung gefallen und versinkt damit in noch größere wirtschaftliche Verelendung und politische Entrechtung oder aber es organisiert auf dem schleunigsten Wege und auf breitester Grundlage den Abwehrkampf gegen die Trustkapitäne, den Generalstreik der werktätigen Massen gegen den Generalstreik der Trustbourgeoisie.

Eine Zwischenlösung gibt es nicht! Jeder Kompromiß, zu dem die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer sicherlich bereit sein werden, bedeutet nichts anderes, als die Vertagung der unausweichlichen Auseinandersetzungen auf vielleicht für das Proletariat ungünstigere Zeiten, bedeutet wirtschaftlich nichts weiter als der Betrug der werktätigen Massen mit mageren Linsengerichten.

Falsch ist es auch, die Massen zu vertrösten auf die kommenden Wahlen und dabei die Hoffnung auszusprechen, daß sie eine Mehrheit bringen würden, die die Gewalt der Trustmagnaten brechen würde. Der Kampf, der sich durch die Offensive des Unternehmergesindels in der Eisenindustrie anbahnt, kann nicht mit dem Stimmzettel entschieden und noch viel weniger beendet werden. Hier steht Klasse gegen Klasse. Hier steht das zu allem bereite Unternehmertum gegen das Proletariat, das sehr wohl siegen kann, wenn es die Lehren aus den vergangenen Schlachten gegen das Kapital richtig zu ziehen versteht. Und diese Lehren, die gleichzeitig praktische Anweisungen für die Organisierung des Kampfes gegen den jetzigen Angriff der Eisen- und Stahlindustriellen bedeuten, lauten:

Einheitsfront auf revolutionärer Basis unter kommunistischer Führung gegen das Trustkapital!

Rücksichtslose Anwendung aller Machtmittel des Proletariats im Kampf um Achtstundentag, Lohnerhöhung usw.

Gegen den Generalstreik der Trustbourgeoisie, den Generalstreik des gesamten werktätigen Volkes!

Gegen das kapitalistische Profitsystem, Kampf um Errichtung des Sozialismus!

Gegen die Bürgerblockdiktatur der Großbourgeoisie die Diktatur des Proletariats, die Herrschaft der Arbeiter und Bauern!

Unter diesen Losungen organisiert überall den Kampf!

Betriebe vor die Front! In Belegschaftsversammlungen muß sofort Stellung genommen, auf alle Weise die Gesamtarbeiterschaft mobilisiert werden!

Gewerkschaften, rüstet zum Kampf! Faßt sofort Vertrauensleute und Betriebsräte zusammen, organisiert die Abwehr auf breitester Basis.

Glänzender Sieg der Gewerkschaftsopposition in Zipsendorf

(Eigene Drahtmeld.) **Zipsendorf, 5. Dezember.**

Bei den Ortsverwaltungswahlen des Bergarbeiterverbandes in der Zahlstelle Zipsendorf wurden folgende Stimmen abgegeben:

Gewerkschaftsopposition	**127 Stimmen**
SPD.-Liste	**66 Stimmen**
Sonderliste	**7 Stimmen**
ungültig	**1 Stimme.**

Das ist ein guter Auftakt zu den Ortsverwaltungswahlen, eine treffende Antwort an die reformistische Bureaukratie, ein Beweis für den Kampfeswillen der Arbeiterschaft!

Es ist auch ein Erfolg unserer Arbeit während des Streiks.

Skandalöses Zuchthausurteil!

(Eig. Drahtm.) **Schneidemühl**, 4. Dezember.

Bei einem Untergautreffen des RFB. hatten die Faschisten in der Nacht rote Fahnen und Girlanden abgerissen. Ein Kamerad wurde von einem Stahlhelmer beim Broschürenverkauf angepöbelt: „Füü Teufel mit solchem roten Mist!" und ihm dabei einige Broschüren aus der Hand gerissen und auf die Erde geworfen. Der Faschist erhielt ein paar Ohrfeigen dafür. Er erstattete nun gegen den Genossen Siewert und den ganz unbeteiligt gewesenen Kameraden Zühlsdorf die Klage wegen schweren „Landfriedensbruchs" und „Widerstands gegen die Staatsgewalt".

Genosse Siewert wurde zu einem Jahr Zuchthaus und sofortiger Verhaftung verurteilt. Kamerad Zühlsdorf, von dem selbst der Schupobeamte und zwei Stahlhelmer aussagten, daß er gar nicht dabei gewesen wäre, erhielt sechs Monate Gefängnis. Bei der Urteilsbegründung erklärte der faschistische Gerichtsvorsitzende: „Diese Roten müssen abgeschafft werden (!)."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271205-12/fragment/page=0001

Selbstmord eines SPD.-Führers

Magdeburg, 4. Dezember.

Der ehemalige sozialdemokratische Polizeipräsident Gustav Krüger hat heute morgen in seiner Wohnung durch Erschießen Selbstmord begangen. Krüger war von 1919 bis 1924 Polizeipräsident von Magdeburg und 49 Jahre alt.

*

Krüger hatte sich vor drei Jahren in verschiedenen Korruptionsaffären verwickelt, die sogar ein Meineidsverfahren gegen ihn, das aber „mangels Beweisen" eingestellte wurde, nach sich zogen. Severing mußte seinerseit ein Disziplinarverfahren gegen ihn durchführen lassen und ihn entlassen. Im Kriege ein typischer Sozialpatriot, Verfasser begeisterter Kriegsberichte, war er in den letzten Jahren Chefredakteur der „Illustrierten Reichsbannerzeitung". Es kann sein, daß die Tatsache des bevorstehenden Eingehens dieser Zeitung ihn mit zum Nervenzusammenbruch und Selbstmord trieb.

Für die klassenbewußte Arbeiterschaft kann diesem toten Krüger nichts Gutes nachgesagt werden. Er war einer jener verbürgerlichten Führer der SPD., die die größte arbeiterverräterische Politik in der Koalition mit der Bourgeoisie zu machen bereit sind. Er galt in der Zeit seiner Polizeipräsidentschaft als der Noske von Magdeburg.

Das Liebeswerben der „republikanischen" Parteien um die Reichswehr

Die bürgerliche Presse einschließlich der sozialdemokratischen ist in den letzten Tagen und Wochen ausgefüllt mit Artikeln über die Reichswehr. Besonders in der „Berliner Börsen-Zeitung" ist eine ganze Artikelserie erschienen aus der sich unzweideutig die neuen imperialistischen Bestrebungen der deutschen Bourgeoisie herauslesen lassen. In einem vor einiger Zeit erschienenen Artikel „Existenzbedingungen der Reichswehr" nimmt die genannte Zeitung insbesondere zu den nationalen Aufgaben der Reichswehr Stellung. Wir lesen darin folgende Zeilen:

„Heute handelt es sich nicht darum, dem jungen deutschen Mann in einer kurzen Dienstzeit eine gewisse militärische Form zu geben und ihn in der Verwendung einer Waffe auszubilden, sondern es muß ein Soldatentyp geschaffen werden, der charakterlich auf der Höhe steht, mit innerem Verständnis seine nationale Aufgabe erfaßt und der in der Verwendung mehrerer Waffen, in ihrem Zusammenwirken und in der Kenntnis der technischen Erfordernisse Höchstleistungen erzielt. Das Neue (in der modernen Kriegstechnik. D. R. d. „Kl.") zu erkennen und für die Gestaltung der Armee auszuwerten, ist eine hohe Aufgabe für den Offizier. Soll die Armee in ihrer Gesamtheit und in jedem einzelnen in diesem Sinne immer weiter gefordert werden, so muß der Staat dafür die finanziellen Unterlagen schaffen."

Betrachten wir dieses stärkste politische Machtinstrument der heutigen herrschenden Klasse, so müssen wir feststellen, daß das Liebeswerben der Sozialdemokratie um die Gunst der Reichswehr durchaus illusionär ist. Dabei finden wir in dieser Partei in bezug auf ihre Stellung zur politischen Staatsmacht die tollsten Widersprüche. Obwohl Hilferding auf dem Kieler Parteitag die Stellung der SPD. klar umrissen hat, daß es gelte, die Reichswehr zu demokratisieren, damit das Vertrauen des Volkes zu diesem Machtinstrument des Kapitalismus wachse, hat der ehemalige Ministerpräsident Zeigner in Sachsen zum Teil entgegengesetzte Ausführungen gemacht. Zeigner gibt den Gedanken der Republikanisierung der Reichswehr auf und kommt zu dem Schluß, daß die demokratische Machteroberung der Arbeiterklasse durch die Reichswehr unmöglich gemacht wird. Er verweist dabei auf die sächsischen und thüringischen Ereignisse im Jahre 1923. Es ist dabei interessant, daß Zeigner die Niederschlagung der revolutionären Arbeiterschaft in diesen Ländern als Korrektur der demokratischen Entwicklung hinstellt. Zuguterletzt kommt er zu der Folgerung, daß die SPD. diese Reichswehr zerschlagen müsse. Wir sind gespannt, wie das aussehen wird.

Die Stellung der Kommunistischen Partei zur Reichswehr ist vollkommen klar: Alle Reden betreffend Demokratisierung und Republikanisierung des Militärs sind nichts als Phrasen. Es sind dieselben leeren Reden wie die von der SPD. angestrebte „Demokratisierung der Verwaltung." Die heutige Republik ist ein kapitalistisch-imperialistischer Staat, der immer mehr erstarkt. Die Verseuchung der Reichswehrsoldaten durch die konterrevolutionäre bürgerliche Presse zeigt in ihrer Wirkung dann jene „Ausschreitungen", wie sie in den Jahren 21 und 23 festzustellen waren. Der Charakter und die Zusammensetzung der militärischen Armee ändert sich erst, nachdem die Arbeiterklasse die wirtschaftliche und politische Macht wirklich fest in die Hand genommen hat.

Die Reichswehrsoldaten, die nicht nur dazu erzogen werden, bei den kommenden Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit gegen ihre Klassengenossen zu Felde zu ziehen, sondern auch dazu, gegen den „äußeren Feind" das „Vaterland" zu verteidigen, sind das Agitationsobjekt aller „republikanischen" Parteien. Das Zitat aus der Berliner Börsenzeitung, das wir oben brachten, zeigt klar und deutlich, wohin die Reise gehen soll. Auch die Rolle der SPD. liegt trotz der verschiedenen „Meinungen" klar auf der Hand. Als Stütze der heutigen Republik und der zurzeit existierenden kapitalistischen Wirtschaft wird sie auch zur Stütze des heutigen militärischen Machtapparates.

Das Reichsbanner für Stresemann

(Eig. Drahtm.) Magdeburg, 5. Dezember.

Gestern fand hier eine Reichsbannerkundgebung statt, in der für die SPD. Scheidemann, für das Zentrum Wirth und für die Demokraten Bohner sprachen. Bohner, als erster Redner betonte, daß das Reichsbanner hinter der Außenpolitik Stresemanns stehe und daß Stresemann ohne die Hilfe der Republikaner seine Erfolge in der Außenpolitik nicht hätte erringen können. Wirth forderte in seiner Rede Marx und Köhler auf, aus dem Bürgerblock herauszugehen, nachdem es ja immer deutlicher würde, daß über den Bürgerblock Mißstimmung in der Bevölkerung herrsche. Man müsse den Platz freimachen für die Koalition. Scheidemann, der als letzter sprach, erklärte, daß die Koalition, die gegenwärtig im Reichsbanner schon bestehe, viel älter sei, als man annehme. Schon in der Kriegszeit, besonders im Jahre 1917, wo die Friedensresolution gefaßt wurde, bestand die Koalition.

*

Arm in Arm begeistern sich hier also Führer der Sozialdemokratie und des Zentrums für die Außenpolitik des neudeutschen Imperialismus, die in sich eine solche Fülle von Kriegsmöglichkeiten trägt. Auch in dem Ruf nach Koalition, mit der man an Stelle des abgewirtschafteten Bürgerblocks das Proletariat beherrschen will, sind sich diese Führer schon längst einig. Geradezu widerlich ist es, wie Scheidemann mit seiner blutbespritzten Weste mit der verräterischen Rolle der SPD. schon während des Krieges renomiert. Die Arbeiterschaft muß ihnen Antwort geben!

Hilferding deckt die Politik des Wirtschaftsministers

Aus dem Reichstag.

Nach Eröffnung der Sitzung erzählt Rauch (Bayr. Volkspartei), daß es in Bayern keinen politischen Partikularismus mehr gebe.

Urbahns (aus der KPD. ausgeschlossen) vollführt eine politische Quacksalberei, über die Worte zu verlieren Unsinn wäre.

Graf Reventlow klagt darüber, daß über die deutsche Innen- und Außenpolitik praktisch der Reparationsagent entscheide.

Hilferding (SPD.) sagt, die Diskussion über die Reparationslage sei völlig unzeitgemäß. Der Reparationsagent ist nicht der Kontrolleur der deutschen Finanzen. Die Frage ist die der sozialen Gestaltung des Budgets. Uns fehlt das Anlagekapital unserer Wirtschaft. Es ist wahnsinnig. Deutschlands Kredit im Ausland irgendwie zu schädigen. Die russische Produktion ist nicht konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt. Wir haben im Haushaltsausschuß die Debatte so geführt, um ein Einverständnis mit der Regierung und dem Reichsbankpräsidenten herbeizuführen. Wir müssen vom Reichsbankpräsidenten verlangen, daß er nur im Einverständnis mit dem Reichstag und der ihm verantwortlichen Regierung vorgeht. Der Rede des Reichswirtschaftsministers Curtius können wir in entscheidenden Teilen zustimmen. Die Zusammensetzung der Regierung und des Reichstages entspricht nicht mehr dem Willen des Volkes. Unser Mißtrauensantrag hat den Zweck, die Regierung aufzufordern, an das Volk zu interpellieren. (?!)

Die Abstimmung über die Mißtrauensanträge wird verschoben bis nach Beantwortung der übrigen Interpellationen. Die kommunistischen Steueranträge werden dem Steuerausschuß überwiesen.

Betrugsmanöver der Koalitions-SPD.

(Eig. Drahtm.) Berlin, 3. Dezember.

Die „Rote Fahne" von heute bringt unter der zweispaltigen Ueberschrift „Betrugsmanöver der Koalitions-SPD." u. a. auf der ersten Seite folgendes:

„Die kommunistische Reichstagsfraktion hat bekanntlich Anfang der Woche einen Mißtrauensantrag gegen den Bürgerblock eingebracht. Jetzt ist nun im Reichstag ein besonderer sozialdemokratischer Mißtrauensantrag gegen den Bürgerblock eingelaufen.

Der Scheinkampf der SPD.-Führer gegen den Bürgerblock kommt darin zum Ausdruck daß sie mit diesem besonderen Antrag vor den bürgerlichen Koalitionsparteien, mit denen sie in den Ländern gegen die Arbeiterschaft regieren, bekunden wollen, daß sie andere Zwecke mit ihrem Mißtrauensantrag verfolgen als die kommunistische Reichstagsfraktion.

Der Mißtrauensantrag der Kommunisten ist der Ausdruck des schärfsten Kampfes gegen den Bürgerblock und seine Politik, nicht nur im Reiche, sondern auch in den Ländern, wo sich der Bürgerblock offen auf sozialdemokratische Koalitionsregierungen stützt.

Der sozialdemokratische Mißtrauensantrag, der trotz des vorliegenden kommunistischen Antrages eingebracht wurde, sagt ganz klar, daß es sich hier um ein neues Manöver der SPD.-Führer handelt, und zwar um ein Wahlmanöver handelt, hinter dem die Absicht steckt, den geschlossenen einheitlichen Kampf des Proletariats gegen den Bürgerblock zu verhindern und zu spalten.

Es liegt an der Arbeiterschaft, die Reihen zu schließen und die einheitliche Kampffront gegen den Bürgerblock, seinen Reichstag und die gesamte Bürgerblockpolitik mit allen Mitteln durchzusetzen. Die SPD.-Führer müssen Farbe bekennen: wie wollen sie den Bürgerblock stürzen, wenn sie selbst in der preußischen Regierung mit der Zentrumspartei, die den Bürgerblock im Reich führt, in einer Koalitionsregierung sitzen? Solange das der Fall ist, solange mit der verhängnisvollen Koalitionspolitik nicht gebrochen wird, — und die sozialdemokratischen Führer denken gar nicht daran! —, solange betreiben die SPD.-Führer mit ihrem Scheinkampf, ihren radikalen Phrasen und ihrem scheinoppositionellen „Mißtrauensantrag" gegen den Bürgerblock nur den ungeheuren Betrug und Verrrat an den kampfbereiten Arbeitermassen.

Fort mit dem Bürgerblock, hinweg mit dem Bürgerblock-Reichstag! Geschlossene proletarische Kampffront zum Sturze des Bürgerblockes und zur Beseitigung seiner wichtigsten Stütze, der sozialdemokratischen Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik mit der Bourgeoisie!"

Zuckerpreise steigen!

Die großagrarische „Deutsche Tageszeitung" meldet am 30. November:

„In den deutschen Verbrauchszuckermärkten setzte sich im Berichtsabschnitt die etwas lebhaftere Gestaltung des Verkehrs fort und die Preise konnten um 25 bis 30 Pfennig für den Zentner aufgesetzt werden."

Am selben Tage begann in Berlin eine Zuckerkonferenz, die in Fortsetzung der Pariser Verhandlungen Maßnahmen zur weiteren Preiserhöhung beschließen soll. Die „Vossische Zeitung" am 30. November bemerkt dazu, es sollen Verträge zur Einschränkung der Zuckerproduktion abgeschlossen werden und erklärt:

„Nach den bisher bekannt gewordenen Absichten handelt es sich um die Errichtung eines internationalen Produktionskartells, das vielleicht eine preisregulierende, aber mit großer Wahrscheinlichkeit auch eine preistreibende Wirkung haben wird."

Der Zuckerkonsum der arbeitenden Massen in Deutschland entspricht ohnedies nicht dem Erforderlichen, aber — Hungerriemen noch enger schnallen, ist die Parole des neudeutschen Imperialismus für die Werktätigen.

Max Hoelz hinter der Roten Hilfe

(Eig. Meld.) Sonnenburg, 3. Dezember.

Auf die heutigen Pressemeldungen, daß ich meinen Antrag bei dem Reichs-Amnestieausschuß zurückgezogen habe, erkläre ich auf Grund einer Aussprache, die ich heute mit Herrn Abgeordneten Golke, Vertreter meiner Partei, und meinem Verteidiger Dr. Apfel und mit Professor Halle, meinem Vertreter vor dem Amnestieausschuß, hatte, das folgende:

Infolge der nunmehrigen siebenjährigen Haft und der praktischen Ergebnislosigkeit aller Verhandlungen vor dem Amnestieausschuß und in dem Glauben, daß finanzielle Gründe der Beschleunigung des Wiederaufnahmeantrages entgegenstehen, hatte ich dieser Tage meinen im Jahre 1924 gestellten Antrag auf Umwandlung der Zuchthaus- in eine Festungshaft zurückgezogen. Aus dem gleichen Grunde hatte ich die Rote Hilfe und meinen Verteidiger ersucht, ihre Bemühungen einzustellen und die Behörden entsprechend benachrichtigt. Nachdem nunmehr meine Verteidigung sich entschlossen hat, den Wiederaufnahmeantrag zum Beginn des neuen Jahres ohne Rücksicht auf den Fortgang des Prozesses Friehe einzureichen, habe ich heute der Roten Hilfe, Rechtsanwalt Dr. Apfel und Professor Halle erneut Vollmachten erteilt.

gez.: Max Hoelz.

Politische Randbemerkungen

Kautskys neues Buch . . .

ist 890 Seiten stark, betitelt sich „Natur und Gesellschaft" und wird in einer Besprechung durch Adolf Braun im „Vorwärts" folgendermaßen charakterisiert:

„Auch die Stellung der Sozialdemokraten, ja sogar im besonderen der Marxisten zur materialistischen Geschichtsauffassung hat sich erheblich geändert. Es gab eine Zeit, sie ist ein knappes Menschenalter hinter uns, in der viele Sozialdemokraten wie auch viele Gegner die Anerkennung der materialistischen Geschichtsauffassung als Voraussetzung der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie ansah. Es ist wohl kein Irrtum, wenn hier die Behauptung gewagt wird, daß auch Karl Kautsky in Jahrzehnten vor dem Weltkriege dieser Meinung gewesen ist. Heute schreibt er:

„Die Anerkennung der materialistischen Geschichtsauffassung soll nicht etwa eine Vorbedingung zur Angehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei sein, diese Partei muß jedem offen sein, der den Befreiungskampf des Proletariats, den Kampf gegen jegliche Unterdrückung und Ausbeutung mitkämpfen will, wie immer er dieses Wollen theoretisch begründen mag, ob materialistisch oder kantianisch oder christlich oder sonstwie."

Damit wird wieder einmal bestätigt, daß die heutige SPD. nichts mit der alten Vorkriegs-Sozialdemokratie zu tun hat und den Grundsätzen von Marx und Engels zuwiderhandelt.

Also heran, Ihr Herren Pastoren und kleinbürgerliche „Philosophen", Ihr Christen, Antisemiten, Faschisten, Baptisten, Spiritisten und wie Ihr alle heißt! Hinein in die SPD.! Die Hauptsache, Ihr tut so, als ob Ihr den Sozialismus, wie Ihr ihn gerade auffaßt, wollt. Einheitliche, revolutionäre Theorie braucht die SPD. ja nicht für ihre Praxis der Koalitionspolitik und des Arbeiterverrats.

Der Eisenbahnerstreik beendet

Wiedereinstellung der Gemaßregelten — Ausschaltung der Lohnfrage, keine Lohnerhöhung

Die Verhandlungen zur Beilegung des Eisenbahnerstreiks in Dresden wurden Freitag abend und Sonnabend früh geführt. Vom Vorstand des Eisenbahner-Einheitsverbandes nahmen Scheffel und Abitsch, von der Reichsbahnhauptverwaltung Geheimrat Kühne und Ministerialdirektor Heigk teil. Das Ergebnis ist folgendes:

„Die Arbeit wird an allen Dienststellen sofort nach dem Dienstplan aufgenommen. Die beiden gemaßregelten Arbeiter werden wieder eingestellt. Maßregelungen und Disziplinarverfahren gegen die Arbeiter und am Streik Beteiligten werden nicht eingeleitet. Das Arbeitsverhältnis gilt nicht als unterbrochen."

Das Verhandlungsergebnis wurde Sonnabend nachmittag von dem Bezirksleiter des Einheitsverbandes, Hacker, in einer großen Streikversammlung, die in einem Saale des Trianon stattfand, unterbreitet. Die Vertreter des Hauptvorstandes erklärten, daß mit dieser Einigung das Ziel des Streiks erreicht sei. Jede weitere Forderung und Fortsetzung des Kampfes um Lohn müsse abgelehnt werden. Der Versammlungsleiter, der Angestellte Hilbrich von der Dresdner Ortsverwaltung, würgte jede Diskussion ab und gab den Rednern der Opposition nicht das Wort. Die Versammlung beschloß darauf, das Verhandlungsergebnis anzunehmen. Die Arbeit wird noch heute wieder aufgenommen. Soweit das technisch nicht möglich ist, erfolgt die Arbeitsaufnahme morgen und am Montag.

Die Wiedereinstellung der beiden gemaßregelten Kollegen ist zweifellos ein Erfolg. Doch gerade dieser Erfolg beweist, daß es ein katastrophaler Fehler der Gewerkschaftsführer war, den Kampf ausschließlich auf diese Frage zu beschränken und die Lohnfrage auszuschalten.

Die Macht der Arbeiter, die den Widerstand und die Scharfmacherei der Reichsbahndirektion niederzwang, hätte auch die Kraft besessen, die geforderte Lohnerhöhung zu erzwingen.

Das beweist vor allem auch der Kampfbeschluß der Leipziger Eisenbahner.

Doch der Kampf in Dresden ist abgebrochen. Die Gewerkschaftsführer haben bewußt die Macht der Arbeiter nicht ausgenutzt. Jetzt gilt es unter Einsatz aller Druckmittel im ganzen Reich zum mindesten die örtlichen Lohnerhöhungen überall durchzusetzen und damit gleichzeitig den Kampf um die generelle Lohnerhöhung beim Ablauf des Gesamttarifs im März vorzubereiten.

Arbeitszeit- und Lohnkämpfe

Am 1. Dezember sind die Belegschaften von drei Neuser Oelmühlen mit insgesamt 500 Arbeitern in den Streik für eine 25prozentige Lohnerhöhung getreten, nachdem in der vorangegangenen Woche eine Urabstimmung in allen Betrieben stattfand und einstimmig die Kampfesaufnahme beschlossen wurde. Obgleich der Verbandsvertreter auf einer Gaukonferenz vorschlug, die Durchführung des Streiks so lange aufzuschieben, bis das Ergebnis der Schlichtungsverhandlungen vorliegt sind trotzdem die Belegschaften spontan in den Streik getreten. Die anderen Betriebe werden voraussichtlich spätestens am 3. Dezember die Arbeit niederlegen.

Auf der am 1. Dezember stattgefundenen Versammlung der in der Mannheimer Elektro-Industrie beschäftigten Arbeiter wurde einstimmig beschlossen, die Lohnkommission aufzufordern, mit dem Industriellen-Verband zwecks Durchführung einer 30prozentigen Lohnerhöhung zu verhandeln; da sich der Industriellen-Verband bisher weigerte, mit dem DMV. in Verhandlungen über Lohnerhöhungen einzutreten, wurde unter allseitiger Zustimmung vom Versammlungsleiter erklärt, daß eine weitere Weigerung nur mit dem Streik beantwortet werden könne.

In der Kammgarn-Spinnerei Lennep hatte die Arbeiterschaft eine 10,5prozentige Erhöhung der bestehenden Löhne gefordert. Statt dessen wurden alle Löhne in Akkordlöhne verwandelt und diese nur um 4 Prozent „erhöht", so daß viele Arbeiter bei der letzten Lohnzahlung einen weit geringeren Wochenlohn als vor dem 1 November erhielten. Die Spinner der Kammgarnspinnerei haben deshalb am 1. Dezember sofort nach der Auszahlung die Arbeit niedergelegt, um die sofortige Regelung der Lohnerhöhung um 10,5 Prozent auf die bestehenden Löhne durchzusetzen. Falls bis zum 2. Dezember mittags die Lohnregelung im Sinne dieser Forderung nicht erfolgt, werden die Spinner alsdann für die Durchsetzung der erhobenen Forderung in den Streik treten.

18000 Erwerbslose mehr in Berlin

Auf dem Berliner Arbeitsmarkt wirken sich die durch Frostwetter verursachten Zugänge in der Berichtswoche recht erheblich aus. Die Arbeitslosigkeit ist um rund 18 000 Personen gestiegen, so daß sie zurzeit einen Stand von 167 221 aufweist. Unter den bei den Arbeitsnachweisen Eingetragenen befanden sich 113 499 (97 353) männliche und 53 722 (51 467) weibliche Personen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271205-12/fragment/page=0002

Wenn man von wirklicher Abrüstung spricht . . .

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht der sozialistische Wiener „Abend" den unten abgedruckten Artikel. Zum Beweise dessen aber, daß die Feststellung des „Abend" nicht ganz stimmt, daß die Abgesandten der Großmächte beim Auftreten unserer russischen Genossen in Genf in Ohnmacht fielen, sondern daß auch die deutschen Sozialdemokraten hysterische Anfälle bekamen, sei vergleichend ein Auszug aus einem Artikel des „großen Ethikers" F. O. H. Schulz aus dem hallischen „Volksblatt", der am selben Tage erschien, abgedruckt. Die Arbeiterschaft mag sich selbst ein Bild von dem heillosen Durcheinander machen, das in der Sozialdemokratie herrscht.

„Abend", Wien:

Vorgestern wurde in Genf zum ersten Male das Wort Abrüstung in einer solchen Weise ausgesprochen, daß jeder unter diesem Wort nicht eine versteckte Rüstung, sondern wirkliche Abrüstung verstehen mußte. Vollständige Auflösung aller Streitkräfte zu Wasser, zu Land und in der Luft binnen vier Jahren, Verbot der Rekrutierung, Zerstörung aller Festungen, Vernichtung aller Land- und Marinestützpunkte für Heer und Flotte, Verbot der Aufstellung von Militärbudgets, Auflösung der Generalstäbe, Aufhebung aller Waffenfabriken und so weiter.

Zum ersten Male wurde in der Abrüstungskonferenz von wirklicher Abrüstung gesprochen. Kaum ist dies geschehen — die russischen Abgesandten übernahmen die Rolle jenes schrecklichen Kindes, das immer die von den Erwachsenen verborgene Wahrheit sagt — da fielen die Abgesandten der Großmächte, die nun seit Jahren über die Abrüstung sprechen, während sie fieberhaft [illegible] förmlich in Ohnmacht. Sie beeilen sich, die russischen Vorschläge als utopisch, als undurchführbar zu erklären, und man merkt ihnen die Verlegenheit an, die ihnen der russische Vorschlag einer völligen Abrüstung bereitet.

Der russische Vorschlag hat blitzartig die Lage erhellt und gezeigt, daß alle Friedensreden der imperialistischen Großmächte eitle Lügen sind, nur bestimmt, ihre Kriegsrüstungen zu verdecken. Diesen Wert einer Entlarvung des Abrüstungsschwindels wird die Rede der Russen nach Genf sicherlich haben. Die Imperialisten können nicht abrüsten, weil die Grundlage ihrer Herrschaft Krieg und Kriegsdrohung ist.

„Volksblatt", Halle:

Der Genfer Vertreter des Sowjet-Militarismus hat in der vorbereitenden Abrüstungskonferenz eine pazifistische Demonstrationsrede gehalten, die nicht nur Heiterkeit bei den Konferenzteilnehmern, sondern dasselbe Gefühl auch bei allen Lesern des Berichtes, bis weit in die Kreise der denkenden Kommunisten hinein, ausgelöst hat . . .

Wie dem auch immer sei, die Abrüstungskonferenzler hatten keine Ursache, den „Leninisten" ihre von Litwinow geradezu provozierte Heiterkeit zu verbergen. Der „Leninismus", der in Rußland über ein wohlausgebildetes stehendes Heer von 1 264 000 Mann, also über die größte unter Waffen befindliche Armee der Welt verfügt, der sich militärisch mit Persien in alle erreichbaren Händel des asiatischen Kontinents einmischt, der kleine Völker überfällt und Massacres unter ihren Freiheitskämpfern veranstaltet, der das Zuchthaus- und Blutregiment im Innern gegen Andersdenkende bis zu einer nicht einmal von Mussolini erreichten Virtuosität ausgebildet hat, dieser selbe Leninismus, der durch seinen geistigen Vater Krieg und Bürgerkrieg als Mittel des sozialen Kampfes fordert, entpuppt sich plötzlich als extrem pazifistisch nach innen und nach außen.

Man nehme es uns nicht übel, aber bei einer größeren Frechheit ist noch kein bolschewistischer Funktionär ertappt worden. Und es spricht wirklich für die Harmlosigkeit der Teilnehmer der vorbereitenden Abrüstungskonferenz, daß sie für das russische Vereat Lenin (Zum Teufel mit Lenin) nur Heiterkeit hatten.

Echo der Rede Litwinows

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", ein schwerindustrielles Organ, bringt einen Leitartikel über Genf, in dem es u. a. heißt:

„Als Litwinow vor dem Vorbereitenden Abrüstungs-Ausschuß seine Rede hielt, hatte man das Gefühl, als ob jemand mit der Faust moralisch auf den Tisch schlüge. Es wurde hier an die Wurzel des Abrüstungsproblems gegangen. Die bisher mit aller Sorgfalt akademisch behandelte Abrüstungsfrage wurde mit einem Schlage aus ihren einseitig-wissenschaftlichen Erörterungen herausgerissen und unter grelle Beleuchtung gestellt. Wenn auch die französischen und englischen Blätter Litwinows Forderungen als etwas Unmögliches skizzieren und man es auch in Genf behauptet, und versucht wird, sie lächerlich zu machen, so wird sich doch der objektive Beobachter sagen müssen, daß eine Abrüstung nur dann Wert hat, wenn sie so durchgeführt wird, wie Rußland es verlangt.

Hoffnungen an die Ausführungen Litwinows können wir auf keinen Fall knüpfen. Mag die Sowjetunion noch so sehr ins Schwarze getroffen haben, es bleiben zu viele übrig, und sie sind die Mächtigsten, die von einer solchen Radikalkur nie etwas wissen wollen."

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" will durch eine derartige Polemik natürlich nur den Beweis führen, daß es notwendig sei, daß man auch dem neudeutschen Imperialismus volle Freiheit zu seiner Aufrüstung geben muß. Aber immerhin sind diese Worte wichtiger, als das pöpelhafte Gekläff in der SPD.-Presse.

Die Abrüstungsheuchler gebrandmarkt

Imperialistische Kriegsmanöver — Der deutsche Delegierte in der Chamberlain-Front

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Genf, 3. Dezember.

Die heutige Schlußsitzung der Vorbereitenden Abrüstungskommission wurde vom Vorsitzenden mit der Bemerkung eröffnet, daß das sowjetrussische Memorandum über die Rüstungen in dieser Tagung nicht mehr behandelt werden soll, obwohl verschiedene Delegierte darin unrichtige Behauptungen gefunden hätten. Dann machte Benesch über den Zeitpunkt der Weitertagung die bekannten Vorschläge. Erst soll Ende Februar die Sicherheitskommission tagen und vom Fortschritt ihrer Arbeiten das Zusammentreten der Vorbereitenden Abrüstungskommission abhängig gemacht werden.

Gegen dieses Verschleppungsmanöver protestierte Litwinow in einer kurzen, aber sehr scharf gehaltenen Rede.

„Man will hier ein Arbeitssystem schaffen, nach dem der Gang der Abrüstungsverhandlungen von dem Sicherheitskomitee abhängig gemacht werden soll, in dem die Sowjetregierung gar nicht vertreten ist. Unserer Meinung nach sind für die Verwirklichung einer effektiven Abrüstung keinerlei Sicherheitsverhandlungen notwendig.

Die in den zwei Sitzungen des Sicherheitskomitees gehörten Reden haben die Meinung der Sowjetdelegation über diese Einrichtung noch erhärtet, daß es sich nämlich um eine endlose und fruchtlose Diskussion über die juristische Auslegung dieses oder jenes Artikels der Völkerbundssatzungen handelt, die mit der Abrüstung praktisch rein gar nichts zu tun habe und nur zur Verzögerung der Abrüstung dienen soll.

Deshalb schlägt die Sowjetdelegation den 10. Januar für die neue Tagung vor."

Dieser eindeutige Vorschlag brachte die Abrüstungssaboteure in die allergrößte Verlegenheit.

Auf die Frage des Vorsitzenden, wer zu dem Vorschlag, der zur Diskussion gestellt werde, das Wort wünsche, tritt ein verlegenes Schweigen ein.

Schließlich erhebt sich Graf Bernstorf (Deutschland), um eine Brücke zu schlagen. Dem deutschen Standpunkt würde die von der Sowjetdelegation eingebrachte Resolution vollkommen entsprechen. Bernstorf traut sich aber nicht, sich mit den Sowjetvorschlägen vollkommen zu solidarisieren. Deshalb rückt er sofort vom prinzipiellen Teil des Sowjetvorschlages ab (obwohl er in bezug auf die Unabhängigkeit der Abrüstungsverhandlungen von den Sicherheitsverhandlungen in der von der Reichsregierung aus taktischen Gründen stets eingenommenen Halt vollkommen übereinstimmt). Bernstorf betont seine Loyalität zu den Beschlüssen des Völkerbundes und behält sich vor, zum sowjetrussischen Vorschlag Abänderungsanträge einzubringen.

Bernstorf machte sofort den von England gewünschten Rückzieher. Er wollte auch keine prinzipielle Diskussion in der Sicherheit mehr, denn die Völkerbundsbeschlüsse wären auch für ihn bindend. Er möchte aber Sicherheit haben, daß die Vorbereitungen so geführt werden, daß die eigentliche Abrüstungskommission noch **vor Ende des Jahres 1928** zusammentreten soll. Er fürchtet, daß dies nicht der Fall sein würde, daß die Vorbereitende Abrüstungskommission ihre Arbeiten erst nach der Märztagung des Völkerbundsrates wieder aufnimmt. Man müßte deshalb noch vor der Märztagung des Rates zusammenkommen.

Darauf ergreift Boncour das Wort, um mit der Monomanie eines waschechten Poincaristen zu bekennen, daß es keine Abrüstungsberatung geben könne, ehe die Sicherheitsfrage nicht gelöst sei.

Dann schlägt der Vorsitzende den 15. März als Zeitpunkt der nächsten Tagung der Kommission vor.

Litwinow protestiert gegen die geplante Verzögerung und wiederholt seinen Vorschlag, schon am 10. Januar zusammenzutreten. Graf Bernstorf erwidert darauf unter nochmaliger allgemeiner Heiterkeit, er sei mit dem 15. März einverstanden.

Nach den getroffenen Dispositionen reist die Sowjetdelegation Montag vormittag ab. Litwinow hat gestern die im Völkerbundssekretariat deponierte Konvention über das Verbot der chemischen und bakteriologischen Kriegsmittel gemäß seiner Ankündigung unterzeichnet.

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Im Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages wurde der Antrag des Oberreichsanwalts auf Verhaftungsbeschluß von 6 kommunistischen Reichstagsabgeordneten gegen die 7 Stimmen der Deutschnationalen und Bayrischen Volkspartei abgelehnt. Der Zentralelprozeß gegen die KPD. wird demnach im Sommer stattfinden.

Der Fehlbetrag des thüringischen Etats erhöht sich von einer Erklärung des Finanzministers zur anderen. Er soll jetzt bereits die Höhe von 5 Millionen Mark aufweisen. Der Vertreter des Finanzministers erklärte, daß sich diese Summe bei Annahme der Anträge der Oppositionsparteien auf 11 Millionen Mark erhöhen würde.

Die Besoldung der Reichswehrsoldaten wurde im Haushaltsausschuß so geregelt, daß durch die Einführung einer Sondertabelle die unteren Beamten keine Erhöhung ihrer Bezüge erhalten.

Die Leipziger Tabakarbeiter lehnten am Sonnabend den Schiedsspruch für das Tabakgewerbe ab. Dieser Meldung ist sehr große Bedeutung beizulegen, da von Leipzig aus die Tabakarbeiterbewegung begann.

Duesterberg, der zweite Bundesführer des Stahlhelms, ist aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetreten. Er hat sich also mit seinem Kollegen Seldte, der vor einigen Tagen aus der Deutschen Volkspartei ausgetreten ist, solidarisiert. Das Ganze fällt unter die nationale Einheitsbewegung.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Hermann Silberschmidt ist gestern im Alter von 61 Jahren gestorben.

Der Hinrichtungsgouverneur Fuller aus Mord-Amerika hat sich zehn Tage in Paris unter falschem Namen aufgehalten. Mut scheint nicht gerade die stärkste Seite dieses Kapitalistenknechtes zu sein.

In Budapest sind 50 reichsdeutsche Studenten eingetroffen. Wahrscheinlich wollen sie den Faschismus studieren.

Die auftauchenden Gerüchte über ein Attentat auf Mussolini werden von der „Agencia Stefani" auf das entschiedenste dementiert.

Stalin spricht . . .

(Inprekorr.) **Moskau, 3. Dezember.**

In der ersten Vormittagssitzung des Parteitages der KPdSU. erstattete Genosse Stalin den politischen Bericht des Zentralkomitees. Genosse Stalin kennzeichnete im ersten Teil seines Berichts die internationalen Lage und daran anschließend die innere Lage der Sowjetunion. Genosse Stalin führte seine Rede in der Vormittagssitzung nicht zu Ende. Er schloß sie erst in der Abendsitzung ab. Der umfangreiche Bericht des Genossen Stalin wurde wiederholt von stürmischen Beifallsbezeugungen des Parteitages unterbrochen.

In Sowjet-Rußland hat das Arbeitskommissariat verfügt, daß das Weihnachtsfest in diesem Jahre nach dem Kalender neuen Stils gefeiert wird.

Die deutsche Delegation zur Völkerbundstagung in Genf ist unter Führung Stresemanns dort eingetroffen.

HARRY DOMELA

Der falsche Prinz

Mein Leben und meine Abenteuer

W

Copyright 1927 by Malik-Verlag / Berlin | 26

v. Gemsdorf tat so, als ob er den Grafen nicht im mindesten verstände, und kaute unbeirrt weiter. Ich erwiderte daher ziemlich von oben herab, aufrichtig gesprochen seien mir solche Tischsitten unbekannt. Gemsdorf schickte sich eben an, die Kartoffel auf seinem Teller zu einem Brei zu verrühren und rief dröhnend: „Sohse! Sohse!" Da wurde es dem Grafen doch zu toll. „Gemsdorf! Doppelt aufschreiben wegen viehischen Fressens!" — „Noch einmal!" Gemsdorf ließ sich nicht im geringsten stören. „Gemsdorf! Nochmals aufschreiben", rief der Graf jetzt scharf. Jetzt sog's. „Ja, was willst Du denn von mir?!" fragte Gemsdorf verwundert. „Ich werde doch noch essen dürfen!" sagte er empört. Der Graf war ganz rot geworden; er schämte sich vor mir. „Dazu sind wir hier! Du ißt ja nicht, Du frißt!" Gemsdorf murmelte ziemlich laut das bekannte Zitat des Götz von Berlichingen und schien für einen Augenblick verstimmt. Es dauerte jedoch nicht lange, so warf er derart mit wissen Redensarten über den Tisch, daß mir schwindlig wurde, obwohl ich wirklich nicht zimperlich bin. „Gemsdorf, aufschreiben, wegen gemeiner Redensarten!" — „Nochmals aufschreiben wegen Schweinigeln!" So ging es in einem fort. Zum Mittagessen hatte man sich noch zusammengenommen, aber jetzt, wo man dem Graf nähergekommen war, ließ man sich vollständig gehen. Ich war heilfroh, als endlich die Zigaretten gereicht wurden. „Ach, das ist noch gar nichts", äußerte der Graf hoffnungslos, „das höre ich alle Tage. Aber wenn sie mal anfangen, gelehrt zu reden, weiß man wirklich nicht, wo einem der Kopf steht." Er zündete sich eine Zigarette an und schüttelte den Kopf. „Ach", warf jetzt Gemsdorf ein, „Du kannst auch nichts anderes tun, als uns wie Kannibalen schildern. Wir sind doch in keinem Negerdorf! Du benimmst Dich wie ein christlicher Missionar." Zu mir gewandt, fuhr er naiv fort: „Soll'n mal sehen, Prinz, wie anständig ich mich benehmen kann, wenn Sie mich mal nach Potsdam einladen würden." Alles brach in ein schallendes Gelächter aus. Lachend erwiderte ich: „Es würde mir eine Freude sein, Sie mal bei mir in Potsdam zu sehen, aber im Augenblick, bedaure sehr." Jetzt erst schien sich Gemsdorf bewußt zu werden, daß er sich ja selbst eingeladen hatte. „So war das wirklich nicht gemeint, Durchlaucht!" rief er völlig verdattert. Der Graf machte seiner Verlegenheit ein Ende, indem er die Tafel aufhob.

Nach dem Essen verfügte sich die ganze Gesellschaft nach unten, voran Gemsdorf, der nach der Hauskapelle schrie. Darauf stürzte der junge Reisleben, Sohn des Koburger Hofmarschalls, an ein Klavier, und der dicke L. nahm sich die riesige Jazzpauke vor. Sie verlustigten, der eine auf dem Klavier herumhämmernd, der andere die Pauke malträtierend, eine Jazzmusik nachzuahmen. Gemsdorf brüllte dazwischen: „August, August . . .!" Jetzt begann die Kapelle sein Lieblingslied zu intonieren, worin Gemsdorf mit Inbrunst einfiel. Nach und nach geriet er förmlich in Ekstase und verlangte stürmisch: „Gern hab' ich die Frau'n geküßt . . ." Auch hier grölte er mit. Jetzt war er selig, so recht in seinem Element. Da er stets Stakkarten in der Hosentasche mit sich führte, versuchte er, mich zu einem Spielchen zu animieren. Ich hatte mir jedoch vorgenommen, keine Karte mehr anzurühren und lehnte ab. Verärgert rief darauf Gemsdorf: „Hier ist es ja langweilig! Wer geht mit in den ‚Seppl' saufen?" Als ich mich dazu bereit erklärte, war er überglücklich, in mir einen Zechkumpan gefunden zu haben, und fiel mir beinahe um den Hals. Im „Seppl" saßen bereits eine Menge anderer Korpsstudenten. Als Gemsdorf und ich dort anlangten, tat Gemsdorf sich sehr dick mit mir. Offenbar war er schon bekannt geworden, daß ich als Gast der Saxo-Borussen in Heidelberg weilte. Ueberaus begegnete ich einer respektvollen Behandlung. Um zu Gemsdorf den nötigen Abstand zu wahren, legte ich mir äußerste Reserve auf. Gemsdorf trank wie eine Unke; ein Maß nach dem andern goß er hinter die Binde. Für kurze Zeit kam die Tochter des Wirts ins Lokal. Gemsdorf rief sie zu sich heran, jedoch sie beachtete es nicht. Er war darüber ganz unpöbelhaft und trank wie ein Bürstenbinder. Völlig bezecht verließ er das Lokal.

Am nächsten Tage nach dem Mittagessen ging ich mit dem Grafen wieder auf den Bummel. Wir kamen an dem Studentenfreitisch, der Mensa academica, vorbei, die im Marstall ihr Heim hatte. „Wissen Sie, Durchlaucht", begann der Herr Graf, „hier ist so eine Küche für arme Studenten. Die kriegen da einen Frack vorgesetzt, der einfach zum Erbrechen ist. Ja, was heute aber auch nicht alles studiert und Student heißt!" Ich überhörte scheinbar, was er damit sagen wollte, und entgegnete: „Nicht wahr, ich finde es ganz fabelhaft, wenn jemand so ganz ohne Zuschüsse von Eltern oder Anverwandten studiert. Ein wahres Heldentum für meine Begriffe . . ." Der Graf wurde bei diesen Worten über und über rot. Ein bißchen boshaft fuhr ich fort: „Es muß Ihnen doch verdammt peinlich sein, oben in einem so feudalen Korpshaus zu wohnen und ohne Sorgen zu leben, während hier unten Ihre Kommilitonen manchmal nicht wissen, wovon sie den nächsten Tag noch existieren sollen." Der Graf schwieg und sah verlegen zur Seite. Wir gingen einen Augenblick nebeneinander, ohne ein Wort zu sagen. Es war gut, daß sich der Pauktboden im selben Gebäude, dem Marstall, befand; so waren wir bald oben. Der Graf griff wieder zum Schläger und übt. Als er es für heute genug sein ließ, unterhielt er sich mit mir ganz ungezwungen. Für seine vornehme Art war es recht bezeichnend, daß er auch nicht den geringsten Anstoß an meiner Bemerkung genommen hatte. Er blieb genau so liebenswürdig und unbefangen, wie er vorher gewesen war. In einer Weinkneipe tranken wir eine Flasche Wein zusammen. Wir unterhielten uns jetzt von allem möglichen. So kamen wir uns immer näher. Jeder empfand für den andern ausgesprochene Sympathie.

Da abends Kneipe sein sollte, legte ich mich noch für ein paar Stunden aufs Ohr. Nach dem Abendessen ging es ins Kneipzimmer. Ein großes Faß Bier war aufgelegt worden. Wir zogen unsere Röcke aus und legten die Kneipjacken an, die aus schwarzem Tuch mit weißen Tressen gefertigt waren. Hierbei erzählte mir der Graf, daß die Studentenpekesche der Saxo-Borussen, mit andern Worten, ihr Studentenfrack, umgekehrt aus weißem Tuch mit schwarzen Schnüren bestehen, wozu noch eine weiße Hose mit Stegen und Lackschuhen getragen werde. Zusammen mit den weißen Stürmern und den schwarzen Schnüren darauf sei es ein glänzendes Bild. — Die schäumenden Gefäße wurden herumgereicht. Ich saß mit dem Grafen, dem Fuchsmajor, Gemsdorf und dem „Beau" zusammen. Der Graf erzählte lachend einen Witz, wie eines Tages das Korps den Universitätsrektor habe besuchen müssen. Große Aufregung! Niemand wußte, wohin man fahren sollte, niemand hatte eine Ahnung, wo er wohnte. Für seinen Teil setzte der Graf hinzu: „Ja, Durchlaucht, offen gestanden, die ganze Universität hier kenne ich nicht. Man ist ja auch letzten Endes nicht in Heidelberg, um zu studieren." Da fiel Gemsdorf ein: „Studieren, studieren! Was heißt studieren! Was fange ich mit dem Schmus da oben auf meiner Klitsche an?! Die Klitsche müssen Sie mal sehen, Durchlaucht! Herzlich eingeladen! Fabelhafte Jejend! Weit und breit kein Boom! Drei Stunden bis zur nächsten Bahnstation. Alle fünf Schritt bleibt die Chaise stecken. Alle Mann raus und schieben! Zu Fuß sind's drei Stunden; mit der Chaise anderthalb Tage. Nur nicht den Proviant vergessen, wenn Durchlaucht unangemeldet kommen sollten. Bei mir gibt's genug; auf dem Wege dorthin kriegen Durchlaucht nicht mal 'ne Bockwurst." — „Warum sind Sie dann eigentlich in Heidelberg, Gemsdorf?" fragte ich ihn verwundert. „Na, das gehört doch zum guten Ton, Saxo-Borusse zu sein. Hier kann man doch andern Betrieb machen als da oben in Hinterpommern am Honoratiorentisch vom ‚Blauen Ochsen', wo es immer eine Sensation ist, wenn mal 'n Kaufmich in Unterwäsche, Schubwichse und Schmierseife aufsaucht. Nee, Durchlaucht, über Maisterkel und Trockenfütterung kann ich mich mit meinen Kuhbauern noch allemal unterhalten. Schon heute ist's mir wie 'ner versoffenen Katze zumute, wenn ich ans Examen denke und dann, heidi! ab nach Pommern! Na, da hilft eben kein Jammern, kein Beten. Einen Daseinszweck muß der Mensch ja auch schließlich haben. Bloß ekelhaft, daß die Kerls dort arbeiten, daß der Dreck spritzt. Arbeit ist für mich dasselbe wie 'ne Beerdigung. Wenn ich arbeiten soll, kommt ich mir immer vor wie 'n doigebibsiertes Huhn. Na, prost Blume! Graf, gib mir doch mal 'nen Glimtholzen." Er zündete sich eine schwere Mexiko an. „Auf Bierehre, Durchlaucht, Pommern ist eine faule Jejend." Da wandte sich der Beau zu Gemsdorf: „Na, für Dich war es aber höchste Zeit, daß Du mal zu uns nach Heidelberg kamst. Du hast ja früher nicht mal gewußt, von wem Maria Stuart ist und daß ist für 'n Goethe gelebt hat. Aber im übrigen, Durchlaucht, studieren ist für uns faktisch Mumpitz. Was geht uns der ganze Scheißdreck an, was für 'n Mist so ein Professor auf dem Katheder fabriziert. Was sollen wir mit dem Zimt anfangen? Sind mir etwa dasselbe wie so 'n ausgehungerter Pastorensohn, der Theologie schnüffelt, um hernach was zu fressen zu haben. Was haben wir mit denen gemein? Was geht uns die da unten an? Wir wollen mit Standesgenossen Fühlung nehmen und einander kennenlernen. Das andere kommt schon von ganz alleene. Wär' ja direkt dämlich, wenn wir uns hier wie die Mensfulis abschinden würden. Na, Graf", wandte er sich zum ersten Chargierten, „mach' nicht man bloß so 'n Gesicht. Du bist ja sowieso verkehrt ins Kraut geschossen. Prost, Prinz Lieven!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271205-12/fragment/page=0003

„Zersetzung"

D. H. Unter diesem Stichwort werden seit Jahr und Tag kommunistische Funktionäre zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt. Was ist das Delikt in solchen Fällen? Die Verurteilten haben, wenn es hochkommt, nachweisbar nichts anderes als eine unanfechtbare politische oder gewerkschaftliche Propaganda unter den Reichswehrsoldaten oder Polizeibeamten getrieben. Das heißt, unanfechtbar ist eine solche Propaganda in der „demokratischen" Republik eben nur dann, wenn sie von so „staatserhaltenden" Organisationen wie dem Stahlhelm, Jungdo, Wehrwolf oder ähnlichen ausgeht. Da hat man zum Beispiel erst vor einiger Zeit in Hessen einen Schupomann, der sich sehr aktiv in der faschistischen Bewegung betätigte, „strafversetzt" und anschließend — zum Leutnant befördert.

Die Kommunistische Partei treibt unter allen proletarischen, halbproletarischen, kleinbürgerlichen Schichten der Bevölkerung ihre Agitation und Propaganda. Die Kommunistische Partei wird sich dieses Recht nicht nehmen lassen, denn alle Parteien tragen ihre Ideen, Programme usw. in der einen oder anderen Form auch ins Heer oder in die Polizei.

Was geschieht aber, wenn revolutionäre Arbeiter diese wichtige Propagandaarbeit unter Heer und Polizei leisten?

Erstens entzieht man vielen von den wegen „Zersetzung" Angeklagten die Zubilligung der Ueberzeugungstäterschaft; man bezichtigt sie ehrloser Gesinnung. Sie werden mit Zuchthaus bestraft und wie gemeine Verbrecher behandelt. Das geschieht in einem „Rechtsstaat", in einer demokratischen Republik.

Hier wäre ein dankbares Gebiet für alle diejenigen, die sich vorgenommen haben, etwas gegen die deutsche „Rechtskrise" zu unternehmen.

Der Klassencharakter der bürgerlichen Justiz

kann nicht drastischer zum Ausdruck gebracht werden, als in solcher Rechtsprechung.

Eine weitere Verdrehung bei der Verurteilung der wegen „Zersetzungsarbeit" Angeklagten besteht zumeist in der Behauptung des Gerichtes, die Angeklagten hätten einer Geheimorganisation, dem sogenannten „Zersetzungsapparat" angehört. Auf Grund dieser ebenso demagogischen wie lächerlichen Konstruktion tritt dann regelrecht eine weitere Verschärfung der Strafe ein. Es muß ein für allemal festgestellt werden, daß die Kommunistische Partei zu einer offenen politischen Tätigkeit keinen „Geheimapparat" gebrauchen kann. Ein solcher romantischer Apparat würde die Propagandatätigkeit unter Heer und Polizei nur erschweren, vielleicht gar verhindern. Aber das will ja das Niedner-Gericht gerade. Deshalb ist dieser geheimnisvolle „Zersetzungsapparat" mit Hilfe der Phantasie von Achtgroschenjungen bestellt worden.

Der „Rote Helfer" vom August 1927 sagt übrigens treffend, warum:

„Die Herren Niedner und Genossen scheinen Angst davor zu haben, daß Polizei und Reichswehr sich eines Tages weigert, Gummiknüppel und Gewehrkolben schützend vor ihre Zuchthausjustiz zu halten. Und dabei ist die „Zersetzung" überhaupt gar kein im Strafbuch vorgesehenes Delikt, sondern nur eine Reichsgerichtskonstruktion."

Diese letzte Feststellung des „Roten Helfer" macht den Fall der Willkür und Brutalität in der Rechtsprechung nur noch schwerwiegender.

Und geradezu ungeheuerlich ist die Tatsache, daß die Kronzeugen des Reichsgerichtes zum guten Teile sozialdemokratische Staatsfunktionäre sind. Das ist viel zu wenig oder gar nicht bekannt. Denjenigen z. B., die auf die ganze Frage dieser Sorte Rechtsprechung und den Kampf der KPD um Propagandafreiheit mit nichts als mit Verdächtigungen gegen die Kommunisten antworten, muß man einen Ausspruch des preußischen Innenministers unter die Nase reiben. Grzesinski sagte am 28. Januar 1927 im Hauptausschuß des Preußischen Landtages:

„Er könne den Kommunisten nicht verbieten, daß Abgesandte der Kommunistischen Partei in eine Versammlung der Schutzpolizei gingen und dort redeten. Das allgemeine Wahlrecht, schließe sogar eine politische Ueberzeugung und eine Beschäftigung mit politischen Dingen in sich."

Uebrigens hat sich der 4. Strafsenat des Reichsgerichtes inzwischen auf einen ähnlichen Standpunkt gestellt. Bei der Verurteilung des Arbeiters Enderlein im Juli 1927 erkannte das Gericht an, daß jede Partei das Recht habe, unter den Polizeibeamten politisch und gewerkschaftlich zu werben. Trotzdem erhielt E. für die Verbreitung einer legalen Zeitung („Die Schutzpolizei") ein Jahr zwei Monate Festung. Ein Rückzug des Gerichtes? Nein, eine glatte Bankrotterklärung, die Bestätigung, daß Arbeiter, die der KPD. angehören, für diese, vom Reichsgericht den Gesetzen entsprechend allen Parteien zugebilligte, politische oder gewerkschaftliche Propaganda ohne einen Schein des Rechts verurteilt werden.

Hören wir darüber einen unverdächtigen Zeugen, einen, der in politischer wie in juristischer Hinsicht — für die bürgerlichen Gerichte wenigstens — kompetent erscheint, der seiner ganzen Person und Funktion nach kaum als kommunistenfreundlich bezeichnet werden kann. Es ist der Reichskommissar für öffentliche Ordnung. In einem seiner Geheimberichte heißt es wörtlich:

„Neben den bekannten illegalen Zersetzungszeitschriften und Flugblättern der KPD. wird seit dem September v. J. die Zersetzungszeitschrift „Die Schutzpolizei", Organ für die Interessen der unteren Polizeibeamten, vertrieben, die im Gegensatz zu den illegalen Zersetzungsschriften „Der Polizeibeamte" und „Der Reichswehrsoldat" usw., den preßgesetzlichen Bestimmungen entspricht und bisher auch keine Artikel gebracht hat, die in strafrechtlicher Hinsicht beanstandet worden wären.

Was bedeutet dieses Zeugnis des Reichskommissars? Die nackte Feststellung, daß die von Abgeordneten der KPD. herausgegebene Zeitschrift „Die Schutzpolizei" keine Artikel gebracht hat, die in strafrechtlicher Hinsicht beanstandet worden wären. Wenn das der Reichskommissar für öffentliche Ordnung sagt, dann kann sich jedermann einen Begriff von dem Maß an Willkür beim Niedner-Gericht machen.

Völlige Propagandafreiheit für die Kommunistische Partei. Freilassung derer, die wegen sogenannter Zersetzungsarbeit verurteilt wurden. Das sind unsere Forderungen.

Die Bourgeoisie steckt Proletarier und Halbproletarier in die Waffenröcke von Heer und Polizei. Durch das Gift der bürgerlichen Weltanschauung sollen sie den arbeitenden Massen entfremdet werden. Man züchtet unter ihnen den Haß gegen die Klassenbrüder und den Proletarierstaat Sowjet-Rußland. Was die Bourgeoisie tut, ist Zersetzungsarbeit. Sie versucht die Arbeiterklasse zu spalten, weil sie glaubt, damit ihrem historischen Tod entgehen zu können.

Die proletarische Klasse, geführt von der Kommunistischen Partei, setzt der bürgerlichen Zersetzungstätigkeit, welche die Angehörigen von Heer und Polizei zu Feinden des Proletariats machen will, ihre revolutionäre Aufklärungs- und Werbearbeit entgegen. Diese wird schließlich stärker sein als alle Anstrengungen der Gegenrevolution einschließlich der Niednerschen Justiz.

Die Bürgerblock-Regierung unterstützt die Rowdies an den Universitäten

Seit Wochen tobt an den Universitäten ein Kampf um die Studentenausschüsse. Der hoffnungsvolle Nachwuchs der Bourgeoisie, der nicht mehr, wie in den Noske-Zeiten, während des Kapp-Putsches und 1923 gegen die Arbeiter bewaffnet losgehen kann, bekundet seine Aktivität eben auf anderem Gebiet. Und er braucht sich hier nicht die geringsten Hemmungen aufzuerlegen. Die Regierungen dulden das Treiben, auch wenn Sozialdemokraten dabei sind. Es sei hier nur an den Fall des hannoverschen Professors Lessing gedacht, der sich erlaubte, etwas liberal und pazifistisch aufzutreten und den die bierfröhlichen, jungen Tunichtgute und „Domela"-Gestalten zum Abtreten zwangen. Der nationalistische Terror an den Universitäten ist aber jetzt so groß geworden, daß sich die Preußenregierung zu einem Scheinkampf entschlossen hat: der preußische Unterrichtsminister hat beschlossen, auch den nicht reichsdeutschen Juden aus den deutschsprachigen Gebieten das Wahlrecht zu den Studentenausschüssen zu geben und die Studentenschaft hat nun darüber abzustimmen, ob sie dem Beschluß des Preußischen Landtags und der preußischen Regierung nachkommt. Nette Zustände in der freien Republik. Für die Studenten wenigstens ist diese Republik halbwegs „frei". Juden raus, aufs Parlament pfeifen wir! Und der Reichsinnenminister v. Keudell sandte einer deutschvölkischen Studentenversammlung am vergangenen Sonntag telegraphisch „herzliche Glückwünsche" zum Kampfe gegen Juden und Parlament. Der Ministerpräsident Braun hat sich darüber beim Reichskanzler selbstverständlich „beschwert", und im übrigen werden die Rowdies an den Universitäten ihr Unwesen fortsetzen.

Die Abstimmung an den Universitäten charakterisiert das Niveau der „Blüte der Nation". Die überragende Mehrheit der Studenten hat gegen den preußischen Unterrichtsminister gestimmt; am günstigsten schneidet noch Berlin ab: zirka 40 Prozent für Annahme, 60 Prozent für Ablehnung der Verordnung (3402 für, 8462 gegen). An den übrigen preußischen Hochschulen ist das Verhältnis nur 20 Prozent gegen 80 Prozent. In Münden (Forstakademie) und Minden (Landwirtschaftliche Hochschule) stimmt je ein ganzer Mann für die Regierung, je 112 dagegen, in der Bergakademie Clausthal-Zellerfeld ganze 3 gegen 291.

Berichtigung

In der Nr 283 vom 2. Dezember ist in dem Artikel über die Firma A. L. G. Dehne ein Irrtum unterlaufen, es soll nicht heißen: „Für 20 Zentner 75 Minuten", sondern **für einen Doppelzentner 75 Minuten** und müssen 20 Zentner pro Tag und Mann geschafft werden. Zur gegebenen Zeit werden wir auf diesen Fall nochmals zurückkommen.

Stadt-Theater
Heute 3585
Montag, 20 Uhr
4. Harmonie-Konzert
Dienstag 20 Uhr
Zwölftausend

Moderne
Küchen
weiß lackiert, 7 teil., m. 120 cm breitem Büfett alles mit Linoleum,
Ausnahmepreis
3583 120 Mk.
Max Jungblut
Albrechtstr. 37

Werbt f. d. Klassenkampf

Walhalla
Täglich 8 Uhr
Das Schönste, was Halle je gesehen!
Die lachende Revue:
Freut Euch des Lebens
in 22 wundervollen Bildern [3584
50 Mitwirkende

Alle Bücher
empfehlen die
Buchhandlungen
Lerchenfeldst. 14
Harz 42/44

Volkspark
Morgen, Dienstag, abends 8 Uhr:
14 Herbst-Konzert
Leitung: Schütze, Leipzig

Bekanntmachung
des Ergebnisses der am 20. Nov. 1927 stattgefundenen Wahl des Ausschusses der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Stadtkreis Weißenfels

A. Arbeitgeber-Wahlen
Da für die Wahl auf gültigen Wahlvorschlägen im ganzen nur soviel Bewerber benannt sind wie zu wählen sind, gelten sie nach § 10 der Wahlordnung als gewählt
B. Versicherten-Wahlen
Abgegeben wurden 1617 Stimmen. Hiervon waren 3 Stimmen ungültig. Von den gültigen Wahlvorschlägen entfielen auf:
Wahlvorschlag I:
186, somit 2 Vertreter und 4 Ersatzvertreter
Wahlvorschlag II:
727, somit 11 Vertreter und 22 Ersatzvertreter
Wahlvorschlag III:
131, somit 2 Vertreter und 4 Ersatzvertreter
Wahlvorschlag IV:
570, somit 9 Vertreter und 18 Ersatzvertreter
Die Namen der Gewählten können in unserer Geschäftsstelle Schillerstr. 14 während der Dienststunden eingesehen werden
Die Gültigkeit der Wahl kann nach § 21 der Wahlordnung innerhalb zwei Wochen beim Versicherungsamt angefochten werden
Der Vorstand der Allgem. Ortskrankenkasse für den Stadtkreis Weißenfels
Hermann Böhme, Vorsitzender

Macht der Magen große Pein, nimm
Hallorentropfen
ein. Der allerbeste Magenlikör
Brehmer Nachf.
Leipziger Str. 43
3581

Volksbuchhandlung
Eisleben, Rathausstraße 7
empfiehlt
politische u. schöngeistige Literatur
Schreibmaterialien u. Schulartikel
zu äußerst billigen Preisen

Weihnachtsbäume
in großer Auswahl
zu haben bei *3501

Ahlram, Piesteritz
Coswiger Str. 175

Operetten-Theater Wittenberg
(Balzers Festsäle)
Eröffnungs-Vorstellung
Dienstag, den 6. Dez. 1927, abends 8 Uhr
(Kassenöffnung 7 Uhr) I* 634
„Der Vogelhändler"
(Operette in 3 Akten von Zeller)
Nächste Vorstellung: Freitag, den 9. Dez.
„Der Vogelhändler"
Großes Orchester! — Das Stadtorchester!
(Keine Klavierbesetzung)
Vorverkauf: bei Lauterbach
Preise: 2,— 1,45 1,15 0,85
Abendkasse: 2,35 1,75 1,45 1,15

Werbt Leser
für unsere Presse!

Illustriert. Kataloge
feinster Ausstattung — auch in fremden Sprachen — Werke, Zeitschriften, Broschüren usw.

Gute Werbedrucke
aller Art, wie Prospekte, Flugzettel, Plakate, Schutzmarken, Rundschreiben, Packungen

Geschäftsdrucksachen
ein- und mehrfarbig, wie Briefbogen, Briefumschläge, Rechnungen, Postkarten usw.

Privatdrucksachen
Verlobungs- und Vermählungs-Anzeigen, Geburts-Anzeigen, Trauerbriefe und -Dankkarten

Verlag Produktiv-Genossenschaft
für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH.
Halle, Lerchenfeldstr. 14, Fernruf 21045, 21047, 22251

Seefische billig!
Wir sind nicht nur billig, sondern liefern Ihnen auch gute lebendfrische Ware. Täglich besuchen tausende Hausfrauen aus allen Bevölkerungsschichten die
3586

Große Ulrichstraße 53
Bernburger Straße, am Reileck
Steinweg, am Rannischen Platz
Preise nur Dienstag:
Schellfisch o. Kopf } à 35 ₰
Kabeljau ohne Kopf
Karbonaden, bratfertig . Pfd. 50 ₰
Seelachs ohne Kopf } à 30 ₰
Goldbarsch ohne Kopf
Seelachsfilet ohne Haut und Gräten . . . . Pfd. 50 ₰
Goldbarschfilet ohne Haut und Gräten . . . . . . Pfd. 65 ₰
Grüne Heringe . . . . . Pfd. 35 ₰
Bratscholle . . . . Pfd. 35 ₰
Ferner: Heute und morgen eintreffend:
73800 Kieler Sprotten 62 ₰
Kiste mit 1 Pfd. Inhalt nur
Ausgewogen Pfd. 35 ₰ ¼ Pfd. 20 ₰
Fischkonserven
sind praktische und billige
Weihnachtsgeschenke!
Riesenauswahl, alle Packungen, wirklich prima Ware, zu billigsten Preisen!
Besonders preiswert:
Bratheringe 90 ₰
Dose über 2 Pfd., zirka 10—12 Fische . . . .

H. Führer durch die Geschäftswelt der Provinz für Arbeiter und Angestellte im Bezirk Halle-Merseburg

Gerbstedt

Kaufhaus Gebr. Bluhm
Gerbstedt, Wilhelmplatz 3/4
Herren-, Damen- u. Kinder-Konfektion
Manufaktur-, Mode- u. Schuhwaren
50568

Hamb. Kaffeelager Thams & Garfs, Gerbstedt, Hohe Str. 2. Kaffee, Konfitüren Lebensmittel
51116

Hans Druschke
Inh. Wm. Elise Druschke
Kaufhaus
Herren- und Knaben-Bekleid., Herren-Artikel
Gerbstedt, Herrenstr. 6
51117

Herm. Sander
Gerbstedt, Breitestr. 9
Kohlenhandlung
Fuhrwesen
51120

Uhren
Gold- u. Silberwaren
Opt. Artikel
Otto Herold
Gerbstedt, Freiestr. 11
51122

Fleischerei
Otto Beyer
Hohe Straße 19
Frische und geräuch. Wurstwaren
ff. Aufschnitt und Würstchen
51119

R. Sander, Nachfg.
Inh. R. Lauterbach
Gerbstedt, Markt 8
Lebensmittel
ff. Kaffee, Spirituosen
51121

Bäckerei u. Konditorei
A. Hübner
Gerbstedt
Klosterstraße 2
Pa. Backwaren sowie Materialwar. aller Art
51118

Werbt für den Klassenkampf

Schraplau

R. Rennert, Zellerstraße 5
Bekleidungshaus für Herren und Damen
Maßschneiderei
51287

Herzberg

Verkehrslokal und Uebernachtung
F. Moritz, Kirchstraße 6
51581

Berücksichtigt bei Einkäufen die Inserenten dieser Zeitung

Siersleben

Kaufhaus Arno Kaufmann
Siersleben
Manufaktur-, Weiß- u. Modewaren
Herren-, Damen- u. Kinder-Konfektion
51382

Leder, Schuhwaren, Mehl
Futtermittel und Düngemittel
Wilhelm Hammer
51380

Fahrradhandlung, Reparaturen
Ww. Emma Hauptmann
Hauptstraße 13 Hauptstraße 13
51381

Kloster-Mansfeld-Leimbach

Schuhhaus Rothe Inh. H. Ebeling Kloster-Mansfeld
50569

Leimbach-Großörner

Friedrich Scheffer, Großörner Kurz-, Weiß- Wollwaren :: Haushaltungsartikel ::
50572

Arbeiter-Verkehrs-Lokal nur im Deutschen Haus Inh. Berthold Grube Kinderlingstr. Nr. 16
50570

Berta Langhammer, Schützenstr. 7
Wäsche, Textilwaren, Wirtschaftsartikel
50571

Riestedt

F. P. Harnisch, Schulstr. 137
Erstes Haus für Manufakturwaren, Haus- u. Küchengeräte
Kolonialwaren
51286

Theißen

Richard Bock, Hauptstraße 10
Lebensmittel, hausschl. Wurstwaren
51300

Eisleben

Otto König
Inhaber Friedrich Beinroth
Spedition, Möbeltransport, Kohlen, Kartoffeln
Eisleben, Bahnhofstraße 2
50575

Bäckerei u. Konditorei
Fritz Gericke
Rammtorstraße 35
prima Backwaren
50573

Wilh. Vogel
Bäckerei
Rammtorstraße 29
empf. wohlschmeckende Backwaren
50574

Der proletarische Reporter

Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

Ein Walzbruderbummel durch Jerusalem

Von **Otto Piech**, zurzeit Palästina (Schluß)

Geht man etwas weiter, befindet man sich im arabischen Viertel, wo sich dasselbe nur in etwas veränderter Form wiederholt.

Ein schweres Los hat die vielbeschäftigte arabische Frau, nebst ihren Kindern, die sehr zahlreich versammelt sind und zum Teil körperliche Gebrechen zeigen meist blind sind, bei der Heimarbeit. Mancher Araber läßt seine Frau für sich arbeiten.

Draußen an einer Ecke stehen eine Anzahl halbwüchsiger Jungens, die sich die Langeweile mit Schinkenklopfen und anderen Unterhaltungen vertreiben. Die Arbeitslosigkeit ist auch hier groß. Daneben sieht man einen alten Araber, zerfetzt, fast ohne Kleidung, seinen Arm dem milden Spender zur Gabe gereicht. Aber nicht nur dies zeigt Jerusalem. Man muß sich schon aus diesen Pesthöhlen etwas entfernen da bekommt man auch andere Eindrücke — der modernen Stadt. Es ist zunächst

das Viertel der „vornehmen, besseren" Leute,

die wir als klassenbewußte Proletarier mit Schmarotzer, Parasiten, Ausbeuter bezeichnen. Lumpengesindel im Smoking ist es, die nicht das geringste Mitgefühl mit den Armen der Altstadt haben.

Ich stehe vor einem herrlichen Schloß, umgeben von einem mit Palmen besäten Garten und gepflegten Anlagen. Auch hier drin ist Leben, wirkliches Leben. Man ist lustig und in Stimmung, trinkt Wein und Tee, ißt von den schönsten Früchten, die nur der Süden hergibt, wird bedient und ist satt. Zwischendurch wird musiziert. Der wunderbare Ton einer Geige, begleitet von den Klängen des Klaviers, dringt in mein lauschendes Ohr. Es ist der Sommernachtstraum von Schubert. Fast glaubte ich mich nach Europa versetzt, aber jenes grausame Elend der Altstadt beherrscht noch zu stark mein Unterbewußtsein, so daß ich mich hier vor Ekel abwende und im Weitergehen denke, auf Kosten, ja auf Kosten . .

Die besitzende Klasse kommt auch sonst noch auf ihre Rechnung. Es gibt Theater, Kino Konzerte, Vorträge Klubs, Kaffeehäuser, aufs beste eingerichtet, und Hotels mit allem Komfort. Nicht zu vergessen ist das Ballett der schönen Rina Rakowa. Das weibliche Bourgeoisiegeschmeiß in den Kleidern der neuesten europäischen Mode.

In Jerusalem zu sein und sich die Klagemauer, Omar-Moschee oder die Grabeskirche nicht besucht zu haben, bedeutet in Rom gewesen und die Peterskirche oder in Moskau gewesen und den Kreml nicht gesehen zu haben.

Wenn man zur Klagemauer kommt, die aus den wenigen mächtigen Steinen der westlichen Mauer besteht und vielleicht einige tausend Jahre überdauert hat, muß man eine Reihe bettelnder alter Juden passieren, deren einzige Beschäftigung ist, zu beten und die verlunkene Schönheit Zions zu beweinen. Mit aufgeschlagener Bibel kann man sie hier am ganzen Tag über stehen sehen. Sie haben darin eine ziemliche Ausdauer.

Nicht viel anders ist es, wenn man die Omar-Moschee besucht. die auf einem mächtigen Felsblock erbaut ist, auf dem einst die Priester und Könige Jahwe opferten. Wie in allen mohammedanischen Stätten, muß man auch hier in große Filzlatschen schlüpfen, vorher seine Piaster ablesern und dann Zeuge der ganzen Zeremonien zu sein, die zum Teil darin bestehen, daß man auf den unterschlagenen Beinen sitzt und dann seinen Stoßseufzer zu Allah und seinen Propheten sendet. Es gehört schon allerhand Geduld dazu, diesem Schwindel in aller Gemütsruhe bis zu Ende zuzusehen.

Von dieser Seite das heutige Jerusalem zu sehen, soll genügen Die noch zur Verfügung stehende Zeit soll dem Studium der sozialen Lage der Arbeits- und Kampfbedingungen der jüdischen und arabischen Arbeiter dienen.

Wenn ich aber Jerusalem den Rücken kehre, so mit ein breiter Strom jener jüdischen Auswanderer, die enttäuscht und fluchtartig Palästina verlassen. in dem sie nicht, wie angenommen, eine „nationale Heimstätte" fanden, sondern Ausbeutung und Knechtung durch den Kapitalismus

Geschichtslügen

Bisher ist nur ein sehr kleiner Teil der Weltgeschichte im Sinne des historischen Materialismus durchforscht und dargestellt worden. Das meiste bleibt da noch zu leisten und selbstverständlich ist das die Aufgabe der Arbeiterklasse, denn andere werden es nicht tun. Wer sich aber ans Werk macht, der merkt bald, daß vorher noch etwas anderes zu erledigen ist, eine große Reinigungsarbeit. Die ungeheure Masse von Geschichtslügen muß widerlegt und ausgerottet werden, womit die Bourgeoisie das Wissen und Denken der Massen absichtlich vergiftet. Sie ist hierin unermüdlich.

Kein Jahr vergeht, ohne daß ein halbes oder auch ein ganzes Dutzend neuer Geschichtsbücher für das Volk und die Jugend erscheinen worin gesissentlich die alten, längst als falsch nachgewiesenen Fabeln zur Verherrlichung der angeblich „großen" Männer und Fürstenfamilien immer aufs neue wiederholt und den Lesern eingehämmert werden. Von der revolutionären, der republikanischen Seite ist dem bis jetzt blutwenig entgegengesetzt worden. Die deutsche Republik hat ihren neunten Geburtstag gefeiert, und bis auf den heutigen Tag gibt es z. B. noch kein republikanisches Lesebuch für die Schulen. Nicht nur, daß gar nicht selten die alten Bücher mit dem ganzen Kaiserschmarrn und sonstigen patriotischen Klimbim einfach neu gedruckt und den Schülern in die Hände gegeben werden — sogar das Gebiet für den König fehlte nicht in einem 1920 neu herausgegebenen Schulesebuch! — sondern die wenigen angeblich links gerichteten Bücher, die nach der Revolution geschrieben wurden, sind zum Teil noch schlimmer, weil sie die Sache verdreht betreiben. Da ist z. B. ein 1923 herausgekommenes „Geschichtsbuch für die deutsche Jugend", das ein Dr. Kumsteller im Verein mit anderen Lehrern verbrochen hat. Es markiert republikanische Gesinnungstüchtigkeit, indem es Wilhelm II nach Strich und Faden herunterreißt. Dafür aber verherrlicht es um so mehr Bismarck, den alten Wilhelm, den „großen" Kurfürsten usw. Damit wird natürlich nur erreicht, und das ist wohl auch der Zweck, daß der unbefangene Leser — es handelt sich zunächst um Schulkinder! — um so fester an die Hoheit und Reinheit dieser anderen glaubt, weil ja der Verfasser durch die Vermöbelung des letzten Kaisers seine „Unparteilichkeit" bewiesen hat. Eine ganz raffinierte Methode, um unter der Maske der Republik Autoritätsfürchtigkeit und monarchistische Gesinnung zu verbreiten.

Und was so immer noch in der Schule geschieht, das setzt die bürgerliche Presse, namentlich im Feuilleton, mit Eifer fort. Auch die demokratische, auch die angeblich republikanische Presse. So hat die „Frankfurter Zeitung" (am 9. Oktober 1927) einem Aufsatz über das „Leichenbegängnis Kaiser Wilhelms I." Raum gegeben, der an Bauchrutscherei und Liebedienerei vor den Hohenzollern seinesgleichen sucht. Und die „Frankfurter Zeitung" ist unbestritten das angesehenste Organ der bürgerlichen Demokratie in Deutschland. Hier ein paar Stichproben daraus. Da heißt es: als die Nachricht kam, der Kaiser lege im Sterben (1888), legte sich:

„auf jedes Gesicht, in jeder Stimme, der gleiche ungeheure Ernst, ein Ernst, der das Land einzuhüllen begann, wie eine Finsternis, bevor die Nacht kam".

Und weiter:

„Wie nahe dieser (der gestorbene Kaiser) jedem Menschen stand, das wurde wie ein Wunder offenbar, in einer Ausgießung über alles Volk, die diese Trauer war. Sie wurde Ereignis seiner Geschichte, gleich ungeheuren Erhebungen, und keines außer dem großen Kriege, den wir sahen, soll ein Dichter jemals größer heißen dürfen".

Ganze Spalten lang wälzt sich solcher Schleim fort. Das entblödet sich das demokratische Blatt nicht, drucken zu lassen, obwohl es doch wissen muß, daß Wilhelm I. erstens ein finsterer und brutaler Reaktionär war, der Kartätschenprinz von 1848; zweitens ein ausgemachter Trottel, sogar in seinen besten Mannesjahren überaus beschränkt; und daß er endlich drittens bei seinem Tode ein 91-jähr. Mummelgreis war, der schon mindestens seit 10 Jahren wegen geistiger Altersschwäche hätte entmündigt werden müssen.

Das bürgerliche Organ weiß wohl, warum es trotzalledem in das Horn der widerlichsten patriotischen Lüge tutet. So gesissentlich es sich jetzt republikanisch gebärdet, so liegt ihm doch daran, mitzuhelfen an der Festigung jener autoritätsfürchtigen, und deshalb letzten Endes monarchistischen Gesinnung, in der es mit Recht einen wichtigen Schutzdamm für den Geldsack der Besitzenden und gegen den Sozialismus erblickt.

Niemals dürfen wir hoffen, im Kampf gegen die Geschichtslügen irgendeine Hilfe bei der bürgerlichen Presse zu finden. Der Arbeiterpresse obliegt es, den durch die patriotische Lüge verhimmelten „großen Männern" und „Heiligen", seien sie Katholiken oder Protestanten, Hohenzollern oder Habsburger, Deutsche oder Franzosen, die Maske vom Gesicht zu reißen. **Julian Borchardt.**

Neues aus aller Welt

Ein Gewerkschaftsbureau in die Luft gesprengt

In Rümelingen in Luxemburg wurde das gewerkschaftliche Verbandsbureau, in dem auch Krankenkassen untergebracht sind, mit Sprengkapseln teilweise in die Luft gesprengt, ohne daß jedoch Menschenleben zu beklagen sind. Von wem dieses Verbrechen verübt worden ist, konnte bisher nicht festgestellt werden.

Erdbeben in Nordwest-Celebes

Nach Meldungen aus Menado (Insel Java) zufolge ereigneten sich im Gebiete von Dongala (Nordwest-Celebes) heftige Erdstöße. In Dongala, Paloe und Biromaroe stürzten mehrere Häuser ein. In der Paloe-Bai richtete eine Springflut große Verwüstungen an. 14 Personen wurden getötet und 50 verletzt.

15 000 Mark unterschlagen

Bei der Kieler Güterkasse der Reichsbahn wurden von einem Obersekretär Unterschlagungen in Höhe von rund 15 000 Mark begangen. Die Veruntreuungen waren durch geschickte Buchungen verschleiert. Der Defraudant wurde in Untersuchungshaft genommen; er will das Geld zur Deckung von Wechselschulden gebraucht haben.

Beraubung eines Lohngeldtransportes

Nach Blättermeldungen aus Klein-Rosseln wurde am Sonnabend ein Lohngeld-Transport für einen Schacht der de Wendel-Grube kurz vor dem Lagerhaus von vier Räubern überfallen. Der Grubenwächter, der den Räubern entgegentrat, wurde durch vier Schüsse getötet, der Zahlmeister durch einen Schuß schwer verletzt. Der geraubte Betrag soll über eine Viertelmillion Franken betragen. Die Täter sind entkommen.

Zugunglück auf dem Bahnhof Meerane

Am Sonnabend 8.30 Uhr vormittags überfuhr der Personenzug 404 bei dichtem Nebel, obwohl er vorschriftsmäßig am Vorsignal vom Nebelmörter gestellt worden war, das Ausfahrtsignal des Bahnhofs Meerane und stieß in langsamer Fahrt leicht auf eine Verschubgruppe. Durch die Stauchung des Zuges wurden 22 Personen durchweg leicht verletzt. Die Verletzten konnten sämtlich ihre Wohnungen aufsuchen oder die Reise fortsetzen.

Schiffsunglück auf dem Rhein

Nach Blättermeldungen ist bei Pannerden ein mit Torf beladenes holländisches Schiff aus bisher unbekannten Gründen im Augenblick, als es abgeschleppt werden sollte, gesunken, während sich der Schiffer in einem Ruderboote habe retten können, sind seine Frau und drei Kinder, die sich auch auf dem Schiffe befanden, ertrunken.

Unfall Harry Piels

In Neubabelsberg bei Potsdam ist gestern nachmittag der Filmschauspieler Harry Piel bei einer Aufnahme schwer verunglückt. Er mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Zugentgleisung

Der Schnellzug Lyon—Grenoble entgleiste heute einen Kilometer vom Bahnhof St. Quentin-Fallavier entfernt. Fünf Wagen, darunter der Gepäckwagen, sind umgestürzt. Drei Personen sind verletzt.

Totale Mondfinsternis am 8. Dezember

Am Abend des 8. Dezembers streicht der Erdschatten über den Mond hinweg so daß es eine Mondfinsternis gibt. Der Mond geht um 16.22 Uhr auf und zeigt sich voll. Die Verfinsterung beginnt am östlichen Mondrand um 16.52 Uhr. ist von 17.55 Uhr bis 19.15 Uhr total, und um 20.18 ist die Mondscheibe wieder ganz hell. Die Finsternis wird bequem zu beobachten sein, falls der Himmel unbedeckt ist.

Japan auf der Leipziger Messe

Japans Beteiligung an der Leipziger Messe, die seit längerem geplant war, ist nunmehr endgültig beschlossen worden.

Charleston-Verbot für italienische Offiziere

Das Kriegsministerium hat den Offizieren diejenigen exotischen Tänze verboten, die mit der militärischen Würde und dem militärischen Ernst unvereinbar sind, darunter den Charleston und den Shimmy. (!)

Vom Sowjetrundfunk. Das Moskauer amtliche Radiofachblatt „Nowosti Radio" (Nr. 45) veröffentlicht eine tabellarische Uebersicht sämtlicher Sendestationen der Sowjetunion. Die Liste führt 50 Sendestellen auf, von denen fünf als im Bau befindlich bezeichnet werden Als erste Station des Sowjetrundfunks wurde 1924 der große Sender der Komintern in Moskau (Wellenlänge 1450 Meter) eröffnet.

Eine Mustersammlung für Kinomusik. Die Moskauer Verlagsgesellschaft „Tea-Kino Petschaij" bereitet die Herausgabe von musikalischen Sammelwerken vor, welche ausgewählte, für die musikalische Untermalung von Filmen besonders geeignete Stücke in- und ausländischer Komponisten enthalten werden. Diese Sammlung soll auch neue, speziell für bestimmte Filme geschaffene Musikbegleitungen bringen.

„Im Lande Lenins". Das Moskauer Sowkino bringt einen Film „Im Lande Lenins" heraus, der Bilder und Szenen vom Jubiläumsbesuch der ausländischen Arbeiterdelegationen vorführt. Der Film umfaßt den Aufenthalt der verschiedenen Abordnungen in Leningrad, Moskau, Nijhni-Nowgorod, im Wolgagebiet, in Rostow, Baku, Tiflis, Kiew, Odessa, Charkow und im Donbezirk und soll den in ihre Heimat zurückgekehrten Arbeiterdelegierten bei Vorträgen und Berichten als Lichtbildmaterial dienen.

Die Russische Akademie der Wissenschaften in Leningrad, deren Aufgabenkreis sich jetzt auf die gesamte Sowjetunion erstreckt, gedenkt auf Grund ihres neuen Statuts die Zahl ihrer Mitglieder auf 70 zu erhöhen, so daß die Berufung von 25 neuen Akademikern bevorsteht Unter den neuzuschaffenden Lehrstühlen befinden sich solche für Volkswirtschaft, Technik und Soziologie.

Die Kommunistische Internationale

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Heft 47, Jahrgang 1927, Preis 30 Pf.

Inhalt: Die Demonstration der Millionen und die „Demonstration" der Streikbrecher. — J. Litvinoff: Die Delegationen der Freunde der Sowjetunion und ihr Weltkongreß. — J. T. Murphy: Der neunte Parteitag der Kommunistischen Partei Großbritanniens — Asulis: Die italienische Bourgeoisie und der Faschismus. — Otto Reichenberger: Die deutsche Frage und der Anschluß Oesterreichs. — A. M.: Revue der Revuen. Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen, Kolporteure oder durch die Post. (Postabonnement 1 Mk. statt 1,25 Mk.) Verlag Carl Hoym Nachf., Hamburg — Berlin NW 6.

Die Spurweite der Eisenbahngleise Italiens beträgt 1435 Millimeter, Rußland und Finnland haben 1524 Millimeter, Irland 1600 Millimeter, Spanien und Portugal 1670 Millimeter.

„Im Namen des Volkes . . ."

Bei der Beratung des Justizetats im Thüringer Landtag wurden von den in Thüringen vorhandenen Richtern und Staatsanwälten jene wieder einmal herausgegriffen, welche ihre politische Auffassung auch als Richtschnur bei ihrer Urteilsentscheidung betrachten.

Von den vorgebrachten Fällen wollen wir einige der Oeffentlichkeit, vor allen Dingen dem „Volk", in dessen Namen man doch die Urteile gefällt hat, zur eigenen Beurteilung unterbreiten.

Wir überlassen es jedem selbst, festzustellen, ob sein Name als Volksangehöriger bei den Urteilen mißbraucht worden ist oder nicht!

Der Herr Fabrikant

In Arnstadt hat ein Fabrikant den Arbeitern die Krankenkassenbeiträge abgezogen, das Geld aber nicht an die Krankenkasse abgeführt, sondern in seinem Interesse verwandt. Er liquidiert sein Geschäft und schuldet der Ortskrankenkasse 1800 Mark.

Wegen Unterschlagung steht er nun vor dem Gericht. Wie hoch würde ein Arbeiter bestraft werden, wenn er einem Unternehmer den großen Betrag gestohlen hätte?!

Hier ists aber der Herr Fabrikant.

Urteil: „Im Namen des Volkes" wird er zu einer Geldstrafe von fünf Mark verurteilt.

Der durchlauchtige Oberhofmarschall

Im Schlosse Schwarzburg wurden vergangenes Jahr für 55 000 Mark Kunstgegenstände geklaut. Während man anfangs glaubte, „große Spitzbuben und Verbrecher" seien es gewesen, stellte sich später heraus, daß es „nur" der Oberhofmarschall v. Halem in Rudolstadt war. Obwohl diese Kunstgegenstände Staatseigentum sind, hat dieser Herr das Privileg, dort nach Belieben zu mausen, denn man hüte, das Verfahren gegen diesen Narren wird eingestellt. Er mauste ja aus Mitleid für die arme Landesmutter, die mit ihrer Jahrespension von 80 000 Mk. nicht auskommt.

Die Arbeiterfrau

Die bittere Not vieler Arbeiterfrauen ist den Staatsanwälten und vielen Richtern meist unbekannt. Als Söhne der Bourgeoisie haben sie sehr selten auch den Leidensweg der Not jemals beschritten. In Altenburg erklärte sogar der Assessor Grafe gegen einen Arbeiter, mit 70 Mark Monatseinkommen leidet man doch keine Not!

Steht da eine von der Not geplagte Arbeiterfrau vor Gericht. Die hungernden Kinder verlangten nach Essen. Der Flurhüter zeigte sie an wegen Diebstahl, sie hatte Kartoffeln gestohlen.

Urteil: „Im Namen des Volkes" erhält diese Frau acht Tage Gefängnis.

Denkmalsschändung

In Apolda wurde bei der Einweihung des Kriegerdenkmals von der Behörde ein Kranz mit den Reichsfarben Schwarzrotgold niedergelegt.

Ein völkischer Staatsbeamter ging hin und riß diesen Kranz vom Denkmal herunter.

Dafür erhielt er eine Geldstrafe von 30 Mark. Gleich wendet er sich hilfesuchend an den Thüringischen Justizminister und Herr Leutheußer erläßt ihm noch 15 Mark, denn er kann ja die Völkischen als Regierungsstütze nicht entbehren.

Im Apoldaer Volksblatt kritisiert nun der dortige Redakteur die Flegelei dieses Staatsbeamten und nennt ihn in der Presse einen frechen Denkmalsschänder.

Im Nu ist die Thüringer Gerechtigkeit wieder auf dem Posten. Der Redakteur erhält „im Namen des Volkes" eine Geldstrafe von **zweihundert Mark, denn er habe den Beamten beleidigt.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271205-12/fragment/page=0005

Stadt Halle

Hübener auch in Halle

Die Propagandareise des Landeshauptmanns Hübener durch Mitteldeutschland hat ihn am Sonnabend auch nach Halle geführt, wo er sein Thema „Mtiteldeutsche Wirtschaftseinheit“ mit geringen Veränderungen wieder vorbrachte Wir haben am Montag, dem 28. November, ausführlich zu dieser Art Vorträge Stellung genommen und den Nachweis geführt, daß es sich hier um eine Vereinheitlichung im Sinne der rationalisierenden Privatkapitalisten handelt, daß hingegen die Forderung nach wirklicher Einheit und Aufteilung der Grenzen eine alte Losung der Arbeiterschaft ist, deren Erfüllung in den ersten Lebensjahren der Republik von der SPD. erfolgreich verhindert wurde.

Klassische Beiträge zum Wohnungselend

Halle ist noch immer die Stadt, in der es mit die größte Wohnungsnot gibt Wir würden Bände füllen müssen, wollten wir auf jeden Einzelfall eingehen. Aber hier liegt ein Fall vor, der wieder einmal besagt, daß es den bürgerlich-sozialdemokratischen Behörden der Preußen-Regierung gar nicht daran gelegen ist, die furchtbarste Not zu lindern.

Ein Arbeiter erhielt am 9. November — ausgerechnet am Geburtstag unserer glorreichen Republik — ein Schreiben, in dem es heißt:

„Das von Ihnen bewohnte Grundstück Advokatenweg 25 ist mit Rücksicht auf seinen baufälligen Zustand seitens des Wohnungsamtes zum Abbruch freigegeben worden. Auf Grund der Bestimmungen des § 10 II 17 des Allgemeinen Land-Rechtes werden Sie daher aufgefordert, innerhalb vier Wochen die von Ihnen zu Wohnzwecken benutzten Räume in dem genannten Grundstück zu verlassen. Sollten Sie dieser Aufforderung innerhalb der gesetzten Frist nicht nachkommen, so wird nicht nur Ihre Bestrafung, sondern auch Ihre zwangsweise Entfernung aus den Räumen verfügt werden.

J. A.: gez. Jost.

Beglaubigt: Löwe, Bureauinspektor.

Der Arbeiter verlangte auf Grund dieses Schreibens natürlich eine andere Wohnung. Ihm wurde darauf jedoch am 22. November vom städtischen Wohnungsamt der lakonische Bescheid zuteil:

Wir bedauern, Sie nur auf unseren Bescheid vom 7. 11. 1927 verweisen zu können. Sollten Sie durch Zwangsmaßnahmen seitens der städtischen Baupolizei obdachlos werden, würde die staatliche Polizei für die Beseitigung von Obdachlosigkeit zuständig sein.

1. Anl. ist wieder beigefügt. gez. Bräutigam.

Wie wir hierzu weiter erfahren, hatte der Regierungspräsident Grützner die Einwilligung zum Abbruch des Hauses gegeben. Der Arbeiter wurde auf Grund dieser Tatsache vom Hauswirt zum 1. Dezember gekündigt.

Es wurde aber verweigert, eine andere Wohnung nachzuweisen, und auch das Wohnungsamt erklärte sich, wie obenstehendes Schreiben aussagt, für nicht zuständig.

Die schandbare Handlungsweise muß überall die größte Empörung auslösen. Den Proleten macht es bestimmt kein Vergnügen, in abbruchsreifen Wohnungen hausen zu müssen. Aber die Rive und Grützner, die in Bürgermeistervilla und Regierungsschloß wohnen, wissen nicht, was Wohnungsnot und Wohnungselend ist.

Zusammenstoß zwischen Straßenbahn und Auto

Durch die Unvorsichtigkeit einer Frau wurde am Sonnabend nachmittag gegen ½4 Uhr am Hallmarkt (Ecke Talamt- und Dreyhauptstraße ein Zusammenstoß zwischen dem großen Autoomnibus Halle-Lauchstädt und einer Straßenbahn (Linie 9) hervorgerufen. Dieselbe war nach Stellen der Weiche im Anfahren, als plötzlich der Omnibus gerade heruntergefahren kam und sich so vor die Straßenbahn stellte. Der Omnibus wurde dadurch in die Flanke gefahren. Bei dem Anprall wurden in beiden Fahrzeugen die Fahrgäste durcheinandergeschüttelt. Am Omnibus wurde in der Mitte eine Scheibe zertrümmert und zirka ein Meter die Politur zerschunden. An dem Straßenbahnwagen gingen zwei Scheiben kaputt und die Steigeisen wurden abgerissen. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Wie entstand der Zusammenstoß? Die Straßenbahn hatte ihre vorschriftsmäßige Route. Der Auto-Chauffeur hatte das Fahrtrichtungssignal rechts gestellt, das sogar noch erleuchtet war. Er hatte Hupensignale gegeben und fuhr langsam. Als er die Ecke einbiegen will, geht eine Frau auf dem Fahrdamm. Dem Chauffeur blieb nichts weiter übrig als entweder die Frau zu überfahren oder geradeaus zu fahren. Auf zehn Meter hielt das dichtbesetzte Auto. Zum Ueberfluß liegt auch noch auf dem Fahrdamm der zugefrorene Schnee. Es ist immer wieder darauf hinzuweisen: Seid vorsichtig beim Ueberschreiten des Fahrdammes, denn dadurch können die größten Unfälle hervorgerufen werden. Diesmal ging es noch glimpflich ab.

Spießrutenlaufen im Polizeipräsidium

Was Angeklagte bei ihrer Festnahme am 22. August erlebten

Nach Abziehen der Demonstranten anläßlich der Sacco- und Vanzetti-Kundgebung am 22. August beschränkte sich die hiesige „Ordnungs“-Polizei nicht nur darauf, irgendwelche harmlose Straßenpassanten in der unverschämtesten Weise zu belästigen, sondern schreckte auch davor nicht zurück — wie aus den einheitlichen Aussagen einiger Angeklagter hervorgeht —, Festgenommene noch im Polizeipräsidium zu prügeln und zu mißhandeln.

So bekundet ein junger Angeklagter, der sich für seine kranke Schwester eingesetzt hatte und darum festgenommen worden war, daß er, obwohl er keinerlei Widerstand leistete, auf dem Wege zum Präsidium derbe Püffe erhalten habe. Auf der Treppe im Präsidium haben

rechts und links etwa 10 Schupobeamte gestanden, die sämtlich den Gummiknüppel in der Hand hielten.

Man habe hier ein regelrechtes Spießrutenlaufen veranstaltet. Dieser Angeklagte wurde auch auf den Hof (!) des Polizeipräsidiums geführt. wo er ebenfalls mit dem Gummiknüppel geschlagen wurde. Ein Beamter sagte hierbei auch:

„Euch rote Bande müßte man einfach an die Wand stellen!“

Von den hierüber vernommenen Schupozeugen wußte darüber selbstverständlich niemand etwas auszusagen. Daß die Angaben des Angeklagten aber der Wahrheit entsprechen, geht daraus hervor, daß der Angeklagte dem Gericht ein ärztliches Attest vorlegte, das besagt, daß der behandelnde Arzt auf dem Rücken des Angeklagten am anderen Tage blutunterlaufene und geschwollene Striemen gefunden hat. Es geht auch weiter aus der Tatsache hervor, daß man den Angeklagten auf den Hof führte, was die fraglichen Beamten gar nicht abstritten. Vielleicht stellt Herr Oerle einmal fest, warum man denn überhaupt diesen Angeklagten auf den Hof führte! Sicher doch nur aus dem Grunde, um andere im Gebäude befindliche Zivilpersonen nicht Zeugen dieser Mißhandlungen werden zu lassen.

Als Tags darauf der Angeklagte mit dem ärztlichen Attest zum Präsidium kam, um sich nach dem Namen des betreffenden Schupobeamten zu erkundigen, da er gegen diesen Strafanzeige erstatten wollte, versuchte man, ihm das Attest abzunehmen. Den Namen des Schupobeamten verweigerte man ihm und sagte, er solle nur gegen den Beamten mit dem dicken Gesicht und den geschwollenen Augen Strafanzeige erstatten. Mit diesem Spott war dem Angeklagten die Möglichkeit genommen, gegen den Prügelhelden Strafanzeige zu erstatten, aber das liegt ja auch so im Wesen einer demokratischen Republik. Die Gelehrten im Zeichen der schiefen Wage stammeln ja dauernd ihr Sprüchlein, wonach die Polizeibeamten geschützt werden müssen. Sie die eigentlich zum Schutze des Publikums da sein sollten, können also jemand grün und blau schlagen, ohne befürchten zu müssen, dafür bestraft zu werden.

Ein anderer Angeklagter bekundet,

daß auf der Straße 5 bis 6 Schupoleute mit Gummiknüppeln auf ihn eingeschlagen hätten, bis er zusammengebrochen sei.

Darauf habe man ihn ins Polizeipräsidium getragen. Auch hieran können sich die ominösen Ordnungshüter nicht erinnern. Sie behaupten nur, der Angeklagte habe sich der Festnahme widersetzt, indem er sich auf die Erde geworfen hätte, weshalb man ihn ins Präsidium trug. Natürlich fiel es dem Staatsanwalt gar nicht ein, die Angaben des Angeklagten, daß er tatsächlich nicht fähig war, zu gehen, nachzuprüfen.

Ein anderer Angeklagter erhielt von einem Beamten, der mit dem Gummiknüppel in der Luft herumfuchtelte, versehentlich einen Schlag an den Hals. Als er hierauf zu dem Beamten sagte: „Na, Herr Wachtmeister, erlauben Sie mal!“, habe sich dieser sofort mit erhobenem Gummiknüppel und den Worten gegen ihn gewandt: „Was gibts? Was wollen Sie?“ Dieser Angeklagte kam dem Angriffe des blindwütigen Beamten zuvor und versetzte ihm eine schallende Ohrfeige. Hierfür erhielt er, als einziger von 13 Angeklagten, eine Gefängnisstrafe von einem Monat. Man darf sich also auch gegen einen ungerechtfertigten Angriff von seiten eines Schupobeamten nicht zur Wehr setzen. denn schließlich heißt die Schutzpolizei darum so, weil sie vom Staatsanwalt auf alle Fälle geschützt wird.

Die Aussagen fast sämtlicher Schupozeugen standen überhaupt in gar keinem Zusammenhange mit den Straftaten, die angeblich die Angeklagten begangen haben sollten. Man merkte deutlich, daß man die fehlende Qualität der Zeugen durch Quantität zu ersetzen suchte. Diese Aufruhrklage ist trotz des riesigen Zeugenapparates, trotz Parey, Fink und Grützner-Verbot und obwohl den Angeklagten kein Verteidiger zur Seite stand, glatt zusammengebrochen. Daraus wird klar die Rolle ersichtlich, die dieser Polizeimajor Fink seit geraumer Zeit hier in Halle spielt. Wir verzichten auf einen neuen Pietzker und fordern sofortige Entfernung dieses Provokateurs.

Am 15. Dezember im „Volkspark“

Karten für die „Blauen Blusen“ im Vorverkauf Bezirksbuchhandlung Lerchenfeldstr. 14, Neudeutsche Bücherstube, Alte Promenade und Barfüßerstraße, Bureau der IAH., Gr. Steinstr. 16 (Tel. 29150). Sorgt dafür, daß die Veranstaltung wiederum im Vorverkauf ausverkauft wird. Neues Programm!

X 1927

Wo bleiben die Volksschulen?

Nach eingehender Beratung im Schulausschuß für die höheren Knabenschulen ist auf Vorschlag dieses Ausschusses die Errichtung eines realgymnasialen Zweigs am Stadtgymnasium beschlossen worden, der mit der Oster-Untertertia 1928 beginnen soll. Für die Stadtverordnetenversammlung, die über die Angelegenheit zu beschließen haben wird, ist eine Begründung des Planes ausgearbeitet worden, aus der hervorgeht, daß die Realschulen überfüllt sind und die Schülerzahl der Gymnasien dauernd im Rückgang begriffen ist.

Man sollte lieber dafür sorgen, daß mit dem Bau der neuen Volksschulen endlich Ernst gemacht wird, aber für Proletarierkinder hat man nichts übrig, während für Kinder der Bourgeoisie alles vorhanden ist.

Werbeabend der DMV.-Jugend

A.-K. In der vorigen Woche fand anläßlich der Werbekampagne des DMV. im „Gesellenheim“, Klosterstraße, ein Werbeabend der Jugend statt. Dieser Abend wurde mit Rezitationen, Vorlesungen und der Ansprache des Kollegen Drescher ausgefüllt. Er erläuterte treffend die Lehrverhältnisse und ihre Mißstände. Durch die Rationalisierung haben die Lehrlinge ein schweres Los und sie werden durch Lehrverträge und vierjährige Lehrzeit furchtbar ausgebeutet. Schlechte Behandlung und Prügel sollen dazu beitragen, die Lehrlinge zu geduldigen Arbeitstieren zu erziehen. Kollege Drescher schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung an alle Jugendlichen, sich der Gewerkschaft anzuschließen. Die Veranstaltung war von ungefähr 80 Mann besucht und brachte mehrere Aufnahmen für die Gewerkschaft.

Mit dem Liede „Brüder, zur Sonne zur Freiheit“ wurde der Werbeabend geschlossen. Alles in allem war er ein Erfolg. Darum rufen wir allen Jungarbeitern und Lehrlingen zu, die Reihen zu schließen und der Gewerkschaft beizutreten.

Romain Rolland: Ein Spiel von Tod und Liebe

Erstaufführung im Stadttheater — Regie: Willi Dietrich

Glaubt Ihr wirklich, mit Moralgrundsätzen die Neigungen und Gewohnheiten, die Sitten und Leidenschaften der herrschenden Klasse zu ändern? Jean Paul Marat.

Der geniale Dichter Georg Büchner hat, verfolgt von seinen Feinden in der Sezierkammer auf den Leichen für die Anatomie sein grandioses Schauspiel „Dantons Tod“ geschrieben. Das Feuer der großen französischen Revolution brannte darin, gerade weil seine leidenschaftliche Parteilichkeit, sein Sinn für Form und Schönheit, seine Witterung für das Monumentale des Häßlichen auch die Schlacken sehen läßt.

Er fand darüber hinaus schon den Weg in Zukünftiges, er wußte, daß der Kampf nicht allein der Monarchie und dem Adel galt, sondern daß er entbrennen mußte zwischen besitzender und besitzloser Klasse überhaupt. Soweit die damaligen ökonomischen Verhältnisse und der Stand der Philosophie diese Erkenntnis zuließen, hat Büchner sie gehabt und in seinen Werken gestaltet. Sein Danton und sein Robespierre, sein Desmoulins und sein St. Just — soviel Licht und Schatten auf ihre Personen auch verteilt wurde — handeln und werden behandelt in der Unabänderlichkeit des Zeitgeschehens, niemals in larmoyantem Individualismus. Das blieb dem im 20. Jahrhundert lebenden, von den Pazifisten aller Spielarten sehr geachteten französischen Schriftsteller Romain Rolland im „Spiel von Tod und Liebe“ vorbehalten, dem letzten Werk eines Zyklus' „Theater der Revoluton“. Dieser Zyklus hat sich somit zu einem solennen Theater der Konterrevolution hineingeläutert, wie das Bürgertum mit Befriedigung konstatieren mag.

*

Wenn ein Dichter wie Büchner mit dem Problem seiner Zeit, der großen bürgerlichen französischen Revolution, rang, dann erkennen wir, wenn es heute aufgeführt wird, den historischen Abglanz, an dem wir das Leben dieser Zeit haben. Wenn aber ein Schriftsteller im Jahrhundert des untergehenden Kapitalismus einen historischen Abriß früherer Jahrhunderte gibt, so fragen wir — und wir müssen das fragen —: welche Beziehungen will er von damals zu heute herstellen, welche Parallelen und welche Gegensätze aufdecken, welche Konsequenzen für heute will er aus der Gestaltung des Damals ziehen? Wenn wir uns das nicht fragen können, dann gehört das Werk zu jener Kategorie historischer Pappmacheeangelegenheiten, die wir in letzter Zeit bis zum Ueberdruß zu kosten bekommen haben. Die schalten wir aus. Wie Rolland seinen Girondisten Vallée sagen läßt: „. . . Ausgespien seien die Unparteilichen“. Wenn wir uns aber angesichts eines Dramas, das eines gewissen Formats nicht entbehrt, diese Fragen vorlegen, so kann es zu diesem „Spiel von Tod und Liebe“ nur eine Antwort geben: daß wir Rollands Konsequenzen ganz und gar ablehnen. Die differenzierteste und wichtigste Figur seines Schauspiels, der Wissenschaftler Courvoisier, sagt: „Ich hasse Ideologien!“ Das ist nicht allein Courvoisiers Absage an Robespierre, das ist Rollands Absage an die Theorie unserer, der proletarischen, Revolution, eine Absage an den Marxismus, der die Erkenntnis von der Unerbittlichkeit der klassenmäßigen Auseinandersetzungen bedeutet und der eine Taktik verlangt, die ohne gefühlsmäßige Bedenken den Notwendigkeiten des Erkannten gerecht wird. Wer das nicht will und wer es nicht kann. muß von den Ereignissen überrannt werden. Für den Dialektiker ist klar. wie es möglich wurde. daß der revolutionär vorstürmende Danton der Konzentrationspunkt der Gegenrevolution werden konnte. Für den undialektisch denkenden gefühlsmäßig operierenden Bürger kann so etwas niemals klar werden. Auch wenn er ursprünglich radikal ist. Er entdeckt, um sich der Verantwortung für den Kampf um das Kommende zu entziehen. plötzlich die geschundene Menschenseele. Und landet jenseits der Barrikade.

*

Schon der Rückschritt in der Form des Kunstwerkes beweist es. Im „Spiel von Tod und Liebe“ geht es um Einzelschicksale, um Familienglück. um Liebeskummer. Mit dem Schlußmotto: „Das Leben ist dem Menschen gegeben, um es zu überwinden“. Das ist eine Phrase und eine gefährliche dazu. Die nicht gemildert wird dadurch, daß ein sensitiver Jüngling, der zufällig girondistisch-reformistischer Abgeordneter ist, vom Lebenshunger getrieben ins Leben davonläuft. Ein plotter Gegensatz zu dem Todesmotto, ein vollständiges Kapitulieren vor dem gewaltigen Aktionsradius der französischen Revolution, eine literarische Fessel für die Kämpfer von heute. Die Menschen, die Rolland auf die Bühne stellt, sind weder im Guten noch im Bösen mit den ökonomischen und daher primären Bedingungen der Zeit verwachsen. Diese Familiengeschichte mit dem Revolutionshintergrund und dem Takt der Marseillaise aus der Seitenkulisse kann überall spielen. Wir haben das nicht mehr nötig.

*

Jemand berichtete mir (wir sitzen ja in Halle und können es deshalb selbst nicht feststellen), daß sich unter den französischen Intellektuellen eine starke Rechtsentwicklung bemerkbar macht. Augenscheinlich gehört Rolland zu ihnen. Und zwar in dem Maße, so erkläre ich mir das, als in der Republique Française Streiks und Militärmeutereien zunehmen. Da geht es plötzlich mit der vielgerühmten traditionellen Freiheitlichkeit und republikanischen Spannweite gewisser Schichten im französischen Bürgertum rasend bergab. Rolland umgibt diesen Zustand, nachdem er also „den Ideologien“ seinen Haß angesagt hat, mit den abgebrauchten Reden vom Recht auf Menschlichkeit; von dem höchsten Gut, der Wahrheit; von Demokratie. Die Tschermonezfälscher in Paris, von Deterding in Tätigkeit gesetzt, sagen dasselbe. Diese Sentimentalität verdeckt nur die Vorbereitungen zum bösartigen Angriff auf uns. Wir müssen aufpassen. Und darum auf die unscheinbarsten Symbole achten. Zum Beispiel darauf, wie die Sansculotten in die Wohnung des Wissenschaftlers eindringen, dort Bilder aufspießen und Vasen zerschmettern. So was hat es möglicherweise 1794 gegeben, aber da das Auftreten des „Vierten Standes“ auf diese feinsinnige Handlung beschränkt bleibt, soll es ja wohl die Inkarnation dessen bedeuten, wessen dieser vierte Stand im Jahre 1794 fähig war. Und doch waren diese es, die dem Bürgertum die heißesten Kastanien aus dem Feuer holten. Marat sagte im Juli 1792: „Die Revolution ist nur von den unteren Gesellschaftsklassen, von den Arbeitern, Handwerkern, Kleinhändlern, Bauern, kurz von der unteren Masse gemacht worden, von jenen Besitzlosen, die die Reichen die Kanaille nennen und die einst römische Unverschämtheit als Proletariat bezeichnete.“ Marat wurde, weil er das erkannte und für diese Klasse handelte, ermordet. Rolland aber wünscht in seinem Drama, daß eine zweite Charlotte Corday kommen möge, um auch Robespierre zu vernichten.

*

Positive Beziehung zur Revolution wirkt immer international. Büchner, der ein Deutscher war, läßt uns ganz die Luft und den Atem von Paris spüren. Konterrevolution, auch die pazifistisch maskierte, grenzt sich, in Kunstform gebracht, national ab. Da ist plötzlich das spezifische Pathos der großen französischen Tragödie, das literarisch interessant ist, aber menschlich kalt läßt. Und es tauchen Uebersetzungsfragen auf, es gibt heiße Debatten über die philologische Auslegung von Worten und Redensarten. Wir haben damit nichts zu tun.

Wohl aber muß es uns interessieren. wie dieses Stück auf unserer Bühne herausgebracht wird. Kein Wort dagegen, daß es aufgeführt wird. Es entspricht nämlich der Situation des bürgerlichen Theaters, und da kommen sie sich augenscheinlich noch sehr radikal damit vor. Aber die Darstellung erreicht Rollands Zweck vollkommen, denn sie ist eine Lieblichkeit jenseits der Barrikade. Die Sansculotten sind wilde Polterbuben mit Bierstimme und brandrotem Haar. Die andern menschlich. So menschlich, daß eine starke Erschütterung nicht ausbleiben kann. Darum aber um so gefährlicher. Alfred Durra, der bürgerliche Wissenschaftler und verdienstvolle Förderer vieler Erfolge der jungen Republik, überwindet das Leben so weise und schön, daß sich jedermann Gleiches wünscht, der nicht gegen den Inhalt dieses Spiels von Tod und Liebe mit allen gesunden Waffen des Marxismus gewaschen ist. Olf.

Erfrorene Hände — erfrorene Füße — und ihre Verhütung

Dem Amtlichen Preußischen Pressedienst wird vom Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung geschrieben:

Der Eintritt der Winterkälte birgt die Gefahr von Kälteschädigungen in sich, wie sie sich durch das Auftreten erfrorener Hände, erfrorener Füße, der sog. Frostbeulen usw. kundgeben. Daher erscheint es zweckmäßig, sich rechtzeitig über die Entstehung und Verhütung von Frostschäden zu unterrichten.

Der gesunde menschliche Körper besitzt einen außerordentlich feinen Regulierungsmechanismus, der es ihm ermöglicht, den äußeren Einflüssen von Kälte und Hitze Trotz zu bieten und seine Temperatur stets auf gleicher Höhe zu halten. Treten indessen aus irgendwelchen örtlichen Störungen des Blutumlaufes an bestimmten Körperstellen ein, so sind diese Stellen bei äußerer Kälteeinwirkung der Gefahr des Erfrierens besonders ausgesetzt. Hierher gehören Hände und Füße, Ohren und Nasenspitze ganz besonders.

Man unterscheidet im allgemeinen drei Grade der Erfrierung. Der erste gibt sich durch Rötung und Schwellung kund und erzeugt besonders in den Abendstunden bei Aufenthalt in geheizten Räumen oder in der Betwärme starkes Jucken und Brennen. Diese Art von Frost wird gewöhnlich als „Frostbeule" bezeichnet. Schwerere Grade des Frostes führen zur Blasenbildung, bei deren Aufplatzen man im Volksmunde vom „Aufbrechen des Frostes" spricht. Schließlich erzeugt eine sehr lange und starke Kälteeinwirkung den Frost dritten Grades, das Erfrieren des ganzen Körpers, wodurch unter Umständen wenn nicht rechtzeitig geeignete, am besten ärztliche Hilfe kommt der Tod eintritt.

Am häufigsten sind die sog. Frostbeulen, deren Hauptsitz Zehen und Finger sind. Frostbeulen kommen aber auch am Unterschenkel vor und zwar dort, wo der Stiefelrand abschneidet. Ebenso kann Frost am Bein auftreten, wenn rund um das Bein herum festsitzende Strumpfbänder getragen werden, die man gänzlich verbannen sollte. Ganz allgemein tritt, wie erwähnt, gewöhnlich Frost da auf wo Störungen des Blutumlaufes erzeugt werden, wie z. B. durch zu enge Stiefel oder Handschuhe, zu enge Strumpfbänder usw.

Wer einmal erfrorene Hände oder Füße gehabt hat, bei dem pflegt die Krankheit gewöhnlich alljährlich wieder zu kehren. Von Frosterkrankungen können alle Altersklassen befallen werden. Ganz besonders neigen dazu schwächliche Menschen sowie solche, die an Tuberkulose, an Herzkrankheiten, Skrofulose usw. leiden. Die trockene Kälte ist dabei weniger gefährlich als nasse Kälte. Als zweckmäßiger Schutz gegen Schädigung des Körpers durch Kälteeinwirkung sei folgendes empfohlen:

1. Man trage wollene, warme Handschuhe und möglichst wollene Strümpfe, ev. Ohrklappen.
2. Das Schuhwerk sei bequem und lasse den Zehen einen genügenden Spielraum.
3. Wer geswungnen ist, bei nasser Kälte sich lange im Freien aufzuhalten, der sorge dabei für ausreichende Bewegung und vermeide längeres Stehen oder Sitzen.
4. Rascher Uebergang von Kälte zu Hitze und umgekehrt ist zu vermeiden.
5. Zweckmäßig ist gute, kräftige Ernährung und reichlicher Fettgenuß. (!!)
6. Bei schwerer Erfrierung bringe man den Kranken in einen kühlen Raum, rehe mit erfrorenen Gliedern, die leicht brechen, besonders vorsichtig um und sorge hier, ebenso wie auch in allen leichteren Fällen für sachgemäße ärztliche Behandlung.

*

Es ist das alte Lied, daß weder vom Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung noch vom Amtlichen Preußischen Pressedienst gesagt wird, wie Arme und Notleidende zu zweckentsprechender Kleidung und zu guter kräftiger Ernährung und reichlichem Fettgenuß" kommen sollen.

Hallische Tageschronik

Zeugen gesucht! Alle Personen, die am Freitag, dem 2. Dezember, Augenzeugen des Unfalls beim Aussteigen aus der Straßenbahn, Linie 7, 6.40 Uhr abends an der Luther-Linde, Ecke Brunnen- und Triftstraße waren, werden gebeten, sich bei Gustav Kraft, Reichardtstraße 20, zu melden.

Tiefbauarbeiten. In der Woche vom 5. bis 10. Dezember 1927 werden von bzw. im Auftrage der städtischen Tiefbauverwaltung nachstehende größere Arbeiten fortgesetzt: Neubefestigung der Straße Harz- und Kanalbau in der Huttenstraße sowie Umbau der Pumpstation am Fürstental.

Wer kennt Franz Pfeil? Ein Arbeiter dieses Namens, Eisendreher, bisher wohnhaft in Greppin, Waldstr. 9, hat sich nach Leuna abg meldet zwecks Arbeitssuche. Da die Familie des Genannten, der in Alten bei Dessau geboren und 30 Jahre alt ist, über seinen jetzigen Aufenthaltsort nicht unterrichtet ist, bittet sie alle, die Angaben darüber machen können, um Auskunft, die in der Redaktion des „Klassenkampf" vorzubringen ist.

Bei der städtischen Sparkasse wurden im November 1927 1446 Sparbücher neu ausgefertigt und 253 geschlossen. Die Neueinzahlungen beliefen sich im November auf 1 561 861 Mark, abgehoben wurden 1 073 993 Mark. Der Gesamteinlagenbestand hat sich hiernach um 487 868 Mark erhöht. Er beträgt jetzt 16 030 894 Mark.

Beesener Straße. Auf Vorschlag des Magistrats wird der Beesener Weg auf der Strecke von der Huttenstraße bis zur Stadtgrenze Beesener Straße benannt.

Schlägerei. Sonnabendnacht gegen 2.15 Uhr entstand an der Ecke Universitätsring—Schulstraße zwischen mehreren Personen eine Schlägerei, die sich bis in die Geiststraße fortsetzte. Ein Beteiligter wurde hierbei anscheinend mit einem harten Gegenstand im Gesicht erheblich verletzt. Durch das hinzugerufene Ueberfallkommando wurde der Schlägerei ein Ende gemacht und mehrere Täter zur Namensfeststellung der Polizeiwache zugeführt. Die Schlägerei hatte eine Menschenansammlung von etwa 200 Personen zur Folge.

Blinde umgefahren. Gestern gegen 10 Uhr liefen auf dem Riebeckplatz zwei blinde Männer, die ohne Führer und ohne Abzeichen den Platz überquerten, gegen einen in Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen. Dadurch, daß der Führer den Straßenbahnwagen sofort zum Stehen brachte, wurde die beiden Blinden nur zu Boden geworfen und kamen ohne Verletzungen davon.

In der Trunkenheit. In der Nacht zum Montag wurde das Ueberfallkommando durch Hausbewohner nach einem Grundstück in der Dorfstraße gerufen, wo ein Mann in angetrunkenem Zustande seine Ehefrau und seinen 12jährigen Sohn mißhandelte. Der angetrunkene Mann wurde zur Ausnüchterung der Polizeiwache zugeführt.

Theater und Konzerte

Die Uschakows und das Unschuldslämmchen

Da Carola, alte und gern gesehene Gäste, hielten wieder ihren Einzug in der Halle. Da Carola, die Berliner Frange, versteht — wie schon immer — ihr Publikum zu nehmen. Zur Humor, Schlagfertigkeit und Witz schenkt ihr Erfolg und reichen Beifall. Dann die 5 Uschakows, Meister im Gesang und Balalaika-Spiel. Man möchte sie immer wieder hören. Selten findet man Stimmen von so feiner und formvollendeter Klangschönheit. Von seltener Tiefe und Umfang sind die Bässe. Noch zum Vorteil ist auch in der Besetzung des 1. Tenors ein Wechsel eingetreten. Langanhaltender und reicher Beifall lohnt die Russen. Auch die anderen Nummern des Dezember-Programms können sich sehen bzw. hören lassen. So Lucian Guitin, ein Tenor mit schönem weichen Organ und ausgezeichneter Stimmtechnik. Carlas musikalischer Akt, wenn auch nicht neu, fand ein andächtig lauschendes Publikum. Willi Robert als Humorist und Ansager und die Soubrette Gerda Ell taten ihr Bestes, das Publikum zu unterhalten und Stimmung zu machen. Als besondere Varietés-Nummer sind noch die beiden Artisten Walteros anerkennend hervorzuheben. So etwas an „Verdrehungen" wird wohl selten geboten. Mit angehaltenem Atem verfolgte das Publikum ihre Leistungen. Mit Beifall wurde deshalb auch nicht gegeizt. Zu erwähnen wäre noch, daß auch die Kapelle Rößner um eine weitere beachtenswerte Kraft (Lucian Guitin, Sänger und Banjospieler) verstärkt wurde. ok.

Arbeiter-Sport

Der Bundesvorstand befiehlt: Keine Rückspiele mit den russischen Fußballspielern

Dem Bundespressedienst ist zu entnehmen, daß die Fußballleitung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes mit den Abschlüssen der großen Länderspiele für 1928 haushälterisch gewesen ist. Ende Juli wird die deutsche Ländermannschaft nach dem Lande der tausend Seen fahren, um gegen die finnische Ländermannschaft, ihren Rivalen von der ersten Arbeiter-Olympiade 1925, anzutreten. Auf der Rückreise ist ein Gastspiel in Lettland vorgesehen. Ueberragende Bedeutung beansprucht das Rückspiel: Oesterreich — Deutschland auf deutschem Boden. In ihm steht die Frage um die Vorherrschaft im Fußball in der Luzerner Sport-Internationale zur Beantwortung. Deutschland schlug Oesterreich in Wien 3 : 1, Oesterreich allein ist es vorbehalten, die russische Ländermannschaft geschlagen zu haben, was Deutschland nicht gelang. Zu den hochgespannten technischen Erwartungen kommt hinzu, daß das Spiel anläßlich des nächsten Bundestages nach Leipzig gewünscht wird, um dem Bundesparlament in seiner Gesamtheit die Spielkultur des Arbeiter-Fußballsportes vor Augen führen zu können. Die Rückspiele mit Rußland können, solange das vom Bundesvorstand ausgesprochene Spielverbot mit Rußland besteht, nicht ausgetragen werden. (!)

Gegen nur eine Stimme haben sich die Kreisleiter für Fußball auf ihrer Tagung Mitte Oktober gegen die Aufhebung der sportlichen Beziehungen mit Rußland durch den Bundesvorstand gewandt. Die Arbeiter-Fußballspieler haben sich überall hinter ihre Funktionäre gestellt. Der Bundesvorstand hält es aber nicht für erforderlich, dem Rechnung zu tragen, sondern hält das Sportverbot weiter aufrecht. Gegen diese Methoden müssen sich die Arbeitersportler mit aller Entschiedenheit wenden und verlangen, daß nicht nur die abgeschlossenen Rückspiele der deutschen Arbeiterfußballer mit den russischen Genossen durchgeführt werden, sondern daß überhaupt der sportliche Verkehr mit Rußland keine Unterbrechung erfährt.

„Arbeitersport ist verboten!"

Vor neuen Kämpfen in Bayern

Seit über vier Jahren bekämpft die bayrische Regierung die Arbeiter-Turn- und Sportvereine mit dem Verbote der sportlichen Betätigung für Knaben und Mädchen im schulpflichtigen Alter in den Arbeiter-Sportvereinen. Von allen Bezirksämtern hagelt es nur so von Verfügungen und Verordnungen. Lehrer und Schulschwestern arbeiten mit den Bezirksschulbehörden und mit der Deutschen Turnerschaft Hand in Hand. Die Schwestern schrecken sogar nicht vor Mißhandlungen der Arbeitersportjugend zurück. Nach jeder Turnstunde werden Prügel ausgeteilt, und alles darum, weil die Kinder im Arbeiter-Turnverein turnen und spielen. Beschwerdebriefe der Eltern gehen ungeöffnet wieder zurück. Während man die Arbeitersportvereine bekämpft, empfiehlt man aber überall den Eintritt in die reaktionäre Deutsche Turnerschaft.

Die „Klassenkampf"-Rechtsauskunftsstelle

ist an den Wochentagen von 8 bis 7 Uhr Sonnabends von ½9 bis 2 Uhr geöffnet. Schriftlichen Anfragen ist eine Gebühr von 10 Pf sowie Rückporto von 10 Pf beizulegen. Für Anfertigung von Anträgen, Klagen usw. ist eine Gebühr von 50 Pf zu zahlen. Anfragen die Gebühr und Rückporto nicht enthalten werden nicht beantwortet.

„Klassenkampf"-Rechtsauskunftsstelle Halle Lerchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271205-12/fragment/page=0007

Arbeiter-Sport

Bühnenschau im „Volkspark“

Am Sonnabend veranstaltete der Turn- und Sportverein Fichte Halle im „Volkspark“ eine Turn- und sportliche Bühnenschau. Der Besuch war sehr gut, und wird dem Verein Anreiz geben, recht bald mit einem neuen Programm aufzutreten. Die Aufführungen der einzelnen Abteilungen zeigten sehr deutlich, daß Turnen und Sport zur Erhaltung der Gesundheit notwendig sind. Auch die Sportler, die in ihrer Hauptbetätigung Sonntag für Sonntag Fuß- und Handballspieler sind, mußten erkennen, daß Turnen am Gerät zum Training für die Rasenspiele gehört.

Viel Heiterkeit erweckten die Schüler. Auch der oder die Kleinste mußten dieselbe Uebung machen.

Die rythmischen Uebungen der Turnerinnen brachten hellen Beifall und mußten die Extraeinlage eine Kombination von Tanz und Spiel in reizbaren Kostümen wiederholen. Hervorzuheben sind noch die Doppelbarrenübungen der Turner. Jeder war ein Akrobat für sich. Durch halsbrecherische Vorführungen hielten sie die Zuschauer in ständiger Spannung. Alles in allem: Der Abend war eine Glanzleistung der „Fichte“. Mögen recht bald mehrere derartige Bühnenschauturnen folgen. Die Zuschauer waren sehr begeistert.

Die Schüler leiteten den Abend mit Uebungen am Pferd und Reck ein. Die Takte stimmten ziemlich genau. Die Schülerinnen warteten dann mit Freiübungen auf, die sehr beifällig aufgenommen wurden. Dann folgte eine andere Schülerriege am Bock. Diesen Uebungen war sehr lustig zuzuschauen. Das Turnen der Schülerinnen am Barren wurde sehr exakt gezeigt. Die Freiübungen der Schüler sollten nicht klappen, denn einzelne wußten den Faden nicht mehr. Die kindlich naive Art der Schüler wirkte derartig ulkig auf die Zuschauer, daß wahre Lachsalven folgten. Die Spiele der kleinsten Schülerinnen beendeten den ersten Teil.

Der zweite Teil stand den Turnerinnen und Turnern zur Verfügung. Die Sprungseilübungen der Turnerinnen und die rythmischen Freiübungen wurden sehr gut im Takt der Musik vorgetragen. Dann tollte die Jugend mit allerlei Uebungen am Pferd. Die Gesellschaftsübungen der Turner waren sehr schwierig. Es klappte so leidlich, dafür wurde um so besseres Barrenturnen gezeigt. Mit den Gesellschaftsübungen der Turnerinnen fand die Bühnenschau ihr Ende. Die Hauskapelle gab sich viel Mühe, und paßte sich gut an die einzelnen Uebungen an.

Fußball

Sportverein Cröllwitz Bezirksmeister

Lettin unterliegt 5:1 (4:0)

Im Wiederholungsspiel trafen sich auf dem Stadion die Gruppenmeister Cröllwitz und Lettin. Damals gewann Lettin 2:1, einen Protest entschied der Kreis für Neuansetzung.

Der Boden war hart. Bei leichtgefrorenem Schnee und kaltem Wetter zeigten beide Mannschaften ein flottes, technisches Spiel. Vom Anpfiff weg ging das Spiel auf und ab. Lettin läßt allein in den ersten 10 Minuten 3 totsichere Chancen ausgehen, noch nicht einmal das leere Tor wird gefunden. Auch die zwei erzielten Ecken bringen nichts ein. Cr. hat mehr Glück. In der 5. Min. schießt der H.-L. eine Flanke von rechts aus der Luft ein. Derselbe Spieler bringt in der 11. Min. durch Umspielen den 2. Treffer an und ließ 2 Min. später den dritten folgen. In der 17. Min. erzielte Cr. eine Ecke. Lettins Angriffe sind sehr gefährlich, im Torschuß fehlt die nötige Energie. In der 34. Min. eine Ecke für Lettin. Cr. macht Hand im Strafraum; auch der 11 Meter kann nicht eingeschossen werden. Lettins Tormann zeigt sich von der besten Seite, muß jedoch in der 41. Min. den 4. Treffer aus dem Netz holen. Nach Halbzeit führt Cr. schnelle Angriffe durch, und bald sitzt das 5. Tor. Lettin macht sich frei. Einen Strafstoß kann der Cr. Verteidiger aus dem Tor köpfen. In der 20. Min. erzielt Cr. eine Ecke. Fünf Min. später holt die rechte Seite Lettins ein Tor auf. Einen weiteren Angriff L. kann der Pfosten retten. Noch eine Ecke für Lettin und das jederzeit faire Spiel ermittelt den Bezirksmeister. — Möge es Cr. vergönnt sein, bei den Kreisspielen mit ähnlichen Leistungen wie gestern aufzuwarten, dann werden weitere Erfolge zu erwarten sein.

Trotha 1. — Zörbig 1. 5:1 (3:1)

Beide Mannschaften zeigten ein offenes Spiel. In der 8. Minute erzielt Z. den ersten und letzten Erfolg. Nachdem findet sich Trotha besser zusammen und kann bis Halbzeit dreimal erfolgreich sein. Nach Halbzeit erzielt Tr. noch zwei weitere Tore und somit das obige Resultat.

ASC. 1. und Giebichenstein 1. spielten auf vereistem Platze 3:3. Infolge der Glätte konnte man von beiden Mannschaften keine besonderen Leistungen sehen. Einen nicht guten Ausgang nahm das Spiel zwischen Viktoria 1. und Minerva 1. In der 2. Halbzeit mußte der Schiedsrichter das Spiel beim Stande 3:0 für Minerva wegen unfairem Spiel abbrechen. — Wörmlitz 1. verlor gegen Fortuna 1. auf eigenem Platze 3:1. — Auf dem Sandanger spielten Sportbrüder 1. und Diemitz 1. 1:2. Hier war der Glücklichere Sieger. — Sportlust 1. stand allein auf weiter Flur, da es Ammendorf vorzog, nicht zu erscheinen.

Wörmlitz 2. — Fortuna 2. 2:3.
Wörmlitz Jgd. — Fortuna Jgd. 4:0.
Trotha 3. — Fortuna 3. 6:0.
Fichte Ammendorf 1. — Minerva 1. 5:3.

Spielberichte aus dem Bitterfelder Bezirk (Fußball)

Der gestrige Sonntag brachte, wie schon etliche seiner Vorgänger, sehr mäßigen Spielbetrieb. Verschiedene Vereine scheinen einen Winterschlaf zu halten. Oder sollte gar die etwas kalte Witterung daran schuld sein!!? 03 Bitterfeld 1. und 2. weilten in den Mauern des 3. Bezirks, und zwar waren die gleichen Mannschaften des Sportklub Jeßnitz die Gegner. Nachdem sich die beiden 2. Mannschaften einen schönen Kampf geliefert hatten, aus welchem 03 2. als glücklicher 2:1-Sieger hervorging, betraten die beiden 1. Mannschaften den Platz. Der Anstoß von 03 endete schon in der 1. Minute mit einem Tor, dem sich bis zur Pause 3 weitere Treffer zugesellten. Nach Wiederbeginn ist Bitterfeld weiterhin in Front, bald muß der Torhüter den Ball zum fünften Male aus dem Netz holen. Bei diesem Stande kommt Jeßnitz durch Selbsttor zum verdienten Ehrentor. Bitterfeld setzt zum Endspurt an und stellt durch zwei weitere Treffer das Ergebnis auf 7:1. Der Schiedsrichter konnte gefallen.

2. Kreis, 8. Bezirk. Revisoren! Donnerstag, den 8. Dezember, 7 Uhr, Kassenprüfung. Niemegk, Greppin, Petersroda, siehe Volkssport. Strafen. Die Vereine, die ihre Strafe bis zum Bezirkstag nicht bezahlt haben, haben kein Stimmrecht. Ich fordere nochmals auf, die Kreiskopfsteuer bis zum 30. Dezember zu begleichen. Sämtliche Gelder gehen an **H. Braun, Bitterfeld, Wolfener Str. 18.**

Bezirksspielausschuß 2. Kreis, 8. Bezirk

2 Mk. Strafe wegen Fehlens zur Sitzung am 26. November: Stoye, Roitzsch, Gabriel, Petersroda. Nr. 342: Annaburg 1., § 36 Punktverlust, § 67 Abs. 3, 10 Mk., § 27 1,50 Mk. Nr. 338: Piesteritz 2., § 36 Punktverlust. Nr. 318 und 320 verlieren sämtliche Mannschaften die Punkte. §§ 30, 31: Oskar Petzold, Wolfen, vom 5. Dezember bis 19. Dezember disqualifiziert. § 69 Abs. 3: Greppin 1. ist mit 34:10 Punkten Bezirksmeister. Niemegk 2., Wolfen 2. mit 27:13 Punkten Tabellenerste der 2. Klasse. 3. Klasse sowie Jugend-Klasse waren Pflichtspiele. Veröffentlichung der Tabelle kann aus technischen Gründen nicht erfolgen. Am 11. Dezember ist Spielverbot für alle Mannschaften des 8. Bezirks. Strafen, sowie 3. Rate der Bezirkssteuern müssen bis 5. Dezember bezahlt sein. Melden der Mannschaften zur Serie 1928. Letzter Meldetag: 1. Januar 1928. Spielplan der 2 Gruppen an Hand der 1927 gemeldeten Mannschaften. **1. Gruppe, 1. Klasse:** Bitterfeld 1., Greppin 1., Holzweißig 1., Niemegk 1., Sandersdorf 1., Wolfen 1., Petersroda 1., Roitzsch 1. **2. Klasse:** Bitterfeld 2., Brehna 1., Niemegk 2., Sandersdorf 2., Wolfen 2., Roitzsch 2., Eschernddorf 1. **3. Klasse:** Greppin 2., Holzweißig 2., Petersroda 2., Escherndorf 2. **2. Gruppe, 1. Klasse:** Annaburg 1., Piesteritz 1., Wittenberg 1., Gräfenhainichen 1. **2. Klasse:** Möhlau 1., Zschornewitz 1., Piesteritz 2. und 3., Gräfenhainichen 2., Zahna 1., Radis 1. **Jugend-Klasse:** Alle Jugendmannschaften der in Gruppe 2 genannten Vereine. Aufgestellter Plan ist nicht bindend, sondern steht den Vereinen zum Bezirkstag zur Diskussion. Vereine stellt Schiedsrichter zur Serie. Für jede Elf einen und einer als Ersatz.

Tabellenstand nach der Serie 1927

1. Klasse

Greppin	22	14	4	4	34:10	54:29
Holzweißig	22	14	2	6	30:14	57:28
Piesteritz	22	12	2	8	29:15	38:39
Bitterfeld	22	11	3	8	23:21	53:85
Niemegk	22	9	5	8	23:21	55:49
Sandersdorf	22	12	1	9	21:23	40:25
Wolfen	22	8	4	10	20:24	45:57
Annaburg	22	10	2	10	20:24	28:40
Roitzsch	22	10	1	11	19:25	37:31
Petersroda	22	6	4	12	19:25	35:44
Wittenberg	22	7	2	13	12:32	37:50
Gräfenhainichen	22	1	2	19	4:40	16:70

2. Klasse

Niemegk	20	9	5	6	27:13	26:25
Wolfen	20	9	3	8	27:13	41:54
Piesteritz	20	13	2	5	23:17	49:18
Bitterfeld	20	10	—	10	20:20	24:30
Gräfenhainichen	20	6	1	13	17:23	31:39
Greppin	20	11	—	9	16:24	39:24
Roitzsch	20	6	2	12	15:25	29:34
Sandersdorf	20	8	3	9	14:26	32:35
Holzweißig	20	9	1	10	11:29	29:26

Tabellenunstimmigkeiten erklären frühere Bekanntmachungen.

Paul Chemnitz, Obmann.

Tabelle der 2. Klasse (Riesaer Bezirk)

Priestewitz 1	17	12	1	4	48:25	25:9
Ho[illegible]scha 1.	17	12	0	5	53:35	24:10
Fichtenberg 1.	16	10	1	5	48:36	21:11
Gröditz 2.	16	9	0	7	46:36	18:14
*Frauenhain 1.	8	4	0	4	18:24	8:8
V/B. Riesa 3.	17	8	1	8	41:33	17:17
F. S. V. Riesa 2.	15	7	0	8	28:37	14:16
Röderau 2.	17	6	0	11	33:48	12:22
Strehla 2.	17	4	1	12	16:32	9:25
**Heyda 1.	16	3	0	13	23:50	6:26

* Nur an der 2. Runde teilgenommen.
** Fünf Spiele kampflos die Punkte verloren.

Alarmsignal aus Oesterreich

Der deutsche Turnerbund als Knüppelgarde der Reaktion — Ein vielsagendes Rundschreiben

Die blutigen Vorgänge am 15. Juli in Wien haben in ihren Auswirkungen die Konzentration der reaktionären Wehrverbände zur Folge. Kampf bis aufs Messer dem roten Einfluß, ganz besonders in Wien, das ist ihre Parole. Ein streng vertrauliches Rundschreiben des Deutschen Turnerbundes in Oesterreich an seine Funktionäre sieht auch ihn in den Reihen der bewaffneten reaktionären Meute. Es beleuchtet den Daseinszweck dieser bürgerlichen Organisation für Leibesübungen, die waffenstarrende Reaktion und die Rolle gewisser Kreise von Handel und Industrie. Im politischen Programm des führenden Mannes im Bundeswehrturnausschuß, Prof. Zippe, heißt es wörtlich:

„Es sind Organisationen zu schaffen oder die bestehenden dahin auszubauen, daß sie nur das eine Ziel verfolgen, sich bereitzuhalten für den Tag, wo die Organisationen stark genug sind, um loszuschlagen und plötzlich eine nationale Diktatur zu errichten.“

Dazu

das streng vertrauliche Rundschreiben

des Bundeswehrturnausschusses in seinem Wortlaut:

„Streng vertraulich! 25. Herbstmonat 1927.

Rundschreiben

an die ehrenfesten Kreis- und Gauturnräte, Wehrturnführer und Bundesturnvereine.

Gut Heil!

Es ist in Versammlungen von Wehrturnführern wiederholt die Frage aufgeworfen worden: „Was nützt uns unsere Wehrhaftmachung und Aufstellung von Wehrzügen, wenn uns im Ernstfalle die Waffen fehlen?“ Der BWTA hat sich daher in seiner am 4. d. M. in Anwesenheit des Bundesobmannes abgehaltenen Sitzung entschlossen, zu dieser Frage folgendes streng vertraulich mitzuteilen:

Mit der Bundesleitung der Alpenländischen Selbstschutzverbände Oesterreichs ist die Abmachung getroffen worden,

daß die Bewaffnung der Wehrzüge des Deutschen Turnerbundes im Ernstfalle durch die SS.-Verbände (Heimatwehren) erfolgt.

Der BWTA. erblickt in dieser Abmachung noch keine befriedigende Lösung der Bewaffnungsfrage, da voraussichtlich oft genug der Fall eintreten kann, daß die Verabreichung der Waffen zu spät kommt. Ueberdies ist es wünschenswert, daß auch in dieser Hinsicht unsere Wehrzüge möglichst unabhängig gestellt werden. Da nun weder das Bundessäckel, noch die Kreis-, Gau- und Vereinssäckel Geld genug besitzen, um den Ankauf von Waffen und sonstigen Ausrüstungsgegenständen bestreiten zu können, legt der BWTA. den genannten Untergliederungen des Turnerbundes nahe, bei den ausübenden und unterstützenden Mitgliedern sowie Turnfreunden bei Industrieunternehmungen und bei Gewerbetreibenden Geldsammlungen einzuleiten. Dem Verein ist entweder die Möglichkeit gegeben, offen für den Zweck der Sammlung zu sprechen oder für die Sammlung eine andere Bestimmung anzugeben. Solche Sammlungen sind in vielen Orten bereits mit großem Erfolge von den Heimatwehren durchgeführt worden.

Als Ausrüstungsgegenstände kommen in Betracht: Gewehre, Riemen, Munition, Maschinengewehre, Spaten, Kochschalen, Feldküchen, Zeltblätter, Verbandspäckchen, Tornister oder Rucksäcke. Alle diese Ausrüstungsgegenstände sollen möglichst einheitlich sein.“

Die völkischen Turner geben sich also nicht damit zufrieden, daß sie von den Heimatwehren bewaffnet werden. Sie wollen eine selbständig bewaffnete Armee sein, mit Gewehren und Maschinengewehren.

Die Arbeitersportler sehen aus diesem Rundschreiben ganz deutlich die Rolle der bürgerlichen Sportverbände. Sie sind die Hilfsorgane der Reaktion und des Faschismus. Energischer Kampf gegen die bürgerlichen Sportorganisationen und Einreihung der Arbeitersportler in die kämpfende Front des Proletariats, das sind die Schlüsse, die zu ziehen sind.

Handball

Fichte-Halle Bezirksmeister

Othello wird mit 11:3 (7:0) geschlagen

Die beiden Gruppenmeister Fichte 1. Halle und Othello 1. stellten sich vollzählig dem Schiedsrichter. F hatte Anwurf und es entwickelte sich sofort ein lebhaftes Feldspiel. O. konnte einen schönen Durchbruch anbringen, aber ohne Erfolg. Doch F. hatte in dieser Beziehung mehr Glück und konnte nach kurzer Zeit schon den 1. Treffer aus einem Gedränge anbringen. O. war nicht müßig und war lebhaft am Ball. F. verstand es, sein Tor reinzuhalten. Auch hatte der F.-Sturm mehr vom Spiel und hatte ein besseres Zuspiel. Ein schöner Drehwurf brachte wieder einen Erfolg für F. Jetzt gelang es O., den 1. Treffer anzubringen, doch wurde derselbe wegen zu langen Laufens nicht gegeben. F. war erfolgreicher und konnte noch bis Halbzeit fünfmal einsenden, dem O. nichts entgegensetzen konnte. Nach Halbzeit wurde das Spiel etwas schärfer. F. gelingen noch 2 gute Treffer. Jetzt wurde O. auch besser und es gelang ihnen, endlich auch das F.-Tor dreimal mit Erfolg zu besuchen, dem F. noch zwei folgen ließ. Der Schiedsrichter leitete das Spiel gut. Hoffen wir, daß F. nun auch versuchen wird, den Bezirk weiter mit Erfolg zu vertreten.

Fichte 2. Halle — Schraplau 1. 4:1 (3:0)

Hier konnte F. nach schönem, lebhaften Spiel ein Resultat von 4:1 (3:0) erzielen. F. war technisch die bessere; aber auch Schr. war eifrig. Doch etwas unentschlossen vorm Tor, was selbige aber noch bestimmt nach längerem Spielen lernen werden.

Fichte (Sportlerinnen) — Cröllwitz 0:0

Bei kaltem, rauhen Wetter trafen sich beide Gruppenmeister auf dem Stadion um die Bezirksmeisterschaft. Der Boden war hart und mit Schnee bedeckt. Das Spiel mußte verlängert werden, trotzdem wurde kein Resultat erzielt, so daß in Kürze das Spiel wiederholt werden muß. Es muß aber angeführt werden, daß es kein Wetter für Sportlerinnenspiele war. Die reguläre Spielzeit war äußerst spannend. Jede Mannschaft hatte gleichen Anteil am Spiel, und die faire Spielweise reiht sich würdig an die Ziele der Arbeitersportbewegung an.

Mit weniger Verspätung pfiff der stets Unparteiische das Spiel an. Fichte liegt im Angriff und erzielt in der 2. Minute eine Strafecke. Auf und ab ging das Spiel. Cr. macht sich frei und drückt, daß in der 9. und 10. Min. je eine Strafecke einbringt. Fichtes Torhüterin zeigt gute Schule, selbst die gefährlichen hohen Bälle werden gehalten oder knapp zur Ecke abgewehrt. Auch Fichte ist nicht müßig, die gutgemeinten Würfe enden immer im Aus. Nach Halbzeit dieselbe Spielweise. Beiderseitig werden günstige Torgelegenheiten verpaßt. Da die Spielzeit keine Entscheidung brachte, wurden zweimal zehn Minuten angehängt. Die Kräfte ließen jedoch nach, die Bälle erreichten schwach die Torhüter. Zum Schluß verpaßten beide Mittelstürmerinnen freistehend eine günstige Gelegenheit.

Bei F. war im allgemeinen jeder Posten gut besetzt, nur der Sturm ließ zu wünschen übrig. Bei Cr. überragte die Mittelläuferin; auch an Fangtechnik war mehr zu sehen, nur das genaue Zuspiel fehlt noch.

Spiele zum 11. Dezember

1. Klasse

15 Uhr	Fichte Ammendorf — Sportlust	Schanze, Fichte
14 Uhr	Merseburg — Canena	Bennewitz, Ammendorf
½15 Uhr	Fichte — ASC	Seupt, Frisch auf
15 Uhr	Osmünde — Fichte 2.	Sperrfeld, Wörmlitz
10 Uhr	Adler — Achilles	Diener, ASC.
½15 Uhr	Queis — ABV.	Bandermann, Adler
12 Uhr	Schraplau — Minerva	Kaufmann, Othello

2. Klasse

14 Uhr	Dieskau 1. — Passendorf 1.	Osmünde
11 Uhr	ASC. 2. — Regatta-Club	Fichte
½15 Uhr	Sportlust 2. — Beuchlitz 1.	Cröllwitz
14 Uhr	Fichte Ammendorf 2. — Kayna 1	Sportlust
14 Uhr	Osmünde 2 — Fichte 3.	Wörmlitz
11 Uhr	Adler 2. — Möderling 1.	Achilles
15 Uhr	Bennstedt 1. — Oberröblingen 1.	Schraplau

Jugend-Klaff

13 Uhr	Fichte Ammendorf — Kayna	Schwimmer, Ammendorf
13 Uhr	Osmünde — Fichte	Dieskau
14 Uhr	Bennstedt — Oberröblingen	Schraplau

Schiedsrichtervereinigung. Am Sonnabend, dem 10. Dezember, abends 8 Uhr, findet im „Volkspark“ unsere Generalversammlung statt. Alles muß erscheinen.

Turner

Achtung, Wintersportler! Der erste Schnee ist bereits zerronnen. Neuer Schnee ist zu erwarten. Weihnachten soll eine 3-Tage-Tour nach dem Harz oder Thüringen gemacht werden. Es treffen sich daher alle Skifahrer des 6. Bezirks am Montag, dem 12. Dezember, abends 8 Uhr, in der Geschäftsstelle der Turnspieler in der „Blume“, Torstraße. J. A.: **Adolf Werge.**

Schwerathletik

Achilles siegt über 09 15:9

Im Serienringkampf standen sich gestern in der A-Klasse obige Mannschaften gegenüber. Technisch waren beide Mannschaften auf der Höhe. Achilles siegte in den schwereren Klassen.

Atlas Jugend siegt über Germania-Felsenfest Jugend 18:10.

Germania-Felsenfest siegt über Atlas 9:7

Bei den Boxkämpfen zeigten die Zuschauer rege Anteilnahme. Beim Schwergewicht trat ein unliebsamer Zwischenfall ein. Der betreffende Sportgenosse von Atlas trat nicht an, weil er gegen seinen Partner persönliche Einwendungen hatte. Ein solches unsportliches Benehmen muß von seiten der Leitung scharf unterbunden werden. Der Besuch war gut.

Deutscher Arbeiter Abstinenten-Bund

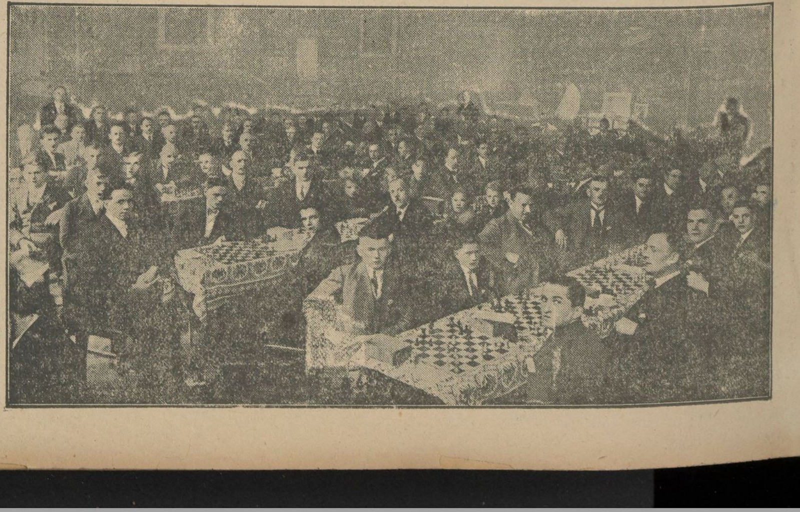
Hauptgeschäftsstelle: Berlin SO 16, Engelufer 29.

Bezirksgeschäftsstelle: Merseburg, Breite Str. 11.

Ortsgruppe Halle. Heute, Montag, 20 Uhr, in der „Jugendherberge“, Weingärten, Mitgliederversammlung. [861

Vom mitteldeutschen Schachturnier

Unser Bild zeigt die Teilnehmer des mitteldeutschen Schachturniers am 20. November in Magdeburg beim Wettkampf



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271205-12/fragment/page=0008
DFG

Aus den Betrieben

Eine Mark Lohnerhöhung pro Mann und Schicht

A.-K. Auf dem Bitzthumschacht erscheint vorige Woche ein Aushang, wo aufmerksam gemacht wird, daß

drei Arbeiter fristlos entlassen

werden. Grund: ein Kläuber hatte sich durch Geld bestechen lassen, Ausschläge von seinem Stall auf den Nachbarstall zu werfen, wodurch die Kameradschaft, welche die Bestechung vorgenommen hatte, den Vorteil hatte, nicht so viel Ausschläge zu haben, dahingegen die anderen Kameradschaften den Nachteil. Kameraden, ist hier richtig gehandelt worden? Viele der Kameraden werden sagen, ja. Aber wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Arbeiter sich gegenseitig nicht betrügen sollen, denn dieses ist scharf zu verurteilen. Aber wir dürfen der Unternehmerschaft, welche die Schuld trifft, diese auch nicht abnehmen und ihr das Rückgrat stärken. Wir wollen diese Sache etwas näher untersuchen, wen die eigentliche Schuld trifft.

Die Mansfeld A.-G. hat das raffinierteste Gedingesystem, welches es überhaupt gibt. Auf Grund dieser Tatsache wird die Arbeiterschaft auseinandergerissen. Vor dem Krieg war es schon so, aber heute ist es noch viel schlimmer. Die Spanne der Löhne ist schon groß beim Akkordarbeiter selbst, noch viel größer beim Schichtlöhner. Die Löhne sind beim Akkordarbeiter 5 bis 10 Mk., Schichtlöhner zum Akkord 3,60 Mk bis 10 Mk Diese Akkordarbeiter werden nun angespeuert, auch das höchste Geld zu verdienen. Dies ist aber nicht möglich durch schlechtes Gedinge, schlechte Arbeit usw. Und es trifft zu, daß Kameradschaften mitunter

ein ganzes Jahr kein Geld verdienen.

Das hat nun vielleicht diese zwei Häuer veranlaßt, den Kläuber zu bestechen, seine eigenen Kollegen zu betrügen. Kameraden, hier ist zu scharf vorgegangen. Wäre es vielleicht nicht besser gewesen, sie öffentlich zu brandmarken oder vielleicht mit einer Strafe zu belegen, denn es sind Familienväter, welche so leicht keine Arbeit wieder bekommen. Aber vor allen Dingen muß von der Direktion verlangt werden, ein Gedinge zu schaffen, wo eine derartig große Spanne nicht vorkommt, aber auch so, daß der Arbeiter für seine Schichten so bezahlt wird, daß er mit seiner Familie ein anständiges Leben führen kann. Dann werden derartige Sachen nicht vorkommen. Das wird aber erst dann endgültig abgeschafft werden, wenn wir es den russischen Arbeitern nachmachen und alle mithelfen an der Errichtung eines Arbeiterstaates. Solange wir dieses nicht haben, kämpfen wir aber um unsere Forderungen

1 Mark pro Schicht und Mann mehr Lohn,

dann ist schon etwas geholfen.

Soll man auswandern?

Die elende Wirtschaftslage des Mansfelder Berg- und Hüttenarbeiters treibt verschiedene Arbeiter von der heimatlichen Scholle, um in fernen Erdteilen zu versuchen, ihre Wirtschaft zu sanieren. Durch ein Inserat in einer Tageszeitung hatten verschiedene Hüttenleute (Schmelzer) sich in Berlin um Arbeit als Schmelzer nach Afrika bemorben und auch vorgestellt; es wurden darauf einige auf 1 Jahr nach Afrika als Schmelzer verpflichtet. Der Werksleiter, Dr. Reimann, redete nun eines Tages einen angenommenen Schmelzer an und fragte denselben, warum er von Mansfeld wegwollte. Der Schmelzer antwortete darauf, daß die Not seiner Familie bis ins höchste gestiegen sei. Mit dem Lohn, den er bei der Mansfeld A.-G. erhalte, könnte er seine Familie nicht ernähren; deshalb müßte er auswandern. Reimann versuchte nun klarzumachen, daß man mit dem Lohn doch schon etwas anfangen könne. Der Schmelzer gab ihm aber kein Recht, darauf erwiderte Dr. Reimann:

Denkt Ihr Hornochsen, hier bekommt Ihr 200 Mk. und in Afrika 600 Mk., Eure Familie bleibt hier, also werden auch die 600 Mk. nicht reichen.“

Richtig ist schon, daß auf Grund der elenden Wirtschaftslage, in der sich der Arbeiter befindet, auch die 600 Mk. nicht ausreichen, die Familien mit dem Allernotwendigsten zu versehen. Aus diesem Grunde muß der Kampf aufgenommen werden für folgende Forderungen:

Lohnerhöhung, Arbeitszeit 8 Stunden, Umlegung der Knappschaftsbeiträge auf die Produktion.

Als erste Pflicht eines jeden Mansfelder Arbeiters gilt: Organisiert Euch in der Partei der Arbeiter, in der KPD., und kämpft mit dieser für die Beseitigung der Bürgerblockregierung.

Wer ist der Hetzer?

A.-K. Vor einigen Tagen bekam abermals ein Schmelzer von Berlin ein Schreiben, daß er sich in Berlin zwecks Untersuchung vorstellen soll. Der Betreffende verlangte nun ein Führungszeugnis. Der Werksleiter bekam davon Kenntnis, er suchte den Schmelzer auf und fragte ihn: „Wer ist denn nur der Hetzer, der Sie aufgehetzt hat, ich muß mich ja darauf gefaßt machen, daß alle meine Schmelzer das Werk verlassen.“ Die Antwort lautete: „Die allgemeine Not hetzt uns auf, unser Glück woanders zu versuchen!“ Nun plötzlich wollte Reimann alle Wünsche erfüllen.

Arbeiter der Krughütte! Hier seht Ihr, wie notwendig man Euch auf dem Werke braucht. Bedenkt immer, daß wir uns trotz des Winters für die Ausbeuter in der Konjunkturzeit befinden. Deshalb zusammengeschlossen, eine Kampffront gebildet, die den Kampf aufnimmt gegen Ausbeuter und Bürgerblockregierung zur Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung.

Arme Aktionäre der Gottfried Lindner A.-G.

A.-K. Wer noch nicht glaubt, daß genannter Betrieb der bestrationalisierte in Mitteldeutschland ist, der komme und überzeuge sich. Durch Zeitungs-Annonce angelockt, gab auch ich eine Gastrolle. Mein erstes, als ich den Betrieb betrat und was mir auffiel, war, daß viele mit Stehkragen, braune und weiße Kittel herumliefen. Ich glaubte das Lebensniveau sei bei der Firma so gestellt, daß man sich als Lindner-Arbeiter so kleiden kann. Doch ich will nicht ironisch werden, fangen wir mit Tatsachen an. Mein erster Gang durch die Autoselbstmacherei, genannt Aft. — Das ist die erste Rationalisierung, ließ mich ein Gewirr von Wagen sehen, so daß ich keinen rechten Ueberblick gewinnen konnte. Aber ein Mann wie Generaldirektor Trauß, der freilich auch nicht jeden Tag seinen Betrieb kontrolliert, sollte doch schon lange zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß die für vieles Geld erbauten Bahnen größter Blödsinn sind. Herr Grün, jetziger Betriebsleiter, ist freilich stolz darauf. Wie floriert denn der Betrieb? Freilich, es war auch unter dem Regime „Rolando“ nicht anders. Bei Letztgenanntem fehlte es an Materialien, so auch unter Grüns Leitung. Bei Gelegenheit werden wir auf Einzelheiten eingehen. Ich muß nämlich heute noch zu einer Sitzung, Herr Werks-Inspektor, passen Sie nur gut auf,

damit Ihnen der Artikelschreiber nicht wie in Merseburg durch die Lappen geht.

Doch nun weiter. In der Sattlerei ist man wohlweislich nicht dazu übergegangen, solch ein Gewirr von Bahnen aufzubauen, dann würde ja die jetzige Kopflosigkeit zur Hilflosigkeit werden. Wie wäre es denn, Herr Betriebsleiter, wenn Sie recht bald die Anordnung geben, die so neuen aber unpraktischen Bähnchen, in Kisten verpackt nach dem Wunderland Mord-Amerika zurücksenden, oder ist es nicht amerikanisches Muster? Geld ist doch da. Es kommt doch auch nicht darauf an, wenn die Herren Aktionäre dies Jahr ohne Dividende sind und auf bessere Zeiten warten. Wir Arbeiter warten doch schon so lange auf andere Zeiten. Der Vorteil der ganzen Umbauerei besteht doch nur in der Fantasie. Das Uebel für uns Proleten liegt nun vor allem darin, daß auch der beste Arbeiter oder Arbeiterin nicht mehr sein Geld verdienen kann. Da die Arbeit logischer Weise immer schlechter werden muß, hilft man sich mit „Scheinwerferlampen“, welche in die Hände der Abnehmerbeamten gelegt werden, und denkt hiermit dem Uebel abzuhelfen. Solch ein Beamter muß seine Tüchtigkeit beweisen; zu diesem Zwecke hat man scheinbar einen Waggon Kreide anfahren

vom Proleten aber recht billig,

wird später mit Zahlenmaterial bewiesen werden. So werden wir um anständige Löhne, aber die Aktionäre nicht um ihren Profit gebracht.

Eisenbahnermord!

Von der Welle erwürgt

Im Reichsbahnausbesserungswerk Delitzsch wurde am Freitag, dem 2. Dezember, um 16.05 Uhr, fünf Minuten vor Arbeitsschluß, der Schlosser Otto Mangatter von der Triebwelle am Hochnehmergleis erfaßt. Sämtliche Kleidungsstücke vom Leib [illegible]issen und von der Welle erwürgt. Durch Abschneiden der Kleidungsstücke wurde er von der Welle befreit und verstarb kurze Zeit darauf, ohne die Besinnung wieder erlangt zu haben.

Mangatter ist 48 Jahr alt und seit 25 Jahren im Reichsbahnbetrieb tätig.

Er kann mit als ein Opfer des jetzt vorgeschriebenen Hetztempos betrachtet werden, weil nicht die notwendigen Vorsichts- und Schutzmaßnahmen getroffen werden, nur um einen halbwegs normalen Lohn zu erreichen. Die Schuld wird man dem Arbeiter selbst wieder beimessen, der wahre Schuldige aber ist das Profitsystem, das bei der Reichsbahn Einzug gehalten hat, denn der Konflikt in Dresden ist ja auch wegen der Kürzung der Gedingezeiten entstanden.

Lest die Kommunistische Presse

Kämpft um die Gewerkschaften!

In fast allen Gewerkschaften stehen die Ortsverwaltungswahlen an. Die reformistische Gewerkschaftsbureaukratie macht alle erdenklichen Anstrengungen, um den steigenden Einfluß der Opposition zurückzudrängen. Leicht wird ihr das in der jetzigen Situation sicherlich nicht. Die Gegensätze zwischen dem Unternehmertum und der Arbeiterschaft verschärfen sich; und in welcher Weise die freigewerkschaftlichen Organisationen davon berührt werden, zeigen die überall ausbrechenden Lohn- und Arbeitszeitkämpfe. Den reformistischen Gewerkschaftsführern, die in allen Konflikten eine schandbare Rolle spielten, schwant nichts Gutes. Wir erinnern nur an den heldenhaften Kampf der mitteldeutschen Bergarbeiter. Wie wurde die Schiedsschiedsspruch in allen Tonarten als glänzender Erfolg angepriesen. Heute ist es jedem Bergproleten offenbar, in welcher hinterhältigen Weise er betrogen wurde. Keinen nennenswerten finanziellen Erfolg konnten die Bergarbeiter für sich verbuchen. Im Gegenteil. Die nach dem Kampf durchgeführte Lohnregelung brachte für einen Teil sogar Lohnkürzungen gegenüber dem Stande vor dem Streik. Ueber die Maßregelungen, die Hunderte, welche heute noch als Opfer, verlassen von der Bureaukratie, auf dem Straßenpflaster liegen, soll kein Wort weiter verloren werden. Genau so sieht es in allen anderen Industrien aus. Wenn wir die reformistischen Kampfesmethoden, ihre Tariftreue, ihre Unterwürfigkeit als Verrat bezeichnen, so werden uns die Arbeiter verstehen. Sie werden weiter verstehen, warum wir immer wieder betonen, daß die Beseitigung der reformistischen Gewerkschaftsführung unbedingt notwendig ist, sollen die Gewerkschaften wieder zur scharfen Waffe für die Arbeiterschaft werden.

Die Bureaukratie des BAV. beklagt sich über unsere Bestrebungen. Sie fürchtet den wachsenden Einfluß. Die Weickart, Rößler, Reddigau und Konsorten werfen deshalb alle oppositionellen Mitglieder aus den Gewerkschaften heraus, die für diese Umstellung auf die Linie des Klassenkampfes sich einsetzen.

Wie die SPD.-Bureaukratie den Gewerkschaftsapparat zum Kampfe gegen die Opposition ausnutzt, beweist folgendes Rundschreiben der BAV.-Bezirksleitung Zeitz, welches uns der bekannte günstige Wind auf den Redaktionstisch weht. Wir lassen es im Wortlaut folgen:

Verband der Bergarbeiter Deutschlands!

Zeitz, den 10. 11. 1927.

An die Vertrauensleute!

Laut unseren Satzungen müssen im Monat November/Dezember die Ortsverwaltungswahlen getätigt werden. Bei Vornahme dieser Wahl mache ich noch besonders darauf aufmerksam, daß als Funktionäre nur solche Kameraden gewählt werden können, welche zwei Jahre Beiträge im Bergarbeiterverband hintereinander geleistet haben. Kameraden, die vielleicht in einer anderen Organisation mehrere Jahre Mitglied waren und beim Uebertritt jetzt noch keine 104 Wochenbeiträge geleistet haben, können ebenfalls nicht in Vorschlag gebracht werden. Dies muß bei den Vorschlägen zur Wahl genau beachtet, damit Reklamationen nicht erforderlich werden.

Die Vornahme der Wahl ist eine rein gewerkschaftliche Angelegenheit und keine politische Partei hätte Ursache, dazu Stellung zu nehmen. Leider muß festgestellt werden, daß sich die KPD. besonders mit der Vornahme dieser Wahlen beschäftigt hat.

Der Bezirksparteitag Mitteldeutschlands für den Bezirk Halle-Merseburg, welcher am 1. und 2. Oktober d. J. stattfand, hat sich auch mit der Vornahme der Funktionärwahlen in den einzelnen Körperschaften befaßt. Es ist dort ganz besonders hervorgehoben worden, daß bei den kommenden Wahlen die Vertreter der SPD. aus ihren Positionen hinausgeworfen werden müssen und an deren Stelle müßten Vertreter der KPD. gesetzt werden. „Das wären die einzigen und richtigen Arbeitervertreter“. Der politische Einfluß der KPD. in den Gewerkschaften müßte besonders gestärkt werden. Um dies zu erreichen, wäre es erforderlich, in allen Gewerkschaften die Funktionen mit KPD.-Männern zu besetzen.

Dieselbe Ansicht haben auch offizielle Vertreter der Kommunistischen Partei in kommunistischen Bergarbeiterversammlungen zum Ausdruck gebracht. Der Reichstagsabgeordnete Koenen sprach am Sonnabend, dem 5. d. M., in Hohenmölsen und hob in seinem Referat dieselbe Forderung hervor.

Die Gewerkschaften selbst haben sich bisher jede Einmischung politischer Parteien verbeten. Sie stehen auf vollständig neutralem Boden.

Da nun hier von der Kommunistischen Partei in aller Oeffentlichkeit die gewerkschaftlichen Prinzipien durchbrochen werden, sehen wir uns veranlaßt, dagegen Front zu machen. Es bedeutete geradezu den Untergang der Gewerkschaften, wenn der Einfluß der Kommunistischen Partei sich in den Gewerkschaften verstärkte. Bei Vornahme der Ortsverwaltungswahlen muß darauf gesehen werden, daß die Anregung der Kommunistischen Partei nicht zur Geltung kommt.

Nach Vornahme der Wahl müssen die beigefügten Formulare gut ausgefüllt und bis Ende Dezember der Bezirksleitung wiederzugestellt werden.

Mit kameradschaftlichem Gruß!

Bezirksleitung Zeitz. Hermann Weickart.“

Es ist sicher für jeden Arbeiter ein lehrreiches Dokument. In demagogischer Weise wird eine infame Hetze gegen einen starken Teil der Mitglieder der Organisation gemacht. Die Bureaukratie will die Mitgliedschaft in zwei Teile spalten. Wir haben den

Kampf stets nur gegen die reformistische Führung

geführt unter ständiger Betonung der Wahrung und Sicherung der Einheit und Geschlossenheit der Verbände.

Aber auch administrative Mittel werden angewandt, den Einfluß abzuschwächen und die Positionen zu verteidigen. Du kannst 20 Jahre Mitglied der freien Gewerkschaften sein, wenn Du aber nicht zwei Jahre Mitglied des BAV. bist, wirst Du zum zweitklassigen Mitglied gestempelt. 104 Wochenbeiträge müssen in den letzten zwei Jahren geklebt sein, sonst bist Du zu leicht befunden.

In diesem Pamphlet bringt Weickardt wieder seine alten Kindereien. **Die Gewerkschaften stehen auf vollständig neutralem Boden.** Dasselbe sagen die christlichen und gelben Organisationen. Es war der Stolz aller freigewerkschaftlichen Mitglieder, im Gegensatz zu den anderen, stets sagen zu können: Wir kennen keine Neutralität, wir betrachten unsere Organisationen als festen Teil der Kampffront der Arbeiterschaft gegen ihre Unterdrücker und deren Hintermänner.

In diesem Kampfe gibt es keine Neutralität.

Da gilt es Farbe zu bekennen, entweder für die Kapitalisten und ihren Staat, oder gegen sie, für den Sozialismus. Diese grundsätzliche Stellung wurde von der Bureaukratie längst preisgegeben. Deswegen der Ruf der Kommunistischen Partei an die freigewerkschaftlichen Mitglieder, sich Führer zu wählen, die die jetzige reformistischen kapitalsfreundliche Politik mit Stumpf und Stiel ausrotten. Dies ist die Aufgabe aller revolutionären Arbeiter. Die Arbeiter, die dieses anstreben, zu unterstützen im Kampfe gegen die Bureaukratie, wird stets für die KPD. eine ehrenvolle Aufgabe sein. Daran wird kein demagogisches, verlogenes Manöver der Bureaukratie etwas ändern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271205-12/fragment/page=0009

Merseburg-Querfurt

Ergebnis der Vertrauensmännerwahl für die Angestelltenversicherung in Merseburg

Vom Versicherungsamt der Stadt Merseburg wird uns geschrieben:

Bei der Wahl der Vertrauensmänner und Ersatzmänner für die Angestellten-Versicherung sind im Wahlkreise Merseburg-Stadt aus dem Kreise der versicherten Angestellten

gewählt worden:

a) Vertrauensmänner:

1. Franz Eule, kaufm. Leiter, Merseburg, Eckehardstr. 1.
2. Friedrich Enge, Kaufmann, Merseburg, Damaschkestr. 38.
3. Oswald Jänicke, Werkmeister, Merseburg, Friedrichstr. 22.

b) 1. Ersatzmänner:

1. Adolf Beister, kaufm. Angestellter, Merseburg, Birkenweg 45.
2. Paul Westphal, Kaufmann, Merseburg, Lauchstädter Straße 7.
3. Franz Herwig, Behördenangestellter, Merseburg, Seffnerstr. 4.

c) 2. Ersatzmänner:

1. Josef Hupe, kaufm. Angestellter, Merseburg, Rosenthal 2.
2. Wilhelm Riemenschneider, kaufm. Angestellter, Merseburg, Reinefarthstraße 47.
3. Paul Allenstedt, Werkmeister, Merseburg, Obere Burgstr. 13.

Aus dem Kreise der Unternehmer

war nur eine Vorschlagsliste eingegangen.

Der Zuchthausonkel,

der Landtagsabgeordnete Genosse Gustav Mentzel, der als Veteran an den Feierlichkeiten des 10jährigen Bestehens der Sowjetunion teilgenommen hat und von Rußland zurückkehrte, gibt den ersten Bericht über seine Erlebnisse und Eindrücke im Lande der Arbeiter und Bauern in einer öffentlichen Versammlung der Roten Hilfe am Sonnabend, dem 10. Dezember, abends 8 Uhr, in der „Funkenburg"

in Merseburg

Die in der Liste vorgeschlagenen gelten nach § 16 der Wahlordnung vom 8. September 1927 in der aufgeführten Reihenfolge als gewählt. Dies sind:

a) Vertrauensmänner:

1. Fritz Leberl, Kaufmann, Merseburg, Burgstr. 18.
2. Max Seibicke, Kaufmann, Merseburg, Weiße Mauer 15.
3. Paul Kohl, Kaufmann, Merseburg, Hallesche Straße 6.

b) 1. Ersatzmänner:

1. Nathan Neustadt, Kaufmann, Merseburg, Entenplan 11.
2. Willi Geske, Kaufmann, Merseburg, Kloster 5.
3. Paul Wiegand, Kaufmann, Merseburg, Oberaltenburg 11.

c) 2. Ersatzmänner:

1. Walter Erlecke, Rechtsanwalt u. Notar, Merseburg, Hallesche Straße 34.
2. Franz Rößner, Buchdruckereibesitzer, Merseburg, Dammstr. 7.
3. Franz Heyne, Bankdirektor, Merseburg, Lauchstädter Str. 14.

Insgesamt wurden 802 Stimmen abgegeben; 5 waren ungültig. Es entfielen auf Liste A: 322, B: 220, C: 53, D: 86, E: 116; zusammen 797 Stimmen.

Bad Lauchstädt. Trübe Aussichten! Der letzten Stadtverordnetenversammlung lagen außer anderen auch zwei für die hiesigen Einwohner wichtigen Punkte zugrunde. Der erstere betraf den hiesigen Sportplatz für die vier bürgerlichen Vereine, für den die Stadt in einem Jahre zirka 9500 RM. verausgabt hat, welche Summe noch ungedeckt ist. Wir haben durchaus nichts gegen solche Einrichtungen, aber schämen müßten sich die bürgerlichen Vertreter, für solche Sachen eine so hohe Summe auszuwerfen, wo doch auch hier noch eine krasse Wohnungsnot herrscht. Es wäre besser gewesen, sich mehr um den Wohnungsbau zu kümmern, denn für diesen hat man nur so viel Mittel, um eine „Sommervilla" zu bauen. — Der zweite Punkt betraf die Wasserleitung und Kanalisation. Der Kreis beabsichtigt für Lauchstädt, Schafstädt und die Grunddörfer eine Wasserleitung zu bauen. Wir haben hierzu keinerlei Bedenken, da aber hier die Finanzen eine große Rolle auch für die hiesige Stadt spielen, so konnten sich unsere Vertreter nicht ohne weiteres der Sache anschließen, bis nicht bestimmte Kostenanschläge der Versammlung unterbreitet sind; denn in unserer Stadt sieht es mit den Finanzen trüb aus. Wir werden uns in Kürze noch mehr um unsere Stadtverwaltung kümmern!

Dürrenberg. Auf zu Strzelewicz. Heute abend tritt der alte Kampfgenosse mit seiner Truppe im „Kronprinz" auf.

Mansfeld-Sangerhausen

Arbeitermord

Ernst Boch, Eisdorf, verunglückte tödlich am 3. Dezember auf Grube Henriette (Wenzelscher Betrieb) bei der sogenannten Winkelstation. Genannter Boch wurde in grauenhafter Weise verstümmelt. Kopf sowie Glieder wurden vom Körper gerissen. Der Unfall ereignete sich beim Abschmieren des Getriebes.

Warum werden derartige Arbeiten ausgeführt während des Betriebes? Der Betriebsrat der Grube Henriette hat zu veranlassen, daß der Vorfall aufs genaueste untersucht wird und die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden. Der Verunglückte hinterläßt Frau und drei Kinder.

Wer darf sich „Proletarischer Freidenker" nennen?

(Zuschrift aus Eisleben.)

Etwa alle jene, die im Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung organisiert sind? Dem Namen nach wohl, aber es ist notwendig, eine Gruppierung vorzunehmen. Wir müssen die Freidenker teilen in aktive und passive Mitglieder. Und wir müssen ernstlich die Frage aufwerfen, ob ein passives, für die Verbreitung des proletarischen Freidenkertums nicht ständig besorgtes Mitglied des Verbandes den Ehrentitel eines proletarischen Freidenkers verdient. Solches Mitglied rangiert fast mit jenen Hunderttausenden, ja Millionen Klassengenossen, die gleich ihm fertig geworden sind mit Kirchenkram und Jenseitsillusionen und die noch nicht die notwendigen Folgerungen aus ihrer Denkweise gezogen haben. Es gilt, diesen allen das Bewußtsein einzuhämmern, daß es mit dem Denken allein nicht getan ist, daß die Tat notwendig ist, um die Wälle zu durchbrechen, die täglich immer neu aufgerichtet werden zum Schutze der Gottes- und Obrigkeitsautorität.

Es war schon immer so, daß neue Anschauungen es mit der Obrigkeit zu tun bekamen und noch immer ist der Kampf um die der Obrigkeit unangenehmen Ideen von diesen Obrigkeiten recht handgreiflich ausgetragen worden. Das soll heißen, daß auch der proletarische Freidenker kein Wolkenkuckucksheimer sein darf, er muß sehen und hören, was von oben gegen ihn und seine Weltanschauung gespielt wird, er muß Gegenmaßnahmen treffen, er muß agitieren und organisieren gegen den Todfeind, gegen die Kulturreaktion.

Und siehe da: immer klarer wird es ihm: hüben und drüben sind es die Klasseninteressen, die maßgebend sind für Angriff und Abwehr. Es erweist sich: proletarischer Freidenker sein, heißt proletarischer Klassenkämpfer sein!

Damit ist auch seine politische Kampfstellung ihm vorgezeichnet. Er hört auf, ein proletarischer Freidenker zu sein, wenn er aus dieser zwangsläufigen Erkenntnis heraus nicht zu der Folgerung kommt, sich politisch organisieren und betätigen zu müssen, sich in der Partei betätigen zu müssen, deren Wesensinhalt die kompromißlose, unerbittliche Vertretung der proletarischen Klasseninteressen in ihrem ganzen Umfange, einschließlich der proletarischen Freidenkerinteressen ist, der Kommunistischen Partei.

Denkt demgegenüber an die Entartungserscheinungen in der Sozialdemokratie, in deren Heidelberger Programm es heißt:

„Man kann ein frommgläubiger Christ und doch ein vorteilhafter Sozialdemokrat sein!"

Vergleicht damit das Wort Bebels: „Christentum und Sozialismus stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser!"

Denkt vor allen Dingen an die unheilvollen Folgen der sozialdemokratischen Kompromißpolitik seit dem Weltkrieg, und jedem organisierten proletarischen Freidenker, jedem freidenkerischen, der Kirche feindlich gesinnten Arbeiter wird es klar: den Diesen der proletarischen Freidenkertums, den Interessen seiner Klasse überhaupt kann er nur dienen.

Ein paar ernste Worte an die Arbeiterschaft von Leutschenthal

Mit Beginn der Herbstmonate wurde die hiesige Bevölkerung mit Theatervorstellungen in einer solchen Fülle bedacht wie noch nie zuvor. Das eigentümliche dabei ist, daß der Besuch an allen Veranstaltungen ein sehr guter gewesen ist. Unter dem Protektorat des Landrats Pfitzner hatte sich auch hier eine Ortsgruppe der Theatergemeinschaft vom Mitteldeutschen Landestheater aufgetan. Neben dieser Theatervereinigung gastiert außerdem noch eine sogenannte Volksbühne allwöchentlich. Zu allem Ueberfluß kommt nun auch der Zirkus Apollo, der ebenfalls wöchentlich zwei bis drei Vorstellungen hatte. Doch hätten wir bald das Kino vergessen, das ebenfalls mehrmals in der Woche Geschäfte machen will. Es erübrigt sich, über den Inhalt aller dieser Veranstaltungen längere Ausführungen zu machen. Jedenfalls lagen die Veranstaltungen nicht im Interesse der werktätigen Klasse.

Um aber nun einmal der hiesigen Arbeiterschaft eine Theatervorstellung zu bieten, in der sich das Klassengesicht des Proletariats wiederspiegelt, sollte am vergangenen Sonnabend die „Proletarische Tribüne", Halle, im „Würzenhof", „Das Gesetz" zur Aufführung bringen. Obwohl die Veranstaltung gut bekanntgemacht wurde, war der Besuch der Veranstaltung ein äußerst mangelhafter. Allerdings war in der Presse keine genügende Propaganda gemacht worden. Trotz des schlechten Besuches nehmen wir auf keinen Fall an, daß die hiesige Arbeiterschaft vergessen hätte, was sie der eigenen Bewegung schuldig ist. Wenn auch einige bornierte Fanatiker und eigenmächtige Streber der anderen Organisationen drauf und dran sind, die Arbeiterschaft zu zerreißen, so soll ihre Mühe vergebens sein. Die Arbeiterschaft muß einsehen, diese ergrauten und zum Teil korrumpierten Elemente allein zu lassen. Was die Macher der bürgerlichen Theaterveranstaltungen bezwecken, geht schon daraus hervor, daß sie selbst zum Ausdruck gebracht haben, bei den kommenden Wahlen die Arbeitermehrheit zu brechen. Arbeiter! Genossen! Ihr beugt diesem Bestehen vor, wenn Ihr alle Veranstaltungen der Arbeiterschaft besucht und auch dafür die regste Propaganda treibt. Ihr müßt in allen Fragen des Proletariats ein durchaus festes Gefüge schaffen, gegen das die Bürgerlichen vergebens Sturm laufen.

Gerbstedt. Vom Zuge zermalmt. Zwischen Schwittersdorf und Beesenstedt wurde heute morgen ein Geschirr des Gutsbesitzers Entreß von Beesenstedt vom Zuge der Halle-Hettstedter Eisenbahn erfaßt. Der mit Dung beladene Wagen sowie die beiden Maulesel wurden zirka 80 Meter weit geschleift. Der Wagen ist zertrümmert, beide Maulesel sind tot. Der Kutscher konnte noch im letzten Augenblick zur Seite springen. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Eisleben. Sprechstunden der Beratungsstelle für Geschlechtskranke. Wie uns das städtische Wohlfahrtsamt mitteilt, wird Herr Dr. Mennicke, Leiter der Beratungsstelle für Geschlechtskranke, ab 1. Dezember d. J. die Sprechstunden wie folgt abhalten: Für Männer: Montags und Donnerstags von 3 bis 4 Uhr nachmittags. Für Frauen: Dienstags und Freitags von 3 bis 4 Uhr nachmittags.

Wie bereits früher hingewiesen wurde, werden die Beratungsstunden im Rathause, Zimmer 22, abgehalten. Die Beratung bzw. die Untersuchung ist kostenfrei.

Nordhausen

Zusammenstoß zwischen Personenzug und Lastauto

Nordhausen, 5. Dezember.

Auf der Strecke Nordhausen — Erfurt stieß am Sonnabendnachmittag ein Lastauto aus Nordhausen mit dem Personenzug 505 zusammen. Das Auto wurde völlig zertrümmert. Der Chauffeur Willy Bolkmann aus Nordhausen war sofort tot, sein Mitfahrer Landgraf aus Zilingen erlitt schwere Verletzungen, denen er im Landkrankenhaus Sondershausen erlag. Der Lastwagen war infolge der Glätte nicht zum Stehen zu bringen gewesen und hatte die geschlossene Schranke des Bahnüberganges überfahren. Durch das Unglück erlitt der Verkehr auf dieser Strecke eine Störung. Von Nordhausen wurde ein Ersatzzug gestellt, wodurch der Verkehr nach mehreren Stunden Verspätung wieder hergestellt werden konnte.

Aus dem Saalkreis

Wettin. Für die Partei wurden zwei Mitglieder geworben. Wir appellieren an alle Arbeiter und Arbeiterinnen, in die Kommunistische Partei einzutreten, Leser der Arbeiterpresse, welche die Interessen der Arbeiterklasse vertritt, zu werden, d. h. den „Klassenkampf" zu bestellen. Je stärker die Partei, desto sicherer der Sieg!

Seeben. Oeffentliche Versammlung. Freitag abend fand hier eine Wählerversammlung für die Ortskrankenkasse des Saalkreises statt. Der Referent brachte diverse Einzelheiten über das Wesen der Saalkreiskrankenkasse und zeigte die krassen Unterschiede zwischen den früheren Verwaltungen und der jetzigen. In der Diskussion wurden Fälle angeführt, die jedem klassenbewußten Arbeiter zu denken geben mußten. Leider war die Versammlung verhältnismäßig schwach besucht und kennzeichnet die Stellung der Versicherten, welche hier zum größten Teil aus Landarbeitern besteht.

Dölnitz. Diembrand. Am 2. Dezember brannte der dem Rittergutsbesitzer Schwarzburger, Burgliebenau, gehörige Strohdiemen. Obgleich sämtliche Feuerwehren der Umgebung zur Stelle waren, mußten sie unverrichteter Sache wieder abziehen. Die Ursache des Brandes ist unbekannt.

Unsere Leser

bitten wir, den **Abonnementsbetrag** möglichst in den **ersten** Tagen des Monats an unsere Trägerinnen zu entrichten. Der Verlag

Für unsere Kinder

Das „heilige" Weihnachtsfest naht

In wenigen Wochen naht der Tag, welchen man im Volksmunde das Weihnachtsfest nennt. Alle bourgeoisie Söhnchen und die Kinder der Kleinbürger freuen sich darauf. Denn an diesem Tage ist es üblich, daß man sich beschenkt. Vor allen Dingen die Kapitalisten. Sie werden an diesen Weihnachtstagen noch mehr schlemmen und prassen, als wie sie es sonst immer machen.

Wir aber als Arbeiterkinder wissen daß es für uns so lange kein Weihnachten gibt, solange es noch Kapitalisten gibt. Denn unsere Eltern müssen Tag und Nacht arbeiten, um nur so viel zu verdienen, daß sie ihre Familie ernähren können. Denn wenn man bedenkt, wenn unsere Väter mit 20 bis 30 Mark Wochenlohn nach Hause rennen, so langt dieses gerade für Essen und Trinken, vielweniger daß sie uns irgendwelche Freude machen können, um uns etwas zu schenken.

Aber nicht nur in der Familie wird das Weihnachtsfest gefeiert, sondern auch bei Euch in der Schule. Man wird Euch schon jetzt etwas erzählt haben. Vor allen Dingen im Religionsunterricht. Man wird Euch die Jesus-Geschichten vortragen. Denn von dem Tage an, wo jener Mensch geboren wurden ist, hat man alljährlich den Tag seiner Geburt gefeiert, das sogenannte Weihnachtsfest. Wir als Arbeiterkinder wissen, daß es für uns überhaupt kein Weihnachten gibt, auch dann nicht, wenn die Arbeiterschaft die Macht erobert hat. Denn dieses Fest ist ein religiöses Fest und wir wissen, daß die Religion Opium für das Volk ist. Wir werden nur das Fest der Revolution feiern.

Kindernachmittag in Weißenfels

(Veranstaltet vom JSB.)

Am Sonntag, dem 27. November, veranstalteten wir einen öffentlichen Kindernachmittag. Eine halbe Stunde vor Beginn waren schon zirka 100 Kinder anwesend. Noch eine halbe Stunde war vergangen und es waren bald 250 Anwesende zu verzeichnen. Nachdem die Veranstaltung eröffnet war, wurden ein paar Vorlesungen aus dem Leben der russischen Pioniere gemacht. Dann sprach unser Rußland-Delegierter Walter über die Pionierarbeit in Rußland. Aufmerksam hörten die Kinder zu. Nun wurde eine Sitzung des Reichstages, in welcher das Reichs-Schulgesetz behandelt wurde, abgehalten. Alle Kinder durften sich da einmal Reichstagsabgeordnete nennen. An einem Vorstandstisch, welcher auf der Tribüne stand, saß der Reichstagspräsident, ein katholischer Pfarrer, ein Vertreter der Demokraten und ein Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei. Die vier genannten waren in eine Debatte verwickelt, welche sich mit dem Reichs-Schulgesetz befaßte. Von den Kindern wurden verschiedene Zwischenrufe gemacht. Durch diesen Reichstag wurden die Kinder über das Reichs-Schulgesetz aufgeklärt. Danach sprach ein Pionier von uns über dieses Gesetz. Jetzt kam der Lichtbildervortrag: „Mitja", an die Reihe. Mit Begeisterung wurde dieser aufgenommen.

Hoffentlich kommen allen Arbeiterkinder nicht nur zu solchen Veranstaltungen, sondern auch in die Veranstaltungen, welche jeden Sonnabend, 17 Uhr, im „Gewerkschaftshaus", stattfinden

K. Sch (13 J.), JSB., Weißenfels.

Unsere Pionierbewegung wächst

Durch das ungeheure Elend unter Proletariern sind es an erster Stelle unsere Arbeiterkinder, welche darunter zu leiden haben. Immer mehr und mehr kommt in den Arbeiterkindern die Erkenntnis, daß auch sie sich schon mit in die Kampffront der erwachsenen Arbeiter einreihen müssen, um dazu beizutragen, das Los der gesamten Arbeiterschaft zu bessern und deshalb die Kapitalisten versagt werden müssen. Doch nicht nur in der Stadt wächst die Zahl der kämpfenden Arbeiterkinder, sondern auch auf dem Lande. So ist es uns wieder möglich gewesen, in Gräfenhainichen eine neue Jung-Spartakus-Bund-Ortsgruppe zu gründen. Das ist ein sehr erfreuliches Zeichen, aber noch lange nicht genug. Der kleinste Ort auf dem Lande muß eine derartige Gruppe haben. Deshalb ist es Pflicht eines jeden Arbeiterkindes auf dem Lande, daß sie eine Jung-Spartakus-Gruppe gründen. Vorwärts, Arbeiterkinder! Heran an die Arbeit, zeigt den Kapitalisten, daß auch Ihr gegen sie kämpfen wollt!

Verfolgung der Pionierbewegung in Deutschland

In Stuttgart standen zwei Funktionäre des KJVD. vor Gericht unter Anklage der Weiterführung des in Württemberg verbotenen Jung-Spartakus-Bundes. In der Anklagerede des Staatsanwaltes wurde der JSB. als eine Geheimorganisation mit staatsumstürzerischen Bestrebungen bezeichnet und in der Urteilsbegründung wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der bürgerliche Klassenstaat die Erziehung der Arbeiterkinder zu revolutionären Kämpfern nicht dulden kann. Nach diesen Grundsätzen wurde ein Jugendgenosse als Verantwortlicher für eine Bezirkskonferenz des JSB., die durch die Polizei überfallen und ausgehoben wurde, zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Eine Jugendgenossin, der nur in zwei Fällen nachgewiesen wurde, daß sie Versammlungen des JSB. organisiert und dort Vorträge gehalten hatte, wurde dafür zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Unterernährte Kinder

Zur Zeit des großen Bergarbeiterstreiks in Mitteldeutschland schickten alle größeren kapitalistischen Zeitungen ihre Berichterstatter in das Streikgebiet. Auch diese bürgerlichen Soldschreiber waren über das furchtbare Elend der Bergarbeiterfamilien entsetzt und konnten dies in ihren Berichten nicht ganz verbergen. So schrieb der Berichterstatter des „Berliner Tageblattes" unter anderem:

„So grau und braun, so überwältigend freudlos habe ich es mir auch nicht vorstellen können, nicht jedermanns Phantasie reicht zu solcher Kraftleistung aus. Denn wie die Landschaft, so sehen die Menschen aus, nicht ihre Kleider, ihre Gesichter sind es, die so grau wirken. Es ist nicht, als ob sie selbst zu wenig zu essen hätten, zu wenig Blut unter der Haut, zu wenig Fleisch in den Muskeln — sondern als ob ihre Väter und Großväter schon zu wenig gegessen hätten.

Die Kinder im Geiseltal, dem Landstrich etwa zwischen dem wunderbaren Merseburger Schloß und dem reizenden Städtchen Weißenfels, das ist ein Kapitel für sich. Man darf natürlich nicht mit dem Schnellzug durchfahren oder mit dem Sechzigpferdewagen auf der großen Chaussee. Aber wer einen ganzen Tag, nur einen Tag lang, auf dem holprigen Steinpflaster der Nebenstraßen durchgerüttelt wird — von Grube zu Grube, von Fabrik zu Fabrik, von Streikkokal zu Streikkokal —, der hat schon etwas von diesen Kindern gesehen. Denn es scheint, daß es sehr viele Kinder in der graubraunen Gegend gibt, die Freuden sind ja so gering hier. Und ich glaube, ich habe den ganzen langen Tag hindurch — viel viel länger war dieser Tag als andere Tage — unter den strohblonden Geschöpfen nicht ein Kindergesicht mit vollen Wangen gesehen, nicht einen Kinderkörper, dem nicht der Laie auch auf den ersten Blick das Urteil sprechen könnte: Unterernährt. Ein schönes, modernes, wissenschaftliches Wort für eine böse Sache. Die Kreise, die so gern und so viel von der „Ertüchtigung" der deutschen Jugend sprechen, — man versteht nicht, warum sie hier abseits stehen."

Kinderarbeit in Amerika

Trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit in Amerika (ungefähr 2½ Millionen Arbeitslose) vergrößert sich noch immer der Umfang der Kinderarbeit. Laut Statistiken wurde die Kinderarbeit mit durchschnittlich 12,6 Prozent angegeben. Also von je acht Kindern arbeitet ein Kind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271205-12/fragment/page=0010

Der Kalbfleisch-Prozeß in Weißenfels

Der sozialdemokratische Stadtrat auf der Anklagebank — Ein ehemaliger Theaterdirektor als Geldvermittler — Die Provision wird auf dem Klosett geteilt

„Leider war es uns nicht möglich, zu den Verleumdungen Stellung zu nehmen. Feststellungen ergaben, daß die angegebenen Gerüchte unhaltbar sind. Kalbfleisch sieht der Klärung der Dinge zuversichtlich entgegen."

„Volksbote" vom 16. März 1927.

Am Freitag sah also nach dem Zeitzer „Volksboten" der sozialdemokratische Stadtrat und Stadtkämmerer Valentin Kalbfleisch, ein bis dato gewichtiges Mitglied des Weißenfelser Magistrats und eine feste Stütze der Barmat-Partei, der „Klärung der Dinge zuversichtlich entgegen" — —.

Fast neun Monate sind ins Land gegangen, seit der Zeit, da die „Geschichten aus dem Negerdörfchen" zuchbar wurden. Kalbfleisch hatte damals die Absicht, nicht mehr weiter zu leben. Es gefiel ihm ganz und gar nicht, daß sein „einnehmendes Wesen" ein Stadtgespräch des Proletenortes Weißenfels geworden war. Er nahm das Rasiermesser und brachte es in die Nähe seiner Pulsadern. Irgendetwas mochte ihn in letzter Minute umgestimmt haben. Kurz und gut, er lebte das scharfe Ding wieder beiseite, das Leben, das er als SPD-Mann in der Hindenburg-Republik geführt hatte, schien für ihn doch noch nicht alle Reize verloren zu haben.

Neben Kalbfleisch saß noch ein anderer Mann auf der Anklagebank. Der Stadtbankdirektor Körner. Sein Fall lag einfacher, Er hatte mit dem größten Teil der Beschuldigungen seines Nebenmannes und ehemaligen Vorgesetzten (Kalbfleisch war Dezernent der Stadtbank) nichts zu tun. Vielleicht waren es eigenartige Zufälle, vielleicht auch gewisse Personen im Rathaus, die ihn auf diesen Platz verholfen hatten. Ihm wurde zur Last gelegt, mit Kalbfleisch zusammen einige hundert Mark Reisespesen eingestrichen und nicht ordnungsgemäß verbucht zu haben. Körner, der vom Rechtsanwalt Watschke vertreten wurde, machte einen ziemlich unbeholfenen Eindruck. Im Verlaufe der Verhandlung zeigte es sich, daß ihm einige überspitzte Fragen des Amtsrichters auf die Nerven fielen.

Als Zeugen hatten sich zur Verhandlung eingefunden:

Der ehemalige Theaterdirektor Deutsch, früher in Weißenfels, der Direktor der Norddeutschen Grundkreditbank Dr. Heim aus Weimar, der Kriminalinspektor Beyer aus Weißenfels, der Theatersekretär Schuster von irgendwoher und der bekannte Kaufmann Böhme aus Weißenfels. Ein Zeuge, der Vertreter der Nationalkassenfabrik in Berlin, Herr Schneider, wohnhaft in Halle, war nicht erschienen. Das trug ihm eine Ordnungsstrafe von einhundert Mark ein.

Nach Verlesung der Anklageschriften mußte Herr Kalbfleisch mit dem Nebenangeklagten den Platz wechseln, weil er in diesem Prozeß den Primus spielte. Er erhielt als erster das Wort. Er mußte schildern, wie sich seine Sache zugetragen hatte. Kalbfleisch trat sehr sicher auf, beinahe wie einer, dem man „nicht an den Wagen fahren" kann. Er schilderte zuerst lang und breit seine Tätigkeit als Stadtrat und Stadtkämmerer. Besonders betonte er die Schwierigkeiten, die er als Finanzdezernent der Stadt Weißenfels hinsichtlich der Geldbeschaffung zu beheben hatte. Nach echt sozialdemokratischer Manier vergaß er nicht hervorzuheben, daß er

alles im Ansehen und Interesse der Stadt

getan habe. Es fehlte bloß noch, daß er hinzusetzte, „dafür muß mir Weißenfels ewig dankbar sein"!

Eingangs seiner Rede kam er auf sein Verhältnis zu dem gewesenen Theaterdirektor Deutsch zu sprechen. Er sagte, er habe mit Deutsch zusammen jahrelang die Weißenfelser Kultur gefördert. In den Jahren 1919 und 1920 sei ein Theaterdirektor Meister vier bis sechs Wochen in Weißenfels tätig gewesen mit negativem Erfolge. Nach ihm sei dann die „Naumburger Schaubühne" gekommen, die aber auch in kurzer Zeit abwirtschaftet habe. Erst Deutsch sei der richtige Mann gewesen. Von 1920 bis 1926 habe dieser in Weißenfels gewirkt. In Weimar sei Deutsch sehr gut fundiert gewesen. In Weißenfels habe der Mann alles zugesetzt. Zur Ehre Deutschs müsse er erklären, daß dieser selbstlose Theaterdirektor nur mit „Hut und Stock" nach seiner sechsjährigen Tätigkeit Weißenfels verlassen habe. In den Jahren seines Zusammenwirkens mit Deutsch habe er, Kalbfleisch, diesen wiederholt aus der Not geholfen. Deutsch wäre oft finanziell im Drucke gewesen. **Auch sei es umgekehrt vorgekommen, daß Deutsch ihm etwas zukommen ließ!!**

Kalbfleisch schildert dann weiter, daß er im Amte Sorgen hatte. Er sollte Geldanleihen für die Stadt Weißenfels tätigen. Sehr umständlich führt Kalbfleisch aus, wie diese Anleihen zustande kamen. Er sei in seiner Tätigkeit viel auf Reisen gewesen und es habe sich dabei nicht vermeiden lassen, verschiedene Winkelgeschäfte aufzusuchen. In Berlin z. B. habe er durch sechs verschiedene Stellen erst hindurch gemußt, ehe er erfahren konnte, wo überhaupt Geld zu haben sei. An jeder dieser Stellen sei es üblich gewesen, Reverse zu unterschreiben. Auf die Zwischenfrage des Richters, warum er nicht zu ordentlichen Geldgeschäften gegangen sei, gab er verschiedene Banken an, bei denen er sich bemüht habe. Die „Reichsversicherungsanstalt für Angestellte" habe das günstigste Angebot abgegeben, und zwar mit 8 Prozent Zinsen. Jedoch sei die Bedingung dabei gewesen, das städtische Elektrizitätswerk zu verpfänden! Die Regierung habe der Sache nicht zugestimmt.

Durch den Theaterdirektor Deutsch (!!) sei es ihm schließlich möglich gewesen, am 3. Februar 1925 eine Anleihe von 300 000 Mk. bei der „Norddeutschen Grundkreditbank" in Weimar aufzunehmen. Deutsch habe dabei für seine Vermittlerdienste eine Provision erhalten. Im Laufe der Zeit habe Weißenfels aber noch eine weitere Anleihe nötig gehabt zum Bau eines Krankenhauses. Er wäre wieder in Berlin gewesen bei den verschiedensten Winkelbanken. Nachdem er mit Deutsch zusammen verschiedene Stellen abgeklappert hatte, sei er mit einem Oberleutnant von Enders (?) in Verbindung gekommen. Deutsch habe ihn mit diesem allein gelassen. Erfolglos sei er dann wieder nach Weißenfels gefahren. Endlich nach langen Bemühungen hat er in Magdeburg eine Million (die zweite Anleihe) zu günstigen Bedingungen bei der Girozentrale aufgenommen, und zwar zu 93 Prozent Auszahlung, 7 Prozent Zinsen und 0,25 Prozent Vermittlungsgebühren. Am 8. Februar 1927 habe er dann in Weimar bei der Grundkreditanstalt noch eine halbe Million (die erste Anleihe) aufgenommen, und zwar mit 94½ Prozent Auszahlung. In der Zwischenzeit habe er von Deutsch wenig gehört. Er hätte aber gewußt, daß es diesen sehr schlecht ergeine. Am Schluß der Verhandlung über die letzte Anleihe mit dem Dr. Heim in Weimar habe er noch im privaten Gespräch geäußert, daß es dem Deutsch an den nötigen Mitteln fehle, und daß sich dieser Mann sehr verdient um die Stadt Weißenfels wegen der Theaterverhältnisse gemacht habe. Er nab dem Dr. Heim zu verstehen, daß man den Deutsch für die erste Vermittlung, die im Jahre 1925 stattfand (!!), noch einmal eine Provision nachträglich zuweise!! Herr Dr. Heim habe sich sofort zusagend geäußert. Außerdem habe er, Kalbfleisch, noch mit Heim verhandelt wegen Aufnahme einer Hypothek von 3000 Mk. auf sein eigenes Haus in Weißenfels. Einige Zeit darauf habe er den Deutsch, der sich in Gera aufhielt, telephonisch nach Weimar bestellt. Er wollte Deutsch überraschen mit der Provisionssumme und ihm eine Freude machen (?). Deutsch kam nach Weimar. Im Wartesaal trafen sich die Herren. Die Begrüßung soll sehr herzlich gewesen sein. Deutsch habe ihm erzählt, daß er aus dem finanziellen Drucke ein bißchen heraus sei, weil er

in Gera eine Spielbank betrieben

hätte. Die Polizei habe aber den Betrieb leider zu schnell wieder zugemacht. Die nächste Zukunft könne er sich noch nicht recht ausmalen. Er freute sich, daß er Geld abheben könne.

Kalbfleisch sagt weiter, daß er Deutsch erklärt hat: „Sie bekommen 1000 Mk.." Deutsch sei dann zur Bank gegangen und dort habe man ihm aber nicht 1000 Mk., sondern 2500 Mk. ausgezahlt. Bei seiner Rückkehr habe er freudestrahlend dem Kalbfleisch mitgeteilt, daß er mehr bekam. Im „Weißen Schwan" will Kalbfleisch zu Deutsch gesagt haben: „Wenn Sie finanziell so gut dastehen, da können Sie auch einmal an die Rückzahlung der Forderungen denken, die ich noch an Sie habe."

Darauf seien beide hinausgegangen aufs Klosett! Dort habe Deutsch dem Kalbfleisch 1600 Mk. in die Hand gedrückt!

Danach haben die Herren noch einen Spielklub aufgesucht in Erfurt! Der feine Verein hieß „Mercedes-Klub". Um ½9 Uhr abends ging dort das Spielchen los. Kalbfleisch will nun einige Male 5 Mk. gesetzt haben. Er hätte gewonnen, verloren, gewonnen, verloren! Mit einem Verlust von 15 Mk. sei er abgegangen, weil er das „Gefährliche der Sache" erkannt haben will! Deutsch hätte geäußert: „Bleiben Sie doch hier, die Sache geht erst los, das dauert bis morgen früh." Kalbfleisch habe sich aber nicht halten lassen und sei nach Weißenfels zurückgefahren.

Am anderen Tage sei Deutsch nach Weißenfels gekommen, ganz verstört und habe von ihm, Kalbfleisch, Geld verlangt.

Er hatte seine 900 Mk. im Spielklub gelassen.

Kalbfleisch hat ihm dann 400 Mk. gegeben, damit Deutsch seine Kinder unterstützen konnte. Aber schon nach drei Tagen erhielt Kalbfleisch von Deutsch einen Erpresserbrief! Deutsch verlangte abermals Geld. Der Brief wurde vom Amtsgerichtsrat vorgelesen. Es kommen sehr saftige Stellen darin vor. Deutsch ist nämlich sehr deutlich in seinem Schreiben geworden. Einige Stilblüten lauten:

„Wenn Ihnen daran liegt, einen Skandal zu vermeiden, der Ihnen den Kopf kosten kann, dann —"

„Auf Ihre Salbadereien laß ich mich nicht mehr ein —"

„Ich schrecke vor nichts mehr zurück —"

„Gegen Ableugnungsversuche bin ich gewappnet —"

„Sie dürfen sich nicht wundern, wenn es zur Katastrophe kommt —"

„Ich bin auch bereit, die Summe in der Form eines Darlehens oder die Aufwertung meiner Kaution entgegenzunehmen —"

Der Anwalt Kalbfleisch schildert dann weiter, daß er auf diesen Drohbrief sofort mit einer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft geantwortet habe. Der anwesende Zeuge Böhme aus Weißenfels, der ihm gut bekannt sei, habe von der Anzeige gehört. Er habe das sehr bedauert. Deutsch habe dem Böhme, als er einmal in Gera war, erklärt, daß er am liebsten den Fall aus der Welt bringen möchte. Er wäre doch mit Kalbfleisch lange gut Freund gewesen und nun klage dieser gegen ihn. Böhme habe sich dann bei Kalbfleisch für Deutsch verwandt! Aus „rein menschlichem Gefühl" heraus wollte er die beiden wieder zusammenbringen.

Kalbfleisch hat, als Böhme ihm seine Wünsche vortrug, erklärt: „Nun, wenn mir Deutsch einen Entschuldigungsbrief schreibt, dann nehme ich meine Anzeige zurück! An seiner Strafe habe ich kein Interesse, ich möchte nur rein dastehen!" Böhme hat dann nach Gera telephoniert und Deutsch nach Leipzig bestellt.

Dort im Wartesaal hat er dem Deutsch einen ausgearbeiteten (!) Brief vorgelegt, den dieser abschrieb!

In dem Briefe hat sich Deutsch bei Kalbfleisch entschuldigt und mit Bedauern seine Drohungen zurückgenommen. Deutsch und Böhme sind dann beide zur Post gegangen und haben den Einschreibebrief an den Herrn Stadtrat Kalbfleisch in Weißenfels abgeschickt! Vorher hat Deutsch dem Böhme erst sein chronisches Geldleiden geklagt. Böhme hat aus **lauter Mitleid (?)** dem Deutsch 200 Mk. bar gegeben und 400 Mk. durch einen Scheck. Mit den 600 Emmchen in der Tasche hat sich Deutsch verabschiedet. Böhme hat sich über die Summe einen Schuldschein ausstellen lassen, der besagt, daß der Betrag dann zurückgezahlt werden soll, **wenn (!!)** Deutsch seine Kaution, die er als ehemaliger Theaterdirektor noch bei der Stadt Weißenfels stehen hat und die durch die Inflation entwertet wurde, aufgewertet würde!!

Kalbfleisch hat nach Erhalt des Schreibebriefes seine Klage vor der Staatsanwaltschaft zurückgezogen. Und merkwürdigerweise hatte diese auch kein Interesse mehr an dem Fall und hat gegen Deutsch auch absolut nichts unternommen. Der Richter hatte bei Kalbfleisches Ausführungen einige Zwischenfragen gestellt, die sich auf die 1600 Mk. bezogen, die Kalbfleisch im „Weißen Schwan" auf dem Oertchen erhielt. Kalbfleisch behauptet, daß er 1200 Mk. von Deutsch zu kriegen hatte. Auf die Frage, warum er die übrigen 400 Mk. mehr noch eingestrichen hat, wußte er keine bestimmte Erklärung abzugeben.

Dann kam der zweite Teil der Kalbfleisch-Anklage. Dabei handelt es sich um nichtverbuchte Spesengelder. In dem Fall ist der zweite Nebenangeklagte der Stadtbankdirektor Körner mit verwickelt. Aber auch hier erhält Kalbfleisch den Vorrang zur „Berichterstattung".

Die Stadt Weißenfels wollte für die Bureaus Maschinen anschaffen, um Arbeitskräfte zu sparen! Kalbfleisch hatte den Auftrag, sich nach einer aufmuntionierenden Buchungsmaschine umzusehen. Er ist mit Körner zusammen nach Delitzsch gefahren, wo solche Maschinen schon im Betriebe waren. Dort haben beide gehört, daß die Ankerwerke in Bielefeld die besten Maschinenlieferanten. Man könne sich dieselben im Betriebe ansehen, die Firma trüge dabei die Reisespesen. Beide sind dann eines Sonntags nach Bielefeld abgereist. Dort haben sie in der Fabrik 18- und 36stellige Maschinen angesehen. Sie wurden von der Firma sehr gut aufgenommen. Nach der Besichtigung fuhren die Herren mit einem Direktor der Ankerwerke nach dem Hermannsdenkmal im Teutoburger Walde, einem Ort, wo alle guten Deutsche hinfahren, wenn sie nach Bielefeld kommen! Auch haben sich die Herren in der „Westphalenhalle" aufgehalten! Von Bielefeld aus haben die Kalbfleisch und Körner noch einen Abstecher nach Hannover gemacht, weil sie — einmal auf der Reise waren! Kalbfleisch erklärte, weil es sich in Hannover angenehmer übernachten liefe! Zu Hause angekommen, wurden die Unkosten aufgestellt. Sie betrugen 312 Mk. Weil es „schlecht aussieht", wenn man gleich Spesen verrechnet an Ort und Stelle, hatten die Herren in Bielefeld nichts von den Unkosten erwähnt. Nachträglich wurde das der Firma mitgeteilt. Die Firma sandte derweile an Körner persönlich 350 Mk. Körner legte dieselben mit dem Postabschnitt in die Schublade seines Schreibtisches. Inzwischen hatte Kalbfleisch erfahren, daß es noch bessere Kassen geben solle, als die von den Ankerwerken angefertigten, und zwar wären die von der Nationalkassenfabrik noch leistungsfähiger. Kalbfleisch fuhr nach Berlin und guckte sich dort die Nationalkassen an. Dem Direktor Körner sagte er: „Wenn wir den Vertrag mit Bielefeld rückgängig machen, dann senden Sie die Spesengelder wieder zurück." Die Ankerwerke pochten aber auf die getätigte Bestellung, und so kam es, daß die Spesen in Körners Schublade liegen blieben. Sie wurden nicht verbucht. Der Amtsrichter stellte dann die Frage an Kalbfleisch, warum er die 38 Mark, die die Firma zu viel schickte, denn nach seinen Aussagen habe er doch nur 312 Mk. Unkosten angegeben, nicht zurückgesandt habe, erklärte Kalbfleisch, daß man da die noble Firma beleidigt hätte! Die Herren Direktoren dort hätten sicher angenommen, daß er und der Stadtbankdirektor Körner noch einige Auslagen in Hannover hatten.

Der zweite Angeklagte wird nach Kalbfleisch vernommen. Er schildert ihm wesentlichen dasselbe wie dieser. Er erklärt, daß er die 350 Mk. in den Schreibtisch gelegt habe, um sie sofort zurückzuschicken. Er arbeite unten im 2. Stock der Stadtbank, während oben sein Direktorzimmer sei. Weil ein Angestellter abgehaut wäre, müsse er unten dessen Arbeit verrichten. Monatelang käme er nicht in sein — Direktorzimmer!

Auf die Frage des Richters, warum er nicht ordnungsgemäß die Gelder verbucht habe, erklärt er, daß er das als private Zusendung betrachtet habe. Er setzt hinzu, daß es ziemlich absurd sei, von seiten des Amtsrichters, anzunehmen, daß er einen solch geringen Betrag unterschlagen wollte. Auch Kalbfleisch könnte schon aus Vernunftgründen als sein Vorgesetzter wegen einer solchen Lappalie sich nicht in ein ewiges Abhängigkeitsverhältnis von ihm begeben.

Danach wird der Kriminalinspektor Beyer vernommen. Dieser stellt fest, daß er vom Magistrat aus eine Anzeige gegen Körner erhielt, wonach er ein Untersuchungsverfahren gegen diesen eingeleitet habe. Er habe Körner verhört und dabei bestätigt er dessen Aussagen. Er sei dann mit Körner zusammen nach dem Schreibtisch im Direktorzimmer gegangen und dort hätte das Geld mit dem Postabschnitt in einer Schublade gelegen. Auf die Frage des Richters, ob Staub in dem Schreibtisch und auf dem Gelde gewesen sei, ob es ihm als Kriminalisten aufgefallen sei, daß der Schreibtisch monatelang nicht benutzt wurde, wußte der Kriminalist nur mit den Achseln zu zucken. So genau hat er nicht hingesehen. Die Frage des Richters, ob das Geld erst kurz vorher in den Schreibtisch gelegt wurde, blieb unbeantwortet. Der Angeklagte Körner schaltet ein, daß, wenn er das Geld erst vorher hineingelegt hätte, dann müßte er es irgendwoher genommen haben. Er beruft sich auf sein Bankkonto, von dem er nichts abgehoben habe.

Es wird dann der Zeuge Busch vom Magistrat vernommen. Dieser muß erst beim Bürgermeister anfragen, ob er aussagen darf. Er schildert, daß er der Urheber der Anklage gegen Kalbfleisch und Körner bezüglich der Spesengeschichte sei. Er habe von einem anderen, den er nicht nennen will, gehört, daß der Geldbriefträger an Körner privat Geld ausgezahlt habe. Diese Mitteilung habe er sofort dem Oberbürgermeister gemeldet, worauf dieser mit ihm zusammen bei der Post Erhebungen anstellte. Nachdem man erfahren habe, daß 350 Mk. an Körner angekommen seien, wurde die Sache der Kriminalpolizei übergeben und die Sache kam ins Rollen.

Nunmehr beantragte der Staatsanwalt, den zweiten Anklagepunkt im Kalbfleisch-Prozeß von dem ersten zu trennen. Das Gericht trat diesem Antrage bei und somit ging Herr Körner mit seinem Rechtsanwalt nach Hause. Weil der Zeuge Schneider nicht erschienen war, wurde Vertagung dieser nun getrennten Sache beschlossen. Kalbfleisch blieb nun allein mit seiner Deutsch-Angelegenheit zurück.

(Fortsetzung folgt.)

Was ich in der Sowjetunion erlebte

Ueber dieses Thema wird Genosse Höcker, Halle, Mitglied der ZAS.-Rußland-Delegation, am Mittwoch, dem 7. Dezember, abends 8 Uhr, in Weißenfels im „Hermannsgarten" in einer öffentlichen Kundgebung sprechen.

Die gesamte werktätige Bevölkerung muß ihre Solidarität für die Sowjetunion durch Besuch der Kundgebung zum Ausdruck bringen.

Auch Gegner des Arbeiterstaates, insbesondere die SPD.-Führer, sind hiermit eingeladen. Es wird ihnen volle Redefreiheit zugesichert. Die proletarischen Organisationen werden gebeten, an diesem Abend keine Veranstaltung abzuhalten.

Weißenfels. Rote-Hilfe-Sammlung. Beim Arbeiter-Mandolinenklubvergnügen am 26. November wurde der Betrag von 10 Mark für unsere politischen Gefangenen gesammelt. Des weiteren wurde vom Genossen W. H. nicht angenommenes Weihnachtsgeld beim Jungfronttreffen in Höhe von 4 Mark der Roten Hilfe überwiesen.

Naumburg. Kriegsbeschädigte! Behufs Festsetzung der erhöhten Versorgungskosten für das Steuerjahr im Jahre 1927 werden die Kriegsbeschädigten aufgefordert, sich unter Vorlegung des Rentenbescheides bis zum 20. Dezember 1927 in der Fürsorgestelle, Schlößchen, Zimmer Nr. 2, zu melden.

Grunau. Bergarbeiterversammlung. In der vorigen Sonntag stattgefundenen Mitgliederversammlung des Verbandes der Bergarbeiter, wurde die Ortsverwaltung neu gewählt. Um sich die Mehrheit für die Wiederwahl nicht zu gefährden, hatte man recht geheimnisvolle Methoden angewandt. Nur zum Teil waren die Mitglieder über Stattfinden der Versammlung benachrichtet. Die Opposition sollte durch diesen Trick lahmgelegt werden, den die Reformisten angewandt hatten. Der Inhalt verschiedener Rundschreiben wurde bekanntgegeben durch den Vertrauensmann. Nur ein sehr wichtiges aus dem Bezirk verschwieg man der Versammlung. Mir fragen den Vertrauensmann: „Warum?"

In demselben wurde doch vom Bezirksleiter Weitart aufgefordert, alles aufzubieten, damit kein Kommunist in die Position gewählt wird.

Mit Recht kritisierte Kamerad Schlag nach unserer Auffassung die bisherige Tätigkeit des Vertrauensmannes, weil fast keine Konferenzen usw. trotz Einladung besucht worden sind. Den Mitgliedern, welche die Kritik von Kamerad Schlag nicht verstehen wollen, raten wir, das letztgenannte Rundschreiben, welches wir im „Klassenkampf" veröffentlichen werden, in Verbindung mit diesem Bericht und der Versammlung etwas näher zu studieren. Sie werden dann verstehen, warum der Vorschlag von der Opposition gemacht wurde. Der Bericht von der Geschäftsstellenkonferenz wurde entgegengenommen. Die Beiträge sollen nach Möglichkeit einen Stundenlohn betragen. Bei der Abstimmung wurden trotz der Sabotage von 30 Stimmen 11 Stimmen für die Opposition abgegeben.

Kreischau. Rußlandberichterstattung! Am Sonntag, dem 27. November, gab im Gasthof Kreischau der Rußlanddelegierte Genosse Marek den Bericht von seiner Studienreise nach Rußland. Er verstand es sehr gut, seine Erlebnisse und Eindrücke seiner Reise dem anwesenden Publikum anheimzustellen. Die Versammlung konnte leider besser besucht sein.

Droyßig. Eine öffentliche Gemeindevertreter-sitzung beschäftigte sich unter anderem mit dem Einspruch des Landwirts Müller auf Herabsetzung der Grund- und Vermögenssteuer auf unbebauten Besitz. Die Gemeinde hatte am 15. Juli beschlossen, diese Steuern von 200 auf 300 Prozent zu erhöhen. Dem Herrn ist das zuviel. Er möchte wohl die Straßen kaputtfahren aber keine Steuern bezahlen. Der Steuerbeschluß vom 5. Juli wurde deshalb mit neun gegen zwei Stimmen aufrechterhalten. Beim zweiten Punkt wurde beschlossen, ein Darlehn von 5000 Mark mit 12 Prozent Zinsen aufzunehmen, um die Mehrausgaben zu decken, die bei Ausbau der Nordstraße entstehen. Beim dritten Tagesordnungspunkt „Verschiedenes", entspann sich eine lebhafte Debatte über die Hauszinssteuer. Die Anträge, die Droyßig an den Kreis stellte, sind nicht berücksichtigt worden. Da kam das Kreisausschußmitglied Wilhelm Hirschel und reicht eine Zeichnung ein, und acht Tage darauf bekommt er Hauszinssteuer! Die anderen, die ihrer ihre Anträge einreichten, warten noch ein Jahr. Dann baut Hirschel Wohnungen von über 500 Mark Miete jährlich. Dadurch wird die Wohnungsnot sicherlich nicht behoben! Hier müsse der Kreis Einhalt gebieten. Droyßig zahlt jährlich 24 000 Mark Hauszinssteuer an den Kreis. Wo bleiben nun die Droyßiger Anträge? Herr Hirschel scheint die rechte Hand des Landrates zu sein. Was in den Sitzungen besprochen wird, weiß der Landrat immer besser als die Gemeindevertreter. Bei den nächsten Wahlen sollten die Arbeiter und auch die hiesigen Einwohner ein bißchen mehr auf dem Posten sein, denn durch solche Leute wie Hirschel, ist schließlich die Garantie gegeben, daß die Gemeinde von seiten des Kreises immer stiefmütterlicher behandelt wird. Es ist schon das Beste, daß sich die Droyßiger Gemeinde dem Zeitzer Kreis anschließt. Dann mag das Weißenfelser Landratsamt unternehmen was es will. Die nächsten Gemeindevertretersitzungen sollten auch von seiten der Arbeiterschaft besser besucht werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271205-12/fragment/page=0011

Bitterfeld-Wittenberg

Brand auf den Sprengstoff-Werken Reinsdorf

Am 2. Dezember entstand in der Lackwolle-Anlage ein Feuer. Es soll auf das Hereinfallen eines Rührscheites in eine Maschine entstanden sein. Die Arbeiter retteten sich schnell, ohne Schaden zu nehmen. Der ganze Schuppen brannte ab. Die Wolledosen explodierten von der Hitzeeinwirkung. Glücklicherweise ist kein weiterer Schaden für die Arbeiter entstanden.

Wem soll es an den Kragen gehen?

Zur Schuldfrage beim Muldensteiner Unglück

In unserem Sonnabend-Bericht über das Unglück bei Muldenstein haben wir uns schon zur Schuldfrage dahingehnd geäußert, daß der Schrankenwärter unter der Last der vielen Arbeit keinesfalls für den Zusammenstoß verantwortlich gemacht werden kann. Die bürgerliche Presse ist sich jedoch bereits am Sonnabend, wo die Untersuchung noch nicht einmal in Angriff genommen war, über „die Schuld des Schrankenwärters" einig gewesen. Die Leipziger „Neuesten Nachrichten" hatten sich sogar Autofahrer engagiert, die mit helfen sollten, den Beweis für die Schuld des Schrankenwärters zu erbringen. Es ist wohl heute schon offenbar, daß man diesen zur Verantwortung ziehen wird.

Am Sonnabend berichteten wir bereits darüber, daß die Eisenbahnbeamten auch an diesen verantwortungsvollen Stellen zwölf Stunden lang arbeiten müssen. Ueber den Muldensteiner Schrankenwärter erfahren wir nun noch, daß er

allein zwei Uebergänge zu bedienen

hatte. Wenn man sich dazu vorstellt, daß gerade auf dieser Hauptverkehrsstrecke eine Menge durchfahrende D-Züge neben Personen- und Güterzügen verkehren, so kann man sich an fünf Fingern abzählen, daß der Wärter übermäßig in Anspruch genommen ist.

Zur Entlastung der Eisenbahnbeamten und des Schrankenwärters insbesondere gibt es schon Auswege. Zunächst muß nicht allein im Interesse der Eisenbahnbeamten, sondern auch aller anderen eine Verkürzung der Arbeitszeit gefordert werden. Aber selbst dann darf man nicht vergessen, daß die heutigen Unglücksfälle eine Folge des wüsten Beamtenabbaus bei der Eisenbahn sind. Schließlich würde auch eine Unterführung der Chaussee gerade in Muldenstein den Schrankenwärterdienst wesentlich erleichtern.

Aber alles kostet Geld und würde den Herren Dorpmüller und Co. nicht in ihr Sparsamkeitsprogramm passen. Für sie ist es viel leichter, den Schrankenwärter vielleicht hinter schwedische Gardinen zu bringen, und die deutsche Klassenjustiz steht ja auch hierin den Eisenbahngewaltigen hilfreich zur Seite. Aber um so mehr wird gerade die werktätige Bevölkerung gegen das Unrecht protestieren.

Er wurde zum Tode verurteilt

Ein aktuelles Kapitel zum Unglück bei Muldenstein

(Eisenbahnerkorrespondenz)

In Anbetracht des Muldensteiner Unglückes soll das Augenmerk der Oeffentlichkeit auf die schwierige Arbeit der Eisenbahner hingelenkt werden. Denn die werden ja für den Schaden immer verantwortlich gemacht. Bitterfeld ist in letzter Zeit immer der Ort solcher Eisenbahnkatastrophen gewesen. Vor einiger Zeit geschah in dichter Nähe, in Zörbig, ein Unglück. Jetzt in Muldenstein und in Bitterfeld selbst, wie wir am Sonnabend meldeten.

Zu den immer häufiger werdenden Eisenbahnunfällen schreibt ein Dessauer Eisenbahner folgendes:

Täglich mehren sich die Unfälle auf der Reichsbahn. So ist am 24. November d. J. wieder ein bedauernswerter Unfall mit tödlichem Ausgang auf dem Fahrgleis Dessau-Bitterfeld passiert. Als der Streckenwärter Albrecht, wohnhaft in Dessau, seinen Pflichten nachkommend, die Strecke, die an dieser Stelle eine Krümmung aufweist, bei dichtem Nebel passierte, fuhr ihn eine Maschine von hinten über den Haufen. Da die Fahrtrichtung Bitterfeld—Dessau gesperrt war, mußten die Maschinen falsch fahren. Der Fall ist um so tragischer, als Albrecht Familienvater zweier Kinder war. Man muß hier unwillkürlich an das **raffiniert ausgedachte Sparsystem der Eisenbahn** denken und die Bahnverwaltung zur Verantwortung ziehen. Der betreffende Kollege ist tot, er kann sich nicht mehr verantworten. Und wenn es die Bahnverwaltung fertigbringen könnte, würde sie dem Verunglückten die Schuld aufholzen. Das Ende wäre, daß dann die Hinterbliebenen auf sich selbst angewiesen sind.

Diesen Fall könnte man mit noch etwas anderem in Zusammenhang bringen. Es sind kaum 14 Tage her, da wurde der verstorbene Kollege von dem Posten als Schrankenwärter entfernt und zum Streckenwärter gemacht, weil er vor einiger Zeit einen Langholzwagen von einer Maschine anfahren ließ. Er mußte eine Strafe in Gestalt von Sachbeschädigung bezahlen, und zwar in Höhe von 12 Mark. Und das bei dem fürstlichen Lohn, den die Eisenbahner beziehen. Nach seinen bestimmten Aussagen fühlte sich der betreffende Arbeiter an diesem Vorfall nicht schuldig. Man bestraft ihn und schickt ihn auf die Strecke, wo er nach einigen Tagen denn auch den Tod erleidet.

Es wird Zeit, daß die Eisenbahner erwachen, sich auf ihr Geschick besinnen und dieses Elendsdasein abschütteln. Sie müssen sich gemeinsam mit den anderen Arbeitern ein besseres Dasein erkämpfen.

Wie es in der Sowjetunion aussieht

Berichterstattung in Zörbig — Ein Beweis praktischer Solidarität

Am Dienstag fand in Zörbig im „Schützenhaus" eine von 100 Personen besuchte Rußlandkundgebung statt. Genosse Höcker, Halle, berichtete über seine Eindrücke in der Sowjetunion. Die JAH.-Delegation hatte 30 Vertreter aus 13 Ländern aufzuweisen. Mit Humor schilderte Genosse Höcker die Reise durch Polen, wo Militär, Grenzbeamte und Paßpolizei redlich bemüht waren, die Delegierten zu schikanieren. Letztere empfanden die Ankunft in der russischen Grenzstation als eine Erlösung.

Das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben in der Sowjetunion — so führte Genosse Höcker aus — kann man nur dann verstehen, wenn man die neue Staatsform begreift: die Diktatur des Proletariats mit Unterstützung des Bauerntums. Nichts sei blöder als das Geschrei der SPD.-Führer, in Rußland herrsche eine Handvoll Diktatoren und das Volk hätte nichts zu sagen. Das Gegenteil ist richtig. Diktatur des Proletariats bedeutet in der Auswirkung proletarische Demokratie, während die von der SPD. so gefeierte bürgerliche Demokratie praktisch die Diktatur der Ausbeuter darstellt. 50 Prozent aller Einwohner in Rußland nehmen durch ihre Zugehörigkeit zu den Sowjets, Roten Armee usw. an der Verwaltung des Landes teil. Allerdings wird praktische Arbeit in den Sowjets geleistet, während man in den bürgerlichen Parlamenten den Arbeitervertretern höchstens erlaubt, zu protestieren. (Vielfach ist auch dies verboten. D. Red.)

In den Betrieben sind die gewählten Vertreter der Arbeiterschaft maßgebend (Einstellung, Entlassung, Regelung der Produktion). Abzüge vom Lohn gibt es nicht, die Arbeiter sind zu 100 Prozent organisiert. Die Durchschnittsarbeitszeit für ganz Rußland beträgt 7½ Stunden, da in den ungesunden Berufszweigen nur 6 Stunden gearbeitet wird. Kein Land der Welt wendet so viel Mittel für soziale Fürsorge und kulturelle Zwecke auf wie die Sowjetunion. Die Frauen sind in politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Beziehung dem Manne vollkommen gleichgestellt. Sie sind unabhängig und auch die Mütter infolge der Kinderfürsorge (Kindergrippen usw.) am sozialistischen Aufbau praktisch mitarbeiten.

Den bewaffneten Schutz der Sowjetunion bildet die Rote Armee. Sie ist eine ausgesprochene Klassenarmee, in der die Soldaten auch Politik treiben, was in den kapitalistischen Ländern bekanntlich bei schwerer Strafe verboten ist. Alle Kommandeure (Offiziere) werden dem Mannschaftsbestand entnommen und erhalten eine sehr sorgfältige militärische Ausbildung, die sich auf viele Jahre erstreckt.

Am Schluß seiner Ausführungen behandelt der Genosse Höcker den Weltkongreß aller Delegierten in Moskau, wo Rykow, Stalin, Klara Zetkin, Henry Barbusse und General Budjonny zu den Delegierten sprachen. Es war ein Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Arbeiter- und Bauernregierung, aber auch die Aufforderung, durch Aufklärung der westeuropäischen Arbeiterschaft die Pläne der Sowjetgegner zu vernichten, die die Sowjetunion niederschlagen wollen. Auch die internationale Arbeiter-Hilfe hat seit ihrem Bestehen für die Sowjetunion gekämpft.

Daß die Besucher mit den Ausführungen des Referenten einverstanden waren, zeigte sich durch die Aufnahme von 10 neuen Mitgliedern für die JAH. wie auch das Ergebnis der Tellersammlung von 9,80 Mark für die ausgesperrten Tabakarbeiter.

Bitterfeld. Vom Magistrat. Für die Wartung des neuen Bedürfnishäuschens an der Binnengärten Straße suchen wir eine alleinstehende saubere ältere Frau. Es ist ein heizbarer Raum mit Heiz- und Kochgelegenheit vorhanden; zu versehen sind zwei Frauen- und ein Mänerklosett. Meldungen werden im Stadtbauamt, Rathaushof, entgegengenommen. — In den nächsten Wochen findet die fällige Prüfung der Feuerstätten statt.

Zörbig. Russische Filme. Unsere junge, aber sehr aktive Ortsgruppe der JAH. wird am Dienstag, dem 6. Dezember, im „Germania-Theater" die russischen Filme „Namenlose Helden" und „Das Wunder des Soldaten Iwan" zur Aufführung bringen. Während „Namenlose Helden" die Schrecken des imperialistischen Krieges behandelt, ist „Das Wunder des Soldaten Iwan" ein russisches Lustspiel. Die gesamte werktätige Bevölkerung ist zu dieser Filmaufführung eingeladen.

Wittenberg. Internationale Arbeiterhilfe. Am Dienstag, dem 6. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung. Die der JAH. korporativ angeschlossenen Vereine wollen dazu einen Delegierten entsenden. Bericht vom Internationalen Kongreß.

Wittenberg. Die Mitglieder des DMV., die in der KPD. organisiert sind, werden hierdurch für Dienstag abend 7½ Uhr im „Gewerkschaftshaus" zu einer wichtigen Sitzung eingeladen. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.

Delitzsch-Torgau

Wochenbericht des Arbeitsamtes Delitzsch

Diese Woche stand noch ganz unter den Nachwirkungen des in der Vorwoche eingetretenen Frostwetters. Der Arbeitsmarkt ist noch stark belastet. Allein in dieser Woche wurden etwa 650 Anträge auf Gewährung von Arbeitslosenunterstützung gestellt. Von den z. Z. gemeldeten Arbeitsuchenden bezogen am Ende der Vorwoche 466 männliche und 21 weibliche Arbeitslosenunterstützung und 15 männliche und 4 weibliche Krisenunterstützung.

In der Landwirtschaft ist noch immer Bedarf an ständigen Arbeitskräften, und zwar werden ledige Geschirrführer, Hofarbeiter, Kuhfütterer und Mädchen für sämtliche Arbeiten gesucht. Aus den Kreisen der infolge Frost aus dem Baugewerbe entlassenen ungelernten Arbeiter konnte ein Teil in die Landwirtschaft zurückgeführt werden. Ob in diesen Fällen mit einem länger andauernden Erfolg gerechnet werden kann, muß die Zukunft lehren.

Der Bergbau war aufnahmefähig. Es wurden 40 Arbeitskräfte überwiesen, von denen erst für einen Teil das Ermittlungsergebnis vorliegt. — In der Metallindustrie liegt Bedarf an einigen älteren Elektromonteuren vor. — In der Lederindustrie sowie im Holzgewerbe sind arbeitsuchende Sattler, Tischler und Korbmacher vorhanden. — Unverändert ist die Lage im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. Die Stellen für Zigarenarbeiterinnen für Fabrikarbeit sind noch unbesetzt. Einer Zuckerfabrik wurden sechs ungelernte Arbeiter zugewiesen.

Im Baugewerbe sind die Arbeiten verschiedentlich wieder aufgenommen. Trotz dieser Besserung stellt das Baugewerbe noch den größten Teil der Arbeitsuchenden. Vermittelt wurden 30 Maurer, 5 Zimmerer und einige Bauhilfsarbeiter. — Vorübergehende Beschäftigung bot sich für 15 Arbeiter zum Eisen und zum Legen von Rattengift. Außerdem wurde noch ein kaufmännischer Angestellter als Verkäufer vermittelt.

Oeffentliche Schöffengerichtsverhandlung in Elsterwerda

Zur Verhandlung standen am 1. Dezember vier Strafsachen. Erstens gegen den Landwirt Junker in Naundorf. Junker war wegen gefährlicher Körperverletzung nach § 223a des StGB. an der Untermieterin Emma Kalez angeklagt. Barbarisch hatte er der Frau Kalez mit einem eisernen Topf eine klaffende Wunde versetzt. Die Beweisaufnahme ergab die völlige Schuld des Angeklagten. Er wurde zu 30 RM. Geldstrafe verurteilt.

Der Kraftwagenführer Hermann Schönitz von hier war angeklagt, sein neugeborenes Kind erst nach acht Tagen dem Standesamt gemeldet zu haben. Das Gericht sah hierin keine strafbare Handlung und sprach Schönitz frei.

Ferner wurde gegen den Kaffeehausbesitzer Walter Thomas von hier verhandelt. Er sollte ohne Anmeldung einen Ausländer beschäftigt haben. Er wurde aber freigesprochen.

Falkenberg. Die Personenstandsaufnahme vom 10. Oktober ergab für hier 5203 anwesende Personen. Bis zum 31. Oktober war ein Zugang von 74 und ein Abgang von 34 Personen, mithin ein Plus von 40 Köpfen. Vom 1. November bis 29. November war die Bewegung: Zugang 94, Abgang 48, so daß ein Mehr von 46 Köpfen verbleibt. Die Gesamteinwohnerzahl von Falkenberg betrug also am 30. November 5289.

Hohenleipisch. Tuberkulosesprechstunde. Am Mittwoch, dem 7. Dezember, nachmittags ½3 Uhr, findet in der hiesigen Schule eine Mutterberatungsstunde statt. Die Tuberkulosesprechstunden finden im Fürsorgeamt Liebenwerda am Donnerstag, dem 8. Dezember, am Montag, dem 12. Dezember, und Montag, dem 19. Dezember, nachmittags 4 Uhr statt.

Hohenleipisch. Ein grober Unfug. Hier wurden am Freitag, dem 2. Dezember bei etlichen Häuslern die Hoftüren ausgehangen und über die Straße gelegt, so daß ein Einwohner darüber fiel und sich am Kopfe verletzte. Die Eltern sollten ihren Kindern begreiflich machen, daß dieser Unfug manchmal schwere Folgen nach sich ziehen kann. Es gibt doch für die Jugend weit bessere Gelegenheit, die Zeit zu verbringen.

Wie wird das Wetter?

Für das mittlere Norddeutschland: Zeitweise aufheiternd, gelinder Frost bei mäßigen Südwestwinden, trocken. Für das übrige Deutschland: Temperatur um Null, im Osten mäßigen Frost, nirgends erhebliche Niederschläge.

Briefkasten

Arbeiterkorrespondenten von Bitterfeld, Roitzsch, Holzweißig, Remberg, Piesteritz usw. Berichte eingetroffen. Veröffentlichung erfolgt morgen und in den nächsten Tagen.

Wittenberg, H. Stadtverordnetenberichte nicht 8 Tage später einsenden. Der letzte ist heute erst eingetroffen. Vom 1. Dezember ist er datiert. Er kann doch unmöglich 5 Tage auf der Bahn gelegen haben. Der Bericht erscheint morgen.

Piesteritz, B. L. Du sollst wissen, daß ein Artikel von 7 Seiten nicht sofort gebracht werden kann. Du hättest Dich viel kürzer fassen können. Man braucht nicht immer dasselbe in einer anderen Redewendung zu sagen. Der Bericht erscheint wegen Platzmangel am Dienstag.

Verantwortlich: Max Lademann, M. d. L., Halle a. d. S., für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: J. V.: Wilhelm Barnack, Halle a. d. S.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau und Kasse: Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 21473 — Postscheckkonto Leipzig 107001
Artur Samisch Bezirks-Sekretär Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr Sonnabends nachmittags geschlossen

Achtung, Genossen der Chemiefraktion Halle! Diesmal Sitzung nicht am Mittwoch, sondern am Dienstag, dem 6. Dezember, um 8 Uhr, im bekannten Lokal.
Die Ortsleitung.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Ammendorf. Montag, den 5. Dezember, abends 8 Uhr, Sitzung der gesamten UBL. im „Burgschlößchen".

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Annaburg. Von nun an findet jeden Montag im „Bürgergarten" Vortrags- und Diskussionsabend statt. Wir ersuchen die Arbeiterschaft der Organisation sich zahlreich daran zu beteiligen.

Dommitzsch. Mittwoch, 7. Dez., abends 8 Uhr, in der „Konzerthalle", öffentliche Versammlung. Referent: Genossin Hedwig Krüger, M. d. L., Halle.

Pressa. Mittwoch, 7. Dez., abends 8 Uhr, im Gasthof „Brögen", öffentliche Versammlung. (Hochwassergeschädigten.) Referent: Genosse Kilian, M. d. L.

Torgau. Mittwoch, 7. Dez., abends 8 Uhr, im „Tivoli", öffentliche Versammlung. (Ausschußwahl der Ortskrankenkasse.) Referent: Genosse Wichmann, Halle.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Zschernborf. Dienstag, 6. Dez., abends 8 Uhr, bei Dubilzig, Mitgliederversammlung. Auch Frauen können mit anwesend sein.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Mittwoch, 7. Dez., abends 8 Uhr, Mitgliederversammlungen der Straßenzelle 1: bei Schön. Referent: Gen. Hannemann; Straßenzelle 8: in der „Händlerbörse". Referent: Gen. Benkwitz; Straßenzelle 9: beim Gen. Gutjahr. Referent: Genosse Gutjahr.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Adresse der Gauführung: Hugo Müller, Halle a. d. S., Pfännerhöhe 2, Hof 2 Tr.
Telephonnummer 289 85. Postscheckkonto: Fritz Brückner, Leipzig Nr. 14 971.
Warenvertriebsstelle des RFB. Wilhelm Stötzel, Halle, Gr. Klausstraße 10.

Mitteilung der Gauführung. Die zur Generalkontrolle herausgegebenen Mitgliederfragebogen sowie Ortsgruppen-Fragebogen sind sofort ausgefüllt an die Gauführung zurückzusenden.

Mitteilung der Gauführung. Wir ersuchen die Ortsgruppen, die der Gauführung die Delegierten zur Gaukonferenz noch nicht gemeldet und die Kontrollfragebogen noch nicht abgesandt haben, dieses sofort nachzuholen. Die Untergauführer nehmen an der Konferenz teil.

Die RJ.-Delegierten müssen am Sonnabend, abends 7 Uhr, an der Vorkonferenz der RJ. im „Volkspark" teilnehmen.

Am Sonntag, dem 11. Dezember, vormittags 8 Uhr, findet eine Fraktionssitzung aller Delegierten statt, welche Mitglieder der KPD. sowie des KJVD. sind. (Parteibuch als Ausweis.)

Die Delegierten werden ersucht, Partei-, RFB.- und Gewerkschaftsbuch mitzubringen, soweit sie in Partei und Gewerkschaft organisiert sind.

Untergau Halle-Saalkreis

Halle. Rote Jungfront. Montag, 5. Dezember, abends 7 Uhr, in der „Goldenen Kette" Sitzung der Orts- und Abteilungsführungen.

Halle. Reserve-Spielleute. Dienstag, den 6. Dezember, abends ½8 Uhr, Ueben. Dazu ½9 Uhr die eingeteilten Aktiven bei Wötzel

Geschlossener Spielmannszug. Mittwoch, 7. Dezember, abends 8 Uhr, Ueben. Anschließend kurze sehr wichtige Sitzung. Antreten 7.45 Uhr Paradeplatz.

Untergau Weißenfels

An alle Ortsgruppen im Untergau Weißenfels. Die Sammellisten für die RJ.-Kameraden zur Lenin-Schule sind sofort an Kamerad H. Schulze, Weißenfels, Feldstraße 10, abzurechnen.

Weißenfels. Montag, den 5. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus erweiterte Vorstandssitzung.

Weißenfels. Dienstag, den 6. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus große Funktionärsitzung.

Weißenfels. Mittwoch den 7. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus wichtiger Vortragsabend.

Untergau Wittenberg

Abteilung Wittenberg. Mittwoch, 7. Dez., abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus Kursusabend, anschließend Funktionärsitzung.

Abteilung Piesteritz. Mittwoch, 7. Dezember, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus", Klein-Wittenberg, Mitgliederversammlung.

Untergau Zeitz

Zeitz. Dienstag, 6. Dez., Funktionärsitzung in der „Herberge". Anfang 8 Uhr. Alle Funktionäre mssen zur Stelle sein. Entschuldigung gibt es nicht.

Jungfront

Zeitz. Mittwoch, 7. Dez., abends 8 Uhr, im Jugendheim Vortrag Rote Jungfront und ihre Gegner.

Untergau Sangerhausen

Artern. Montag, den 5. Dezember, im Goethehaus Mitgliederversammlung.

Sangerhausen. Montag, den 5. Dezember, im „Herrenkrug" Mitgliederversammlung.

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle-Merseburg
Jugendsekretariat Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14
Fernruf 21473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Montag abend 8 Uhr in der Produktiv Stadtleitung und Gruppenleitungsmitglieder wichtige Sitzung.

Halle. Dienstag Fortsetzung des Informationsabends über die Parteidiskussion in RKP. abends 8 Uhr im „Pfälzer Schießgraben". Alle Verbandsarbeiter und älteren Genossen nehmen daran teil.

Ammendorf. Dienstag, 6. Dezember, Gruppenabend. Geschichte der proletarischen Jugendbewegung

Halle. Mittwoch, 7. Dez., abends 8 Uhr, „Jugendherberge" (Weingärten), Musikübungsstunde.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Montag, 5. Dezember, abends 8 Uhr, Funktionärsitzung im Gewerkschaftshaus.

Unterbezirk Bitterfeld

Bitterfeld. Dienstag, 6. Dez., abends 8 Uhr, Liederabend. Alles erscheinen. Liederbücher mitbringen.

Arbeitsgebiet Schkeuditz

Glesien. Dienstag, den 6. Dezember, im bekannten Lokal Gruppenabend.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Bockwitz. Dienstag, den 6. Dezember, Mitgliederversammlung.

Mückenberg. Mittwoch, 7. Dez., abends 8 Uhr, Unterhaltungs- und Leseabend.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung Halle-Merseburg
Halle a. d. S. Lerchenfeldstraße Nr. 14

Halle. Heute, Montag, nachm. 6 Uhr, im „Volkspark", Versammlung der Schulzellenbezirke Hölz und Liebknecht.

Halle. Mittwoch, 7. Dez., nachm. 6 Uhr, in der „Prod.-Genossenschaft", Theaterprobe.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Halle. Unsere Bundesgründungsfeier muß aus technischen Gründen vom 9. Dezember auf Mitte Februar vertagt werden. Die Theaterrollen bleiben in den Händen der bestimmten Genossinnen. Ebenso bleiben die für den Sprechchor bestimmten Genossinnen fest.

Werbebezirk Zentrum. Mitgliederversammlung Montag, den 5. Dezember, abends 8 Uhr, im „Pfälzer Schießgraben". Alles hat zu erscheinen. Wichtige Tagesordnung. Unentschuldigt fehlende Genossinnen werden zur Rechenschaft gezogen.

Ammendorf. Mitgliederversammlung Dienstag, den 6. Dezember, abends 8 Uhr, im „Burgschlößchen". Thema: Reichsschulgesetz.

Bund der Freunde der JAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau: Halle, Gr. Steinstr. 16 H. pt. Teleph. 29150

Betr. Rußland-Berichterstattung. Die Anforderung zur Rußland-Berichterstattung der JAH.-Delegation (Höcker) muß sofort an den Landesvorstand gerichtet werden.

Halle. Montag, 5. Dezember, abends ½8 Uhr, im Bureau Landesvorstandssitzung.

Zörbig. Dienstag, 6. Dez., 20 Uhr, im „Germania-Theater", Filmaufführung.

Weißenfels. Mittwoch, 7. Dez., 20 Uhr, im „Hermannsgarten", Rußland-Kundgebung. Referent: Genosse Höcker, Halle.

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg
Bureau: Zwingerstraße 29 (Laden). Fernruf 24425

An alle Ortsvorstände der Roten Hilfe. Wenn noch Sammellisten benötigt werden, sind selbige sofort vom Bezirksvorstand der R. H., Halle, Zwingerstraße 29, anzufordern. Genossen an die Arbeit!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271205-12/fragment/page=0012
DFG

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark, durch die Post bezogen 2.00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 70 Pf. im Textteil. Manuskripte sind zu richten an Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. (Red.) 21045 (Verl.) 21047 (Prod.-Ges.) 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Montag, 5. Dezember 1927 | 7. Jahrgang • Nr. 285

Kriegserklärung der Bourgeoisie!

Die Trustbourgeoisie will ab 1. Januar die Eisen- und Stahlindustrie stillegen

Brutaler Angriff auf die Arbeiterschaft

Der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller läßt folgende Meldung verbreiten:

„Nachdem die Gewerkschaften auf ihren außerordentlich hohen Forderungen nach Durchführung des schematischen Achtstundentages, strikter Durchführung der Verordnung vom 16. Juli 1927 bei vollem Lohnausgleich sowie außerdem einer allgemeinen sehr weitgehenden Lohnerhöhung verharren, und die bisher geführten Verhandlungen aus diesem Grunde zu keinem Ergebnis geführt haben, haben sich die Werke der westlichen Großindustriellen gezwungen gesehen, bei den zuständigen Behörden eine Betriebsstillegungsanzeige zum 1. Januar 1928 einzureichen. Im Hinblick auf die mit Sicherheit zu erwartenden Rückwirkungen auf die anderen Bezirke haben sich die übrigen Hüttenwerke Deutschlands diesem Vorgehen angeschlossen."

Dazu haben die Trustmagnaten auch sofort die formellen Schritte bei der Reichsregierung eingeleitet und durch Herrn Poensgen folgendes Schreiben an den Reichsarbeitsminister gerichtet:

„Sehr verehrter Herr Minister!

Ich halte es für meine Pflicht, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß die Werke, welche Ihnen gemeinsam die Eingabe vom 26. Oktober 1927 überreicht haben, sich genötigt sehen, einen Schritt zu tun, der hoffentlich nur vorbeugend zu sein braucht, und den sie gern vermieden hätten.

Die Gewerkschaften bestehen nicht nur auf der strikten Durchführu[illegible] Lohnausgleich so- wie einer ganz ungewöhnlich hohen allgemeinen Lohnerhöhung, f[illegible]nuar 1928 die Einführung des schematischen Achtstundentages für die gesamte e[illegible]e.

Auf Grund dieser Sachlage sehen sich die Werke gezwungen, den zu[illegible]er die gemäß der Stillegungsverordnung erforderliche Anzeige zugehen zu lassen, um i[illegible]

ihre Betriebe am 1. Jan[illegible]

Dieser Entschluß ist ein Akt der wirtschaftlichen Notwehr, den wir i[illegible] ruhenden Verant- wortung und in der Hoffnung unternehmen, durch ihn einen Arbeit[illegible] Staat und Wirt- schaft zu vermeiden.

Mit vorzüglicher Hochachtung, Ihr sehr ergebener

Den Gewerkschaften haben die Industriellen ebenfalls eine demen[illegible] Ernst Poensgen."

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 5. Dezember.

Die gesamte Berliner Presse nimmt überall zu dieser Erklärung der Schwerindustriellen Stellung. Die sogenannte bürgerlich-demokratische Presse in einem vermittelnden Tone. Die Presse jener Schwerindustriellen, die Riesenprofite aus der verschärften Ausbeutung der Arbeiterschaft einheimsen, wagt es noch außerdem, die Arbeiter in ihrem Elende zu verhöhnen. Die gestrige „Berliner Börsen-Zeitung" leistet sich folgende Schamlosigkeit:

„Durch die Rationalisierung der Industrie, die durch die Aufnahme bedeutender Kredite ermöglicht wurde, ist zugunsten der Arbeiter erheblich mehr erreicht worden, als zugunsten der Aktionäre."

Die „Deutsche Zeitung" bringt in ihrem Kommentar zur Aktion der Schwerindustriellen zum Ausdruck, daß auch das schändliche Vorgehen der Gewerkschaften nicht mehr geduldet werden soll. Auch die Politik der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern ist jetzt, nachdem die Arbeiter soweit als irgend möglich dabei zurückgeworfen worden sind, nicht mehr so notwendig. Die Schwerindustrie fühlt sich stark genug, auch zu anderen Mitteln zu greifen. Sie schreibt daher:

„Der gegenwärtige Konflikt über die Arbeitsverhältnisse in der rheinisch-westfälischen Industrie ist wieder einmal ein Anzeichen, wie überlebt und wirtschaftsschädigend die Gewerkschaften sind."

Die gesamte bürgerliche Presse ruft nach dem Schlichter, und zwar wie ausdrücklich hervorgehoben wird, damit die Verordnung des Arbeitsministeriums auf unbestimmte Zeit verschoben und die Lohnforderungen auf das „möglichste" Maß durch einen Schiedsspruch herabgesetzt wird.

Das Zentralorgan der Sozialdemokratie, hinter der auch die reformistische Gewerkschaftsführung steht, bietet bereits alle Verwirrungskünste auf, um einen geschlossenen Kampfaufmarsch des Proletariats zu verhindern. Nach dem gestrigen „Vorwärts" handelt es sich bei der Kriegserklärung der Schwerindustriellen an die Arbeiterklasse um folgendes: „Sie wollen erproben, was stärker ist — ihr Wille oder der Staatswille." Demagogisch verschweigt der „Vorwärts", daß der Staatswille, d. h. der Bürgerblock, mit seinem Schlichtungs- und Machtapparat hinter der Schwerindustrie steht. Der „Vorwärts" vertröstet andererseits die Arbeiter auf die Schlichtungsinstanzen und auf die kommenden Wahlen. Er schreibt: „Hier ist der Feind, den es bei den kommenden Wahlen zu schlagen gilt." Und im Stile kleinbürgerlicher Illusionisten heißt es dann weiter: „Volksrecht gegen Diktatwillen der Industriekapitäne, das ist der Sinn der großen Auseinandersetzung mit dem Bürgerblock". Unsinn! Kleinbürgerliche Phrasen! Klassenkampf des Proletariats gegen Klassendiktat der Industriekapitäne, das ist der Sinn der Auseinandersetzungen der Arbeiterklasse mit dem Bürgerblock und den Trustkapitänen. Der Sprachgebrauch des „Vorwärts" und der sozialdemokratischen Presse, mag er noch so radikal aussehen, ist nur der Deckmantel, unter dem die Sozialdemokratie sowohl bereit ist, die Auseinandersetzung mit dem Trustkapital durch schäbige Schlichtungssprüche abzuwürgen, wie auch nach der „Abrechnung" im Wahlkampfe die Stimmung der Massen durch Koalitionspolitik den Unternehmern in den Schoß zu werfen.

Sie haben aber auch tatsächlich den Schlüssel der gesamten deutschen Wirtschaft in ihren Händen. Die Stillegung der gesamten Eisenindustrie, die Aussperrung von mehr als 300000 Metallarbeitern bedeutet auch die Stillegung der Fertigeisenindustrie in ganz kurzer Zeit. Der Plan der Eisen- und Stahlindustriellen ist also nichts anderes, als ein Anschlag gegen das gesamte deutsche Volk, insbesondere gegen die Arbeiterklasse. Der Kampf, der damit aufgerollt wird, ist nicht mehr nur eine Angelegenheit der Arbeiterschaft der Großeisenindustrie, er ist die Angelegenheit der gesamten werktätigen Bevölkerung Deutschlands. Der Plan der Großeisenindustriellen zeigt, mit welcher Rücksichtslosigkeit und Brutalität sie im Interesse ihres Profites den Klassenkampf führen. Er zwingt aber auch gleichzeitig das Proletariat zu genau so rücksichtslosen Abwehrmaßnahmen gegen die Trusthyänen. Entweder das Proletariat läßt sich diese ungeheuerliche Vergewaltigung gefallen und versinkt damit in noch größere wirtschaftliche Verelendung und politische Entrechtung oder aber es organisiert auf dem schleunigsten Wege und auf breitester Grundlage den Abwehrkampf gegen die Trustkapitäne, den Generalstreik der werktätigen Massen gegen den Generalstreik der Trustbourgeoisie.

Eine Zwischenlösung gibt es nicht! Jeder Kompromiß, zu dem die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer sicherlich bereit sein werden, bedeutet nichts anderes, als die Vertagung der unausweichlichen Auseinandersetzungen auf vielleicht für das Proletariat ungünstigere Zeiten, bedeutet wirtschaftlich nichts weiter als der Betrug der werktätigen Massen mit mageren Linsengerichten.

Falsch ist es auch, die Massen zu vertrösten auf die kommenden Wahlen und dabei die Hoffnung auszusprechen, daß sie eine Mehrheit bringen würden, die die Gewalt der Trustmagnaten brechen würde. Der Kampf, der sich durch die Offensive des Unternehmertgesindels in der Eisenindustrie anbahnt, kann nicht mit dem Stimmzettel entschieden und noch viel weniger beendet werden. Hier steht Klasse gegen Klasse. Hier steht das zu allem bereite Unternehmertum gegen das Proletariat, das sehr wohl siegen kann, wenn es die Lehren aus den vergangenen Schlachten gegen das Kapital richtig zu ziehen versteht. Und diese Lehren, die gleichzeitig praktische Anweisungen für die Organisierung des Kampfes gegen den jetzigen Angriff der Eisen- und Stahlindustriellen bedeuten, lauten:

Einheitsfront auf revolutionärer Basis unter kommunistischer Führung gegen das Trustkapital!

Rücksichtslose Anwendung aller Machtmittel des Proletariats im Kampf um Achtstundentag, Lohnerhöhung usw.

Gegen den Generalstreik der Trustbourgeoisie, den Generalstreik des gesamten werktätigen Volkes!

Gegen das kapitalistische Profitsystem, Kampf um Errichtung des Sozialismus!

Gegen die Bürgerblockdiktatur der Großbourgeoisie die Diktatur des Proletariats, die Herrschaft der Arbeiter und Bauern!

Unter diesen Losungen organisiert überall den Kampf!

Betriebe vor die Front! In Belegschaftsversammlungen muß sofort Stellung genommen, auf alle Weise die Gesamtarbeiterschaft mobilisiert werden!

Gewerkschaften, rüstet zum Kampf! Faßt sofort Vertrauensleute und Betriebsräte zusammen, organisiert die Abwehr auf breitester Basis.

Glänzender Sieg der Gewerkschaftsopposition in Zipsendorf

(Eigene Drahtmeld.) **Zipsendorf, 5. Dezember.**

Bei den Ortsverwaltungswahlen des Bergarbeiterverbandes in der Zahlstelle Zipsendorf wurden folgende Stimmen abgegeben:

Gewerkschaftsopposition	**127 Stimmen**
SPD.-Liste	**68 Stimmen**
Sonderliste	**[illegible] Stimmen**
ungültig	**1 Stimme.**

Das ist ein guter Auftakt zu den Ortsverwaltungswahlen, eine treffende Antwort an die reformistische Bureaukratie, ein Beweis für den Kampfeswillen der Arbeiterschaft!

Es ist auch ein Erfolg unserer Arbeit während des Streiks.

Skandalöses Zuchthausurteil!

(Eig. Drahtm.) **Schneidemühl, 4. Dezember.**

Bei einem Untergautreffen des RFB. hatten die Faschisten in der Nacht rote Fahnen und Girlanden abgerissen. Ein Kamerad wurde von einem Stahlhelmer beim Broschürenverkauf angepöbelt: „Pfui Teufel mit solchem roten Mist." und ihm dabei einige Broschüren aus der Hand gerissen und auf die Erde geworfen. Der Fall ist erhielt ein paar Ohrfeigen dafür. Er erstattete nun gegen den Genossen Siewert und den ganz unbeteiligt gewesenen Kameraden Zühlsdorf die Klage wegen schweren „Landfriedensbruchs" und „Widerstands gegen die Staatsgewalt".

Genosse Siewert wurde zu einem Jahr Zuchthaus und sofortiger Verhaftung verurteilt. Kamerad Zühlsdorf, von dem selbst der Schupobeamte und zwei Stahlhelmer aussagten, daß er gar nicht dabei gewesen wäre, erhielt sechs Monate Gefängnis. Bei der Urteilsbegründung erklärte der faschistische Gerichtsvorsitzende: „Diese Roten müssen abgeschafft werden (!)."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271205-12/fragment/page=0013